



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Der Kampf um Nordchina

Menz, Gerhard

Bern [u.a.], 1936



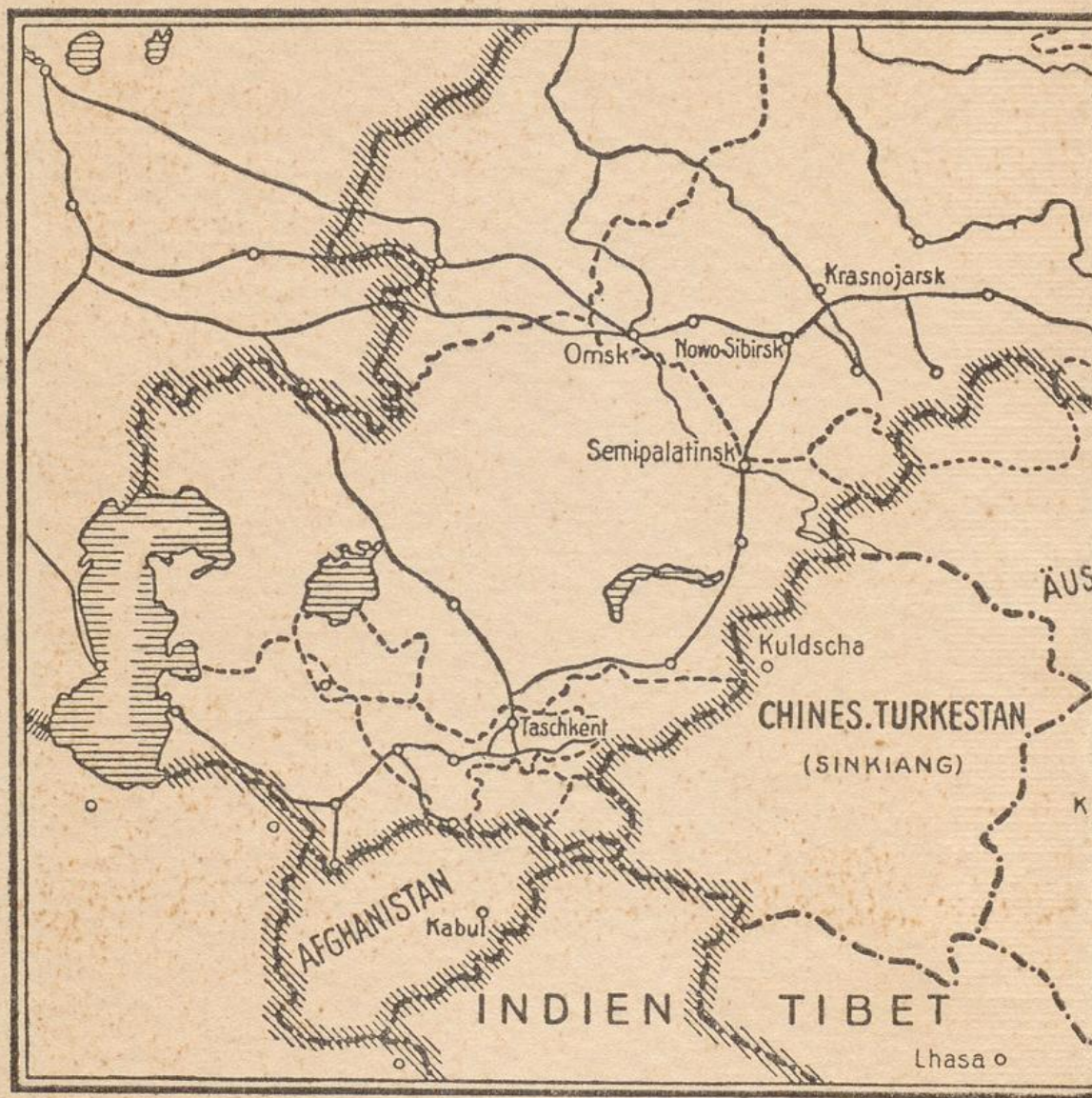
[urn:nbn:de:hbz:466:1-82914](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-82914)

P 31
GERHARD MENZ

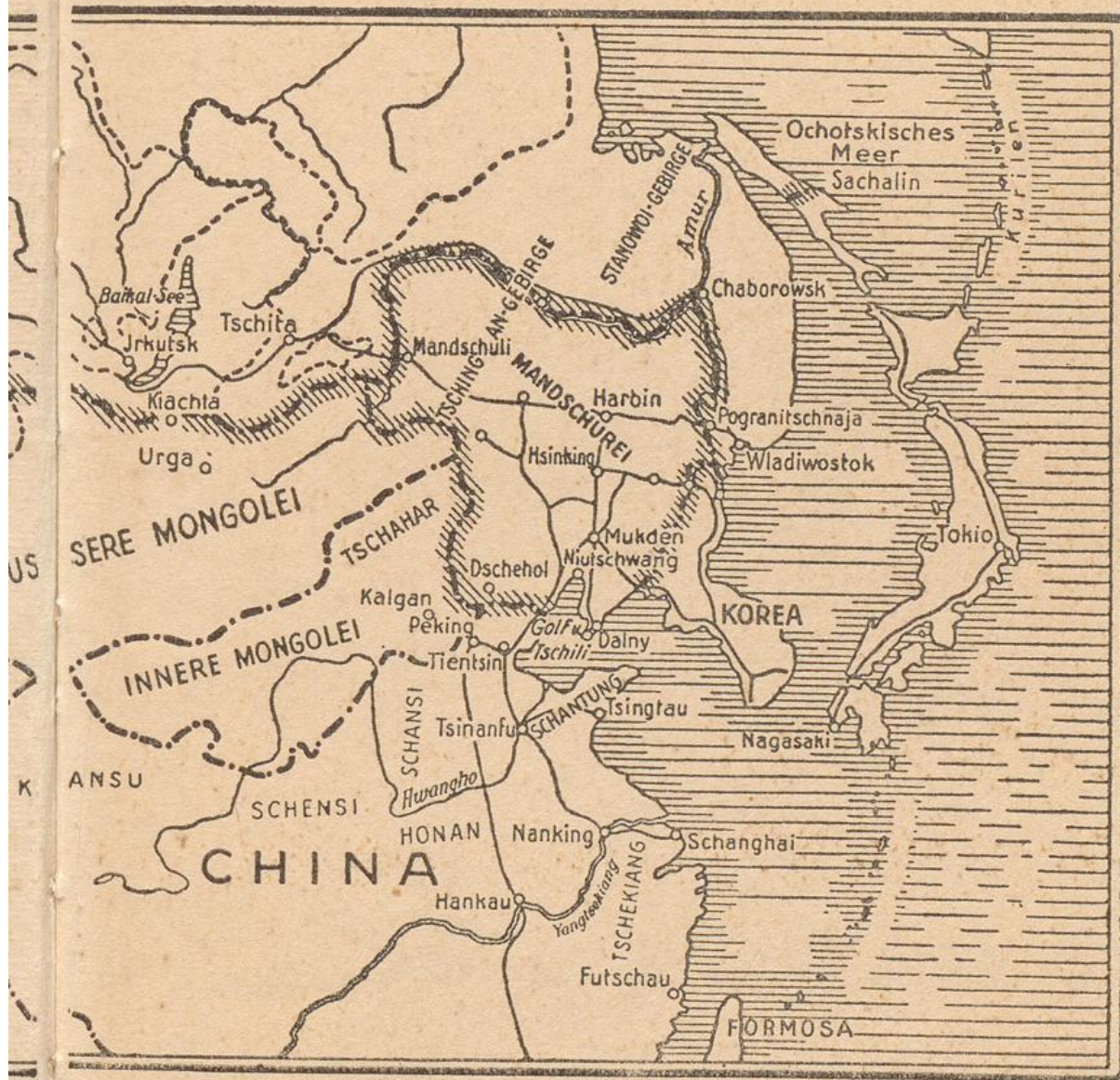
Der Kampf um
Nordchina

»WELTGESCHEHEN«

WILHELM GOLDMANN VERLAG
IN LEIPZIG



Der Bereich der russisch-japanisch-chinesischen Auseinandersetzungen



Herrn Freiherrn von Tschuane
in Dankbarkeit

Köln, 18.12.40.

V. Zuber

GERHARD MENZ
—
DER KAMPF UM
NORDCHINA



»WELTGESCHEHEN«

WILHELM GOLDMANN VERLAG
BERN LEIPZIG WIEN

»WELTGESCHEHEN«

Herausgegeben von Dr. Gerhard Herrmann und
Dr. Johannes Stöye. Copyright 1936 by Wilhelm
Goldmann Verlag, G.m.b.H., Leipzig. Auch jeder
Teilabdruck bedarf der besonderen Genehmigung
des Verlages

VNr. 5003



1982.23556

31
MEAC
1056
Pa

Made in Germany

Umschlagphoto: Scherl Bilderdienst.
Gedruckt von Paul Dünnhaupt, Köthen/Anh.

Die natürlichen und geschichtlichen Grundlagen

Der Kampf um Nordchina dauert mit wechselndem Erfolg bereits über 2000 Jahre. Wenn nicht alles trügt, steht gerade jetzt eine entscheidende Wendung bevor, die wiederum für einige Zeit die Dinge festzulegen bestimmt ist. Die lange geschichtliche Erfahrung aber scheint dafür zu sprechen, daß auch diese Lösung, möge sie ausfallen, wie sie wolle, noch nicht die letzte und endgültige sein dürfte. Die Gebiete, um die es sich handelt, sind augenscheinlich eine schicksalhafte natürliche Spannungszone, in der sich Einflüsse verschiedenster Art kreuzen und nie völlig zur Ruhe kommen sollen. Die Natur bestimmt den ewig gleichbleibenden Schauplatz. Immer wieder frische Kräfte finden sich darauf zusammen, in stets neuer Besetzung und Anlage ein Spiel aufzunehmen und fortzuspinnen, das in den Leitmotiven sich wiederholt, in Gruppierung und Pointe aber immer wieder neue Überraschungen bringt.

Blut und Boden

In einem weitgedehnten Bogen legt sich die nordchinesische Tiefebene vom Golf von Tschili bis in die Marschgebiete nördlich der Yangtsekiang-Mündung um den Gebirgshorst der Schantungshalbinsel, die „Berge im Osten“. Sie ist aufgebaut aus den Ablagerungen, die in Äonen die Flüsse von den Bergen im Westen und Norden heruntergeschwemmt haben: der Hwangho, der Gelbe Fluß, die „Sorge Chinas“, der nach dem Durchbruch bei Tungkwan in Schensi, dem Land der „Westpässe“, von Kaiföngfu ab seinen Lauf immer wieder abwechselnd auch noch in den Jahrhunderten unserer Zeitrechnung bald nördlich, bald südlich an Schantung vorbei zum Meer sucht —, der Peiho, der mit seinen Nebenflüssen vom Weiho bis zum Hunho die Wasser aus den „Bergen im Westen“, dem Randwall der Provinz Schansi, sammelt und von Tientsin an vereint in den Golf von Tschili führt —, der Lwanho endlich (um kleinere zu übergehen), der im Norden zwischen Mandschurei und Mongolei das Bergland

um Dschehol entwässert (Jehol, ein kaiserlicher Jagdgrund mit heißen Quellen, „Wildbad“). Die Fruchtbarkeit dieser Alluvialböden wird stellenweise noch erhöht durch die Lößablagerungen, die ebenfalls vor Menschengedenken die trockenen Winterwinde aus West und Nordwest angeweht haben. Fast könnte man es als weiteres Naturgeschehen ansehen, daß die Bewohner der Gebiete im Westen und Norden nur dem Wasser ihrer Berge und dem Staub ihrer Steppen nachgegangen sind, wenn sie immer wieder, seit sich Geschichte dort verfolgen läßt, nach der Ebene zu ihren Füßen strebten. Es zog sie mehr aber noch der Reichtum an, der dort erblühte.

Im letzten Jahrtausend vor unserer Zeitrechnung entwickelte sich in jener gesegneten Ebene das „blühende Land der Mitte“, Dschung Hwa Min Kwo, wie sich ganz China noch heute nennt. In der Gegend des schon erwähnten Kaiföngfu befand sich lange seine Hauptstadt. Das wertvollste Erzeugnis des Gewerbefleißes seiner Bewohner war die Seide. Sie gelangte schon vor 2000 Jahren auf weiten Karawanenwegen durch das heutige Kansu und Sinkiang bis zu den hellenistisch beeinflussten Staaten Mittelasiens, später auch bis nach Rom. Auf den Gewinnen aus diesem Handelsverkehr und dem Ertrag seiner fruchtbaren Erde beruhte der Wohlstand des chinesischen Volkes wie die Stärke und das Glück des chinesischen Staates in jenen Jahrhunderten. Beides mußte aber auch ständig verteidigt werden. Das werdende „Reich der Mitte“ hatte Feinde ringsum. Die nächsten Nachbarn im Stromgebiet des Yangtsekiang wurden schon sehr früh unterworfen und der chinesischen Kultur gewonnen. Diese Gebiete bilden zu Beginn unserer Zeitrechnung bereits eine Einheit mit dem alten chinesischen Kerngebiet am Hwangho. Schritt für Schritt drang der chinesische Einfluß immer weiter südwärts vor, bis im 17. Jahrhundert die Herrschaft Chinas sich auch über das heutige französische Kolonialgebiet Hinterindiens und bis nach Burma erstreckte. Die volkliche Durchdringung und Angleichung ging mit dieser Gebietserweiterung nur teilweise Hand in Hand. Bis zum 10. Jahrhundert erfuhren die Küstengebiete um Kanton wohl eine sehr beträchtliche Durchsetzung mit Militärkolonien. Seitdem besteht eine sehr enge Ver-

bindung zwischen diesen Gebieten und Altchina. Die große, reiche Provinz Szetschwan, das „Vierstromland“ am oberen Yangtsekiang, wurde ebenfalls schon verhältnismäßig früh in weitestem Umfang chinesisch besiedelt. Die eingeborene Bevölkerung im Innern Südchinas dagegen blieb bis ins 19. Jahrhundert ziemlich sich selbst überlassen und ist im Grunde erst im Laufe der letzten 100 Jahre chinesiert, kaum aber rassenmäßig umgewandelt worden. Indochina — von Burma ganz zu schweigen — blieb so unverändert, daß seine Abtrennung völkische Bande nicht zerrissen hat. Nur seine Kultur hat es von China empfangen. So groß nun aber auch die Unterschiede zwischen Nord und Süd in China sein mögen, bisher haben sie auf die Dauer die Einheit des Ursprungsgebiets des chinesischen Volkstums und der später von ihm erschlossenen Provinzen noch nie in Frage gestellt. Man ist aufeinander angewiesen, wie die Erfahrung gelehrt zu haben scheint. Man ringt immer wieder um den maßgeblichen Einfluß in diesem Gesamtchina, den „18 Provinzen“. Der Schwerpunkt verschiebt sich gelegentlich. Aber die Kräfte der Überlieferung waren bisher immer noch stark genug, vorübergehende Brüche stets wieder zu überwinden. Dabei hat zweifelsohne mitgesprochen, daß der Bestand Chinas, wenn wir von der vorchristlichen Zeit absehen, von Süden her in seiner ganzen langen Geschichte nie ernstlich bedroht worden ist. Auch das Andringen der Mächte des Abendlandes vom Meer her seit dem 16., insbesondere im 19. Jahrhundert, ist nicht so weit gegangen, so große Gefahren es für China heraufbeschworen hat. Anders liegen die Dinge an der Nordfront. Das ist die eigentliche Kampfzone. In der Verteidigung dieser Grenze ist China zur Einheit zusammengeschweißt worden. Hier kämpft der Bauer gegen die Steppe. Hier geht es deshalb zutiefst und entscheidend um Sein oder Nichtsein. Das äußere Wahrzeichen dafür ist das gigantische Bauwerk der großen chinesischen Mauer, das von je das Staunen der Welt erregt hat. Kein anderes Volk hat eine solche Verteidigungsanlage aufzuweisen. Der römische Limes, an der ehemaligen Germanengrenze zwischen Rhein und Donau, vermag sich nicht damit zu messen, obwohl er seiner Aufgabe nach zum Vergleich

herangezogen werden kann. Auch der französische Festungsgürtel zwischen Maas und Jura verblaßt dagegen, zieht man den Abstand der technischen Entwicklung in Rechnung. Selbst die Große Mauer hat aber den Kampf um Nordchina nie endgültig zum Stehen gebracht. Seine Wogen haben immer wieder darüber hinweg geschlagen. Wie in einem gewaltigen Flut- und Ebbespiel rückte seit Errichtung dieses Wellenbrechers noch immer wieder bald die Front weit nach Süden vor, bald zog sie sich wieder weit nach Norden zurück.

Um die Große Mauer

Die Anfänge des Ausbaus der Großen Mauer fallen in die Zeit, als im Abendland Rom mit Hannibal auf Leben und Tod rang. Sie erfüllte im großen ganzen zunächst ihren Zweck bis in die Zeit, als im Westen Roms Untergang eingeleitet wurde. Als Europa dann unter den Erschütterungen der germanischen Völkerwanderung erzitterte, war die Große Mauer von den Nomaden im Norden überrannt. Sie eroberten alles Gebiet bis zum Yangtsekiang, und ihre Herrschaft über Nordchina, die auch rassemäßig nachhaltige Spuren hinterlassen hat, dauerte bis zum Beginn des 7. christlichen Jahrhunderts, also bis in die Zeit etwa, als die arabische Völkerwanderung einsetzte. Von der Urheimat der Chinesen, von Schensi aus gelang die Rückeroberung und Wiederaufrichtung Chinas. Unter den Tang, den Zeitgenossen der Merowinger und Karolinger, erlebte es eine Glanzzeit. Als das Heilige Römische Reich Deutscher Nation dann unter den sächsischen und salischen Herrschern Europa verkörperte, war nach kurzer Unterbrechung auch China wieder unter den ersten Sung-Kaisern auf der Höhe seiner Macht. Aber schon zur Zeit der Staufer ging Nordchina wiederum an Tartaren, die aus der heutigen südlichen Mandschurei kamen, verloren. Wieder lag die Grenze am Yangtsekiang. Das 13. Jahrhundert brachte den Aufstieg der Mongolen. In Europa zerschellte ihr Vorstoß auf der Walstatt bei Liegnitz an deutscher Rittermacht. China unterstand von 1260 bis 1368 ihrer Herrschaft, und zwar in vollem Umfang. In der Zeit aber, in der Karl IV.,

der Luxemburger, dem Deutschen Reich eben die neue Verfassung gegeben hatte, schüttelte China die mongolische Herrschaft ab und machte sich unter den Ming-Kaisern frei. Damit war die Große Mauer erneut die Grenze. Die Notwendigkeit und Wichtigkeit ihrer Verteidigung machte in den nächsten Jahren — es ist die Zeit der Hussitenkriege in Deutschland — die Verlegung der Hauptstadt von Nanking nach Peking erforderlich. Schon der Mongole Kublaikhan hatte hier bei Kambaluk sein Zeltlager gehabt, das auch ein Marco Polo bewundernd kennen gelernt hatte. Bis in die letzten Jahre ist Peking seitdem die Hauptstadt Chinas geblieben. So unvorteilhaft ihre Lage ganz am Rande des Reiches für die Beherrschung der alten „18 Provinzen“ erscheinen mochte, die strategischen Gründe gaben den Ausschlag. Die Straße von Urga-Kiachta her über Kalgan und den Nankau-Paß wie die von Dschehol her über den Paß von Kupeikou und auch die aus dem Liauho-Tal, der südlichen Mandschurei, an der Küste entlang durch die Enge von Schanhaikwan, wo die Große Mauer zum Meer herabstürzt, sind von der Pekinger Ebene aus am bequemsten zu überwachen und notfalls auch am raschesten zu sperren. Hier also mußte die Verteidigungsmacht bereit gehalten und der Hauptwiderstand geleistet werden gegenüber der von Norden drohenden Gefahr. Das stellte indessen auch besondere Verwaltungsaufgaben. So reich die nordchinesische Ebene auch ist, für die Bedürfnisse des kaiserlichen Heerlagers, auch nur des Hofes schon, vermochte die engere Umgebung der neuen Hauptstadt allein nicht aufzukommen: Die Sicherung der Versorgung Pekings verlangte besondere Maßnahmen. Deshalb hatte sofort schon Yunglo, der Ming-Kaiser, der nach dem Norden übersiedelte, den Ausbau des alten Kaiserkanals bis nach Tientsin angeordnet, auf dem dann Tributreis aus den Yangtseprovinzen herangeschafft werden konnte. Als sich später die Leistungsfähigkeit des Kanals als nicht ausreichend erwies, wurde eine entsprechende Dschunkenflotte eingesetzt, die auf dem Seewege die Verfrachtung übernahm. Das bedeutete naturgemäß eine erhöhte Verwundbarkeit Chinas, namentlich als die europäischen seefahrenden Völker im Gelben Meer auftauchten. Um den

Transport zu beschleunigen, baute Lihungtschang in der Mitte des 19. Jahrhunderts für diese Zwecke eine erste chinesische Dampferflotte, die vorläufig auch die einzige geblieben ist. Im Zusammenhang mit dieser Entwicklung erlangte zugleich Tientsin als Hafen Pekings seine überragende Bedeutung. Das schloß des weiteren die Notwendigkeit in sich, die Verbindung zwischen Tientsin und Peking unbedingt sicher zu stellen, eine Frage, die vor allem wichtig wurde, als die fremden Mächte, die mit Ausnahme Rußlands unmittelbar ja keine Landgrenze mit China gemein haben, sondern für es „die Seemächte“ sind, in Peking ihre Vertretungen einrichteten und Tientsin als Eingangspforte brauchten. Zur Verteidigung der Stadt gegen die See wurden an der Peiho-Mündung die später in den Kämpfen des Boxerkrieges bekannt gewordenen Taku-Forts geschaffen. So erhielt die Nordfront einen Flankenschutz und eine Erweiterung, die noch gegenwärtig ihre Bedeutung hat. Wir greifen mit dem Letzterwähnten allerdings der Entwicklung schon etwas vor. Zunächst sollten hier nur die älteren geschichtlichen Grundlagen dargelegt werden. Das Gesagte wird aber die Wichtigkeit der Entschließung Yunglos, Peking zur Hauptstadt zu machen, belegen.

Klima und Wanderungsdruck

Mit der Eroberung Chinas durch die ebenfalls aus dem Norden kommenden Mandschus — sie fällt zeitlich, von der deutschen Geschichte aus gesehen, mit dem Dreißigjährigen Krieg zusammen — erhält die ältere Entwicklung einen Abschluß. Unter ihrer Herrschaft nehmen die Verhältnisse an der Nordfront eine neue Gestalt an. Die Dinge wollen auch im einzelnen nun genauer betrachtet sein. Der bisherige Rückblick hat gezeigt, daß im Laufe der Zeit sehr bedeutende Veränderungen an der Nordfront eingetreten sind. Nordchina war zeitweise aus dem chinesischen Gesamtverband herausgelöst, und zwar mehr als einmal. Spuren dessen sind zum Teil noch heute vorhanden. Sie zeigen sich nicht zuletzt im Volkscharakter. Der Nordchinese steht rassisch seinen Nachbarn in den Steppen im Norden infolge der in den Jahrhunderten

bis zur Aufrichtung der Mandschuherrschaft durchgeführten Blutmischung in weitem Umfang näher als seinen Landsleuten im Süden, namentlich dem Temperament nach. Von entscheidendem Einfluß sind dabei vor allem aber auch die klimatischen Lebensbedingungen und die Aufgaben, die der Boden, die Ackerscholle den Bewohnern und Bebauern stellt. Nordchina hat sich den traurigen Ruf erworben, das Land der Hungersnöte zu sein. In der Provinz Tschili waren seit Beginn unserer Zeitrechnung nicht weniger als 144 außerordentliche Dürreperioden in den Annalen zu vermerken, in der Nachbarprovinz Honan 143. Das liegt nicht nur daran, daß in diesen Gebieten im Jahr durchschnittlich nur rund 500 mm Regen fällt. Außerdem sind die Niederschläge auch noch ungewöhnlich großen Schwankungen unterworfen. Der Regenfall setzt oft zu spät ein. Es wird oft auch nur die Hälfte und noch weniger des Jahresdurchschnitts erreicht. Zeichnet man die Kurve der durchschnittlichen Jahresregenmenge von 800 mm in die Karte ein, so fällt sie fast genau mit der üblich angesetzten Grenze zwischen Süd- und Nordchina zusammen. Demgemäß ist auch das Bild des Pflanzenwuchses gestaltet. Von der möglichen Pflanzennahrung aber hängt des weiteren der Tierbestand und schließlich der Lebenszuschnitt des Menschen ab. Gerade in China lassen sich die Auswirkungen noch weiter verfolgen. Nord- wie Südchina sind überbevölkert, nicht viel weniger als Japan, was man nur zu oft übersieht. Der Bevölkerungsdruck hat hier wie dort zur Auswanderung geführt. Herkunftsmäßig bedingt ist aber der Südchinese so gut wie ausschließlich über See nach Süden gezogen. Singapore z. B. ist bevölkerungsmäßig eine überwiegend chinesische Kolonialstadt. Der Nordchinese dagegen ist ebenso ausschließlich weiter nach Norden gezogen, wie schon anzumerken war. Die noch regenärmere Steppe kann allein ihm Heimat werden, für die er alle erforderlichen Erfahrungen mitbringt, um ihr abringen zu können, was er braucht und was sie zu geben vermag. Diese geopolitische Grundgegebenheit dürfte auf lange Sicht die endgültige Entscheidung bestimmen. Der Kampf um Nordchina, gerade wie er in der Gegenwart wieder im Gange ist, erhält davon sein Gesicht.

Die Entwicklung an der chinesischen Nordfront unter den Mandschus

Die Zeit der Mandschu-Herrschaft in China (1644—1911) brachte im engeren Sinne den Aufbau der Spannungen, die noch heute den Kampf um Nordchina bestimmen. Sie machte zunächst einmal die alte schicksalhafte Nordfront, wie sie jahrhundertlang durch die Große Mauer dargestellt worden war, unsichtbar. Denn die Mandschus vereinigten ja ihre Stammlande am Liauh und Sungari mit den 18 Provinzen des eigentlichen China, und sie unterwarfen auch die Mongolei. Sie herrschten also zugleich nördlich und südlich der alten trennenden Verteidigungsanlage des Bauernlandes gegen die Steppe. Schon im 18. Jahrhundert setzte auch strichweise eine bäuerliche chinesische Kolonisation in den Grenzgebieten jenseits der Großen Mauer ein. Sie steigerte sich und wurde planvoller im 19. Jahrhundert. Die ehemaligen Trennungslinien verloren damit ihre Bedeutung. An die Stelle früherer Kämpfe der Heeresaufgebote trat das friedliche Ringen von Volk zu Volk um die unmittelbare Herrschaft über die Ackerscholle, in dem nicht mehr die Waffengewalt und das Kriegsglück, sondern, unter demselben Szepter, bäuerliche Zähigkeit und entbehrungsbereite Hingabe an die fruchtbare Erde gegen schweifenden Unabhängigkeitsdrang und den Stolz des Viehreichtums entscheiden sollten. Mit der modernen verkehrstechnischen Erschließung der Gebiete eröffneten sich diesem Kampf um die Ackernahrung, hinter dem schließlich als stärkste treibende Kraft die Überbevölkerung des alten Nordchina stand, sich rasch steigende Möglichkeiten. Daran entfachte sich bald ein spekulatives Interesse feudalen wie unternehmerischen Reichtums — beides in China kaum trennbar —, der, von altersher an die Aufspürung und sofortige Ausbeutung jedes möglichen Nutzens gewöhnt, sich die Gelegenheit, die ererbten Erfahrungen hier neu zu erproben, nicht entgehen ließ. Weitere Aussichten kamen hinzu, sobald die Verwertbarkeit sonstiger Bodenschätze und der Aufbau einer Industrie nach europäischem Vorbild darauf wie auf dem aus

der wachsenden Besiedlung zu erwartenden Markt in Angriff genommen werden konnte und dazu auch das westliche Kapital drängte, dessen Begehrlichkeit durch die Vorstellung ebenso leichter wie großer Gewinne nach kolonialen Methoden geweckt war. Alles das webte ein Netz von Gegensätzlichkeiten, von neben- und durcheinander wirkenden Kräften, dessen Zerrungen Gefahrenquellen über Gefahrenquellen enthielten. Die alten Kämpfe der Vorzeit waren verklungen und wurden vergessen. Was an neuen Kämpfen gelegentlich aufflackerte, zeigte ein völlig anderes Gesicht. Im Untergrunde blieben aber die Voraussetzungen und Aufgaben dieselben.

Der russische Ansatz

Von grundlegender Bedeutung wurde es, daß in demselben Augenblick, in dem die Aufrichtung der Mandschu-Herrschaft die alte Nordfront in der eben dargelegten Weise unsichtbar machte, eine neue mit beachtlichen anderen Vorzeichen angelegt wurde. Während die mandschurischen Banner mit ihren verbündeten mongolischen Reitergeschwadern aus dem Norden zur Eroberung Chinas aufbrachen, schweiften in ihrem Rücken schon die russischen Kosaken bis ans Ochotskische Meer. 1651 legte ihr Führer Chabarow am Amur, dort wo dieser noch heute am weitesten nördlich die Grenze der Mandschurei bildet, einen befestigten Stützpunkt an, um den sich bald heftige Kämpfe abspielten. Denn die Mandschus waren keineswegs gewillt, jene Gebiete preiszugeben, so sehr sie auch durch China in Anspruch genommen waren und sich hätten entschädigt fühlen können. Sie waren damals auch durchaus ebenbürtige Gegner für die Russen und zwangen diese, im Vertrag von Nertschinsk 1689 eine Grenze anzuerkennen, die zunächst wie auch jetzt vom Amur gebildet wurde, dann aber, etwa von jener schon erwähnten Grenzfeste ab, wesentlich weiter nördlich als heute über das Stanowoi-Gebirge ostwärts zum Ochotskischen Meer lief. In einem neuen Abkommen von Kiachta 1727 wurde die Grenze auch weiter westwärts festgelegt bis südlich des Baikalsees, und zwar so, wie sie noch heute besteht. Noch weiter westlich mangelte es lange an einer ähnlichen vertraglichen Festlegung zwischen Rußland und

China. Sie kam endgültig erst 1864 im Protokoll von Tschugutschak zustande. Durch die Verselbständigungsbestrebungen der Mongolei sind diese Fragen gegenwärtig zum Teil gegenstandslos geworden, soweit Rußland und China selbst in Frage kommen.

Die neue Nordfront, die so durch das Erscheinen Rußlands in Ostasien angelegt wurde, hat sich in letzter Zeit entscheidend verändert. Diese Entwicklung verfolgen, heißt zugleich den maßgeblichen Wendungen nachgehen, die den Grund für die heutige Problemstellung wenigstens nach der einen Seite gelegt haben. Im 18. Jahrhundert behauptete sich im wesentlichen noch der eben gekennzeichnete Ausgangszustand. Auch im 19. Jahrhundert kommen die Dinge nur an den Flügeln der Front stärker in Bewegung, am spätesten im Westen gegen Chinesisch-Turkestan hin, früher vor allem im Osten an der Mandschurei-Grenze. Die Mitte bleibt, wenigstens soweit offenkundige Grenzverlagerungen in Frage kommen, verhältnismäßig ruhig. Hier ist es das Schicksal der Mongolei als Ganzes, das in Frage steht. Von der Entscheidung darüber hängt auch die ab, wo die Grenze Chinas hier gezogen sein soll. Namentlich aber die Gebiete östlich des Tschingan-Gebirges, das als die natürliche Scheide zwischen Mandschurei und Mongolei anzusehen ist, bis zur Pazifik-Küste erleben von der Mitte des 19. Jahrhunderts an dauernde Machtverschiebungen und neue Grenzziehungen, die letztlich nur Verlagerungen der russischen Front darstellen. Hier befindet sich bis zur Gegenwart das Hauptkampffeld. Was vorgegangen ist, stellt sich, von Rußland aus genommen, als ein großer Umgehungs- oder Überflügelungsversuch dar. Die Front sollte von der ans Meer angelehnten Flanke aus aufgerollt werden. Gelang der Vorstoß zum Golf von Tschili, so war das Schicksal der ganzen Front durch die Mongolei bis nach Turkestan entschieden. War sie eingedrückt, so wäre eine Lage wiederhergestellt gewesen, ähnlich der, aus der heraus im 13. Jahrhundert das Mongolenreich mit der Hauptstadt Kam-baluk gegründet werden konnte.

Bis zum Frieden von Portsmouth 1905, der den Krieg mit Japan beendete, war Rußland siegreich im Vordringen. Es

setzte ein, nachdem Graf Murawiew, später Amurski genannt, 1847 Gouverneur von Ostsibirien geworden war. 1858 erreichte er im Vertrag von Aigun — hier hatte China seine nördlichste Garnison am Amur —, daß die Grenze vom Stanowoi-Gebirge bis an diesen Fluß, den Heilungkiang, wie ihn die Chinesen nennen, den Schwarzdrachenstrom, vorverlegt wurde. Das ganze linke Amur-Ufer wurde russisch. Außerdem sollte das Gebiet südlich des unteren Amur von der Mündung seines rechten Nebenflusses Ussuri an zwischen diesem und dem Meer bis an die koreanische Grenze von China und Rußland gemeinsam verwaltet werden. Schon 1860 aber kam in Peking ein Zusatzvertrag zustande, der auch dieses Gebiet völlig an Rußland übereignete. Hier wurde 1872 Wladiwostok an der Bucht Peters des Großen, weitestens nach Süden vorgeschoben, als russische Marinestation eröffnet. Noch in den 60er Jahren hatte Rußland seine Hand auch nach Sachalin und den Kurilen ausgestreckt. Hier stieß es auf Japan. 1875 einigten sich beide. Sachalin wurde russisch. Die Kurilen durfte Japan behalten. Um diese Fortschritte richtig einzuschätzen, muß man sich ergänzend daran erinnern, daß Rußland 1867 Alaska räumte, wohin es im 18. Jahrhundert von Kamtschatka übergesprungen war. Noch Anfang der 40er Jahre hatte es sogar auf Kalifornien Ansprüche erhoben. Der Rückzug vom amerikanischen Kontinent auf Asien bedeutete nur eine Festigung der russischen Stellung hier und die Zusammenfassung aller Kräfte an dieser Stelle. 1871 machte Rußland im übrigen auch einen Vorstoß am westlichen Flügel der Nordchinafront. Es besetzte Kuldscha und das Ili-Tal. 1881 zog es sich dort aber wieder zurück, gegen einige Grenzverbesserungen zu seinen Gunsten gegenüber dem Protokoll von Tschugutschak und sehr wesentliche handelspolitische Vorteile. Der Handel sollte offenbar der Flagge vorangehen. Im Augenblick kam es Rußland augenscheinlich weniger unmittelbar auf neue Gebietserwerbungen an als auf friedliche Durchdringung Nordchinas ohne sofortige Gefährdung seines Besitzstandes. Dafür besaß Rußland seit 1715 in einer orthodoxen Missionsniederlassung in Peking auch einen kulturellen Stützpunkt.

In die oben angedeutete Richtung der Entwicklung wies auch die Klausel des Vertrags von Aigun von 1858, in der sich Rußland wie auf den Grenzflüssen Amur und Ussuri zugleich auf dem Sungari das Recht zu freier Schifffahrt ausbedungen hatte. Damit wurde die Durchdringung der eigentlichen Mandschurei durch Rußland eingeleitet, die für die nächste Zeit in den Vordergrund rückte. Sie kam jedoch erst in den 90er Jahren wirklich in Gang. Im Mittelpunkt steht dabei dann die Sibirische Bahn, zu deren östlichstem Teil der spätere Zar Nikolaus II. am 19. Mai 1891 in Wladiwostok den ersten Spatenstich tat. Sie sollte nach den anfänglichen Plänen die Mandschurei nördlich, der Amurgrenze folgend, umgehen. 1896 aber sicherte sich Rußland das Recht, eine kürzere Verbindungslinie zwischen Mandschuli und Pogranitschnaja quer durch die Nordmandschurei zu bauen. Es ist die später noch so berühmt gewordene Ostchinesische Eisenbahn, die, auf chinesischem Gebiet gelegen, unter gemeinsamer russisch-chinesischer Verwaltung stehen sollte. Im Zusammenhang mit diesem Bahnbau erlangte nunmehr auch das Schifffahrtsrecht auf dem Sungari größere Bedeutung. Damit war die nördliche Mandschurei russische Einflußzone. Schon im Zusammenhang mit diesem Vorstoß verfolgte Rußland ferner den Plan, von der Ostchinesischen Bahn eine Linie nach Süden abzuzweigen, um auch die südliche Mandschurei unter seinen Einfluß zu bringen. Der Vertrag darüber kam 1898 zustande, in dem China für 25 Jahre Rußland pachtweise die Südspitze der Mandschurei, die Liautung-Halbinsel mit Port Arthur und Dalny überließ und ihm gestattete, diese Pachtung mit Charbin im Norden durch eine Bahnlinie zu verbinden sowie in der Eisenbahnzone alle Bodenschätze abzubauen. Das Übergreifen des Boxeraufstandes von 1900 nach der Mandschurei verschaffte Rußland die Gelegenheit, seine Garnisonen längs der Bahnen beträchtlich zu verstärken. Damit war tatsächlich das gesamte Gebiet in seinen Händen. Unmerklich und ohne auf nennenswerten Widerstand zu stoßen, war die russische Front bis an den Golf von Tschili vorgetrieben worden.

Der russisch-japanische Zusammenstoß

Gleichzeitig versuchte Rußland seinen Einfluß auch auf Korea auszudehnen, um in dieser Flanke gedeckt zu bleiben. Über Korea beanspruchte China von altersher Hoheitsrechte. Sie wurden ihm seit den 70er Jahren von dem aufstrebenden Japan streitig gemacht. Die Rechtslage war nicht zweifelsfrei. Um gegen Japan ein gewisses Gegengewicht zu schaffen, hatte seit den 80er Jahren China unmittelbare Vertragsabschlüsse Koreas mit anderen Mächten begünstigt. Das gab auch Rußland Gelegenheit, sich an Korea zu interessieren. Vorübergehend hatte Rußland sogar einen koreanischen Hafen besetzt, 1886 aber wieder geräumt. 1896 schützte Rußland den koreanischen Herrscher, nachdem sich China, von Japan besiegt, aus Seoul hatte zurückziehen müssen, gegen japanische Bedrohungen. 1898 wurde in Bestätigung eines schon älteren Abkommens zwischen Rußland und Japan vereinbart, daß sich beide jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten des als selbständig anerkannten Pufferstaates enthalten wollten. 1902 allerdings erwarb die „Russische Waldgesellschaft“ am Yalu, dem Grenzfluß zwischen Korea und der Mandschurei, die große Holzkonzession von Yongampo, und damit taucht das Gerücht von einem Geheimvertrag zwischen Rußland und Korea auf, der mit dem Abkommen von 1898 nicht vereinbar sein sollte. Das forderte verständlicherweise den Widerstand Japans heraus. 1904 kam es zum Kriege.

Das Jahr 1902, das Jahr des englisch-japanischen Bündnisses, ist der Höhepunkt russischer Machtentfaltung im Fernen Osten. Mit der Niederlage im Krieg gegen Japan mußte Rußland seine Front erstmalig wieder zurücknehmen. Der Friede von Portsmouth 1905 teilte, ohne die chinesische Oberhoheit anzutasten, die Mandschurei als „Einflußsphäre“ zwischen Rußland und Japan. Die Grenze lag bei Tschangtschun, dem heutigen Hsinking, noch südlich des oberen Sungari. Rußland behielt also mit der Nordmandschurei den bei weitem größeren Teil des Landes. Freilich war es vom Golf von Tschili abgedrängt. Auch hatte es, abgesehen von dem schmalen Streifen unmittelbar an der Ostküste, keine unmittelbare

Grenze mit Korea mehr, so daß es dort irgendeinen Einfluß nicht mehr auszuüben vermochte. Notgedrungen mußte Rußland bereit sein, sich mit dieser Verschiebung abzufinden. Keineswegs aber bedeutete das etwa, daß es seine Stellung in der Nordmandschurei nicht zu verteidigen entschlossen geblieben wäre. Diese Stellung war durchaus nicht ungünstig, vielmehr aussichtsreich genug. Nur auf jede Hoffnung, die Südmandschurei zurückzuerobern, mußte Rußland bis auf weiteres natürlich verzichten. Wir werden noch zu schildern haben, wie sich das Verhältnis zwischen Rußland und Japan weiter entwickelte. Zunächst sei darauf hingewiesen, daß Rußland, nach der Zurückbiegung seiner weit vorgetrieben gewesenen östlichen Flügelstellung — die Umklammerung schien fast schon gelungen — an der Mitte seiner Front, der Mongolei, erhöhtes Interesse gewann. Die Gesamtlage an der Nordfront erhielt damit, wie auch aus anderen Gründen, für die letzten Jahre der Mandschuherrschaft ein völlig anderes Gesicht.

Um diese Lage richtig würdigen zu können, muß man sich im klaren darüber sein, wer als der eigentliche Gegner Rußlands in dieser Auseinandersetzung zu gelten hat. China war es nicht. Es hat nicht nur dem Vortragen der russischen Front tatenlos zugesehen. Es hat diese Entwicklung zeitweise geradezu begünstigt. Mindestens seit 1896 ist es als mit Rußland verbündet anzusehen. Erst nach 1905 ändert sich das Verhältnis. Japan hat zwar die Aufgabe übernommen, Rußland zurückzuwerfen, und schwere Opfer an Gut und Blut dafür gebracht. Sie waren auch von seinem Standpunkt allein gerechtfertigt; denn Japan konnte Korea unter keinen Umständen an Rußland fallen lassen. Die russische Großmacht an der Straße von Schimonoseki hätte Japan immer zwingen können, ein Trabant in ihrem Schatten zu bleiben. Die Parallelverhandlungen aber, die Japan noch während der Vorbereitung des Bündnisses mit England bis 1902 mit Rußland geführt hat, wie vieles, was nachträglich geschehen ist, beweisen, daß man in Tokio angesichts des Risikos, den ein Kampf auf Leben und Tod immer in sich birgt, sehr wohl auch mit dem Gedanken umgegangen ist, einen friedlichen Vergleich anzunehmen, sofern man in Petersburg nur dazu bereit gewesen

wäre. Japan hätte auch den Waffengang gar nicht wagen können, wenn es nicht wenigstens finanzieller Hilfe sicher gewesen wäre. Das Bündnis von 1902 und die Friedensvermittlung von 1905 zeigen die Mächte, die an der Auseinandersetzung mindestens ebenso interessiert waren wie Japan und aktiv eingegriffen haben. Ihre Ziele und Absichten waren aber nicht gleich.

England

Vom englischen Standpunkt verlängert sich die asiatische Nordfront über die chinesisch-russische Berührungszone hinaus letztlich bis an die Dardanellen. Es ist fraglich, vor allem auch für die Folgezeit, ob England wirklich ein lebenswichtiges Interesse daran hatte, Rußland aus der Südmandschurei zu entfernen oder gar aus der Mandschurei überhaupt. Es konnte voraussehen, daß sich die russische Kraft an anderen Stellen der Front weiter westlich stärker bemerkbar machen würde, wenn sie im Osten zurückgedrängt wurde. Daß Japan eine völlige Vernichtung Rußlands nicht zu erreichen vermochte, war ebenso voraussehbar. Hätte das England überhaupt wünschen dürfen? War nicht auch ein zu starkes Japan zu fürchten? In dem Notenaustausch vom 28. April 1899 hatte England praktisch Rußland alle Gebiete nördlich der Großen Mauer preisgegeben. Es tauschte dafür die Anerkennung seiner Stellung im Yangtse-Tal ein. Gewiß war Port Arthur eine Bedrohung für die englische Stellung in Ostasien wie überhaupt in der Welt. Gewiß stellte Rußland in der Mandschurei ein Druckgewicht dar, das auch in ganz Nordchina fühlbar war. Aber im Abkommen von 1907 überließ England Rußland mittelbar doch auch die Vormachtstellung in der Mongolei. Damals freilich war Peking nicht mehr der Bundesgenosse Rußlands. Und darauf kam es England doch wohl auch vor 1902 schon am meisten an. Die Macht nördlich der Großen Mauer durfte nicht so stark sein, daß ihr Einfluß auch südlich dieser Scheidelinie ausschlaggebend war. Um die russisch-chinesische Verbindung, die spätestens 1896 festere Form angenommen hatte, zu lockern, hatte England schon den Staatsstreich und die Reformpläne des unglücklichen Kaisers

Kwanghsü 1898 begünstigt. China aber versagte. So blieb nur Japan als Gegengewicht übrig. Es wurde nicht ohne schwere Bedenken vor allem der Engländer in China selbst angesetzt. Das geschwächte Rußland aber wurde dann auch in Peking nicht mehr so hoch gewertet. Auf diesem Umweg erreichte England in der Tat die Lösung Chinas von Rußland. Das erscheint bei vorsichtiger Abschätzung aller Momente als das vom englischen Standpunkt wesentlichste Ergebnis. Dafür hat England sogar selbst Opfer gebracht. Man wird gut tun, sich gerade auch die scheinbar nebensächlicheren Einzelheiten des politischen Spiels in englischer Beleuchtung in jenen auf den ersten Blick ferner liegenden und überholten Jahren in der Erinnerung zu halten. Sie haben noch heute und vermutlich noch lange beispielhaften Wert. Als England mit dem Opiumkrieg China erschloß, waren die Zeiten nicht mehr so, daß es aus dem Reich der Mitte ein weiteres Indien hätte machen können, ganz abgesehen davon, daß China selbst kein Indien war. England hatte nicht verhindern können, daß China statt dessen internationalisiert wurde. Aber es war unentwegt bemüht, sich darin die Führung zu sichern und zu erhalten. Das Ziel Englands ist, sei es auch unter Preisgabe aller Außenländer, in den 18 Provinzen des eigentlichen China seinen Einfluß als den maßgeblichen durchzusetzen. Es ist gerade heute nicht mehr so leicht, dieses Ziel festzuhalten und auf dem Wege dahin erfolgreich zu bleiben. Aber das ändert an der Sache selbst nichts. Von hier aus wird das englische Verhältnis sowohl zu Japan wie auch zu den Vereinigten Staaten von Nordamerika verständlich.

U S A.

Die Rolle Amerikas im Kampf um die östliche Nordfront zur Zeit der Mandschu-Herrschaft ist noch bezeichnender als die Englands. Um sie zu durchschauen, wird man sich am besten ein paar einfache Zahlen vor Augen halten müssen. Amerika führte über Niutschwang, den ältesten offenen Hafen im Golf von Liautung, nach der Mandschurei an Baum-

wollwebstoffen verschiedener Art ein

1882: 145 890 Stücke im Wert von 362 109 Zolлтаels

1901: 1 578 972 Stücke im Wert von 5 652 815 Zolлтаels

Das ist eine gewaltige Steigerung, und die amerikanische Baumwollindustrie beherrschte damit den mandschurischen Markt mit weitem Vorsprung vor allen anderen, England sowohl wie auch Japan, das damals noch kaum eine Rolle spielte. Dazu kam eine ebenfalls rasch steigende Einfuhr anderer Waren, z. B. Zigaretten, vor allem aber auch Petroleum. Kein Wunder, daß man gerade in USA. in der Mandschurei einen Zukunftsmarkt von unbegrenzten Möglichkeiten sah. Erlangte hier jedoch eine Macht die Alleinherrschaft und verriegelte sie die offene Tür, so war es mit allen Aussichten für die anderen vorbei. In diesem Sinne hatte daher Washington das allergrößte Interesse an der Zurückwerfung Rußlands. Dieses amerikanische Interesse ging über das Englands hinaus, war überhaupt grundsätzlich anders geartet. Wir sahen, daß England im April 1899 sich an den Gebieten nördlich der Großen Mauer desinteressiert hatte und bereit gewesen war, die Mandschurei Rußland preiszugeben, sofern das eigentliche China, insbesondere das reiche Yangtse-Becken ihm überlassen wurde. Gerade das glaubte Washington nicht hinnehmen zu können; dann konnte England ja schließlich hier wie Rußland dort die offene Tür zuschlagen. Es war also durchaus folgerichtig und vom amerikanischen Standpunkt eben in jenem Augenblick geradezu notwendig, daß der Staatssekretär Hay im September 1899 jenes berühmte Rundschreiben erließ, in dem er alle an China interessierten Mächte auf den Grundsatz der offenen Tür festzulegen unternahm. Es ist nicht so ganz gelungen, wie es Hay gehofft hatte, der Grundsatz selbst ist aber auch heute noch das A und O der amerikanischen Chinapolitik.

Die amerikanische Politik war es nun auch, die in den Jahren nach 1905 die Entscheidungen herbeiführte, die das neue Bild bestimmten. Ihre Eingriffe sind wichtiger als die etwa Englands. Von ihnen gehen die Anstöße zur gesamten Weiterentwicklung aus. Schon die Tatsache, daß Präsident Roosevelt 1905 die Friedensvermittlung zwischen Rußland und

Japan übernommen hatte, läßt darauf schließen, daß in der amerikanischen Regierung damals an den Dingen in Ostasien ein lebhaftes Interesse genommen wurde. Dafür spricht noch deutlicher, daß Washington 1907 auf die Weiterzahlung des amerikanischen Anteils an der Boxerentschädigung von 1900 verzichtete und China diese Beträge für Stipendien zur Verfügung stellte, die an junge Chinesen auf amerikanischen Lehranstalten vergeben werden sollten. Die im selben Jahr erfolgte Überführung der amerikanischen Flotte in den Pazifik gab der Stimme Washingtons in Ostasien größeres Gewicht. Im Jahr darauf sandte Peking Tangschaoji als Sondergesandten nach USA. Es gelang diesem, das amerikanische Interesse an China noch weiter zu stärken. Der Erfolg zeigte sich u. a. darin, daß amerikanische Banken mit Hilfe der Regierung ihre Aufnahme in das internationale Konsortium durchsetzten, das damals mit China wegen einer großen Eisenbahnanleihe verhandelte. Eisenbahnbaupläne spielten in jenen Jahren in China eine hervorragende Rolle. Die amerikanische Unternehmungslust entzündete sich daran ganz besonders. Die ursprünglichen Mitglieder des Bankenkonsortiums — England, Deutschland und Frankreich — dachten in erster Linie, wenn nicht überhaupt ausschließlich, an Eisenbahnen innerhalb der 18 Provinzen des eigentlichen China. Die Amerikaner aber gingen weiter und fanden dafür auch die Unterstützung ihrer Regierung. Staatssekretär Knox trat 1909 mit dem Vorschlag hervor, die mandchurischen Linien zurückzukaufen und zu internationalisieren. Man war nach dem Krieg von 1904/5 auch in anderen Kreisen der Meinung, daß Rußland wie Japan an ihren Bahnstrecken in der Mandschurei nicht mehr ein so übergroßes Interesse hätten und angesichts ihrer allgemeinen finanziellen Schwierigkeiten vermutlich gar nicht abgeneigt sein würden, sich gegen entsprechende Abfindungen von den zweifelhaft gewordenen Werten zu trennen. Es war aber eine Täuschung, die man sich hätte ersparen können, wenn man die Verhandlungen über den Plan einer Parallelbahn zur südmandschurischen Strecke besser beobachtet hätte, die 1907 von einer englischen Firma mit der chinesischen Regierung geführt worden waren. Sie waren am Widerspruch Japans gescheitert, zu-

mal die englische Regierung jede Unterstützung ihrer Landsleute abgelehnt hatte. In amerikanischen Kreisen dachte man damals aber sogar an Bahnbauten von Peking über Kalgan — diese Teilstrecke wurde in der Tat von den Chinesen selbst gebaut — nach der Mongolei hinein über Urga bis nach Kiachta an der russischen Grenze, womöglich mit Anschluß an die Sibirische Bahn in der Gegend des Baikalsees bei Irkutsk, ferner an eine südliche Parallellinie zur Sibirischen Bahn durch die Mongolei. Hier wurden Interessen Rußlands noch stärker berührt als durch den Vorschlag von Knox diejenigen, die es mit Japan in der Mandschurei teilte. Japan fühlte sich außerdem in Korea bedroht durch die Sympathien, die namentlich amerikanische Missionskreise der koreanischen Unabhängigkeitsbewegung entgegenbrachten. Das Ergebnis war, daß sich Rußland und Japan zu gemeinsamer Abwehr zusammenfanden. England begünstigte ihre Aussöhnung.

Die russisch-japanische Interessengemeinschaft

Die erste Annäherung zwischen Petersburg und Tokio fand 1907 statt. Es war dasselbe Jahr, in dem sich England und Rußland über Zentralasien verständigten. Der Weltkrieg dämmerte herauf. Um die Hände für die Auseinandersetzung in Europa frei zu bekommen, wurde für Asien Friede geschlossen. In dem englisch-russischen Abkommen war weder von der Mandschurei noch von der Mongolei die Rede. Das war vom englischen Standpunkt aus nicht erforderlich. Seit 1899 war England an den Gebieten nördlich der Großen Mauer nicht mehr interessiert. Alle Kundgebungen und Handlungen der Londoner Regierung seitdem bestätigen das bis zur Gegenwart immer wieder. Am 11. Juni 1911 hat Grey im Unterhaus ausdrücklich erklärt: „Die britische Regierung muß anerkennen, daß Rußland und Japan in der Mongolei und Mandschurei besondere Interessen haben.“ Bei der Bündniserneuerung von 1905 hatte England Japan auch Korea preisgegeben. In dem Vertrag, der angesichts der amerikanischen Pläne am 4. Juli 1910 zwischen Petersburg und Tokio zustande kam, sicherte

Rußland Japan in Korea, Japan Rußland in der Mongolei freie Hand zu und beide vereinigten sich zu gemeinsamer Verteidigung ihres Besitzes in der Mandschurei. Schon am 29. August 1910 erklärte darauf Japan die Einverleibung Koreas. Rußland aber stand damals schon in Verhandlungen mit Peking, um sich in der Mongolei weitere Vorteile zu sichern. Der 1881 abgeschlossene, von zehn zu zehn Jahren zu erneuernde russisch-chinesische Vertrag stand vor dem Ablauf. Bisher war die Verlängerung stets ohne Anstand erfolgt, zuletzt während der Boxerwirren. Rußland hatte damals der Peking Regierung seine guten Dienste zur Vermittlung bei den übrigen Mächten zur Verfügung gestellt, wie es schon 1860 im damaligen Kriege Chinas mit England und Frankreich den Vermittler gespielt hatte. Hatte es sich damals bereits die Dankbarkeit Chinas erworben, so konnte es sich 1900 noch, trotz des Boxerzwischenfalls, wie seit 1896 als dessen Verbündeter betrachten. Daß China dagegen jetzt 1910 zum ersten Mal Schwierigkeiten machte — offensichtlich unter amerikanischer Rückenstärkung —, zeigt deutlich die eingetretene Wandlung. Unter amerikanischer Führung wurde im Frühjahr 1911 über eine große internationale Reorganisationsanleihe für China verhandelt. Dabei spielte ebenfalls die Frage eine Rolle, auf welche Gebiete die Verwendung der Anleihe ausgedehnt oder beschränkt werden sollte. Amerika versuchte auf diesem Wege auch jetzt noch seine Absichten in der Mandschurei und Mongolei zu erreichen. Wieder erhoben Rußland und Japan Einspruch. Ursprünglich nicht an dem Konsortium beteiligt, setzten sie schließlich mit Hilfe Englands und Frankreichs ihre Aufnahme durch. Das letztere, mit Rußland ohnehin verbündet, hatte 1907 ebenfalls schon Japans besondere Interessen in Ostasien, also namentlich in der Mandschurei anerkannt. Rußland hatte sich durch das Potsdamer Abkommen von 1910 zwar weitere Rückendeckung in Europa verschafft. Aber die Spannung dort hatte nach dem Panther-sprung von Agadir, mehr noch infolge des die Dardanellenfrage streifenden Tripoliskrieges so zugenommen, daß es in den Verhandlungen über die Mongolei doch Zurückhaltung üben mußte. Es begnügte sich im Augenblick mit kleinen, der

weiteren friedlichen Durchdringung mit handelspolitischen Mitteln dienlichen Zugeständnissen, war sich aber im klaren darüber, daß eine eindeutige Lösung nur durch machtpolitische Besetzung gefunden werden konnte. Darauf verzichtete Petersburg vorläufig indessen, um USA. nicht zu reizen und England dadurch keine Schwierigkeiten zu bereiten. Auch Japan mußte stillhalten, um so mehr als England bei der Bündnis-erneuerung, die es schon 1911 vornahm, obwohl der Vertrag erst 1915 ablief, die Bündnishilfe gegen USA. ausschloß. Rußland wie Japan mußten sich bis auf weiteres auf die klare Stellungnahme verlassen, wie sie eben damals, wie schon erwähnt, Grey verkündete. Sie hatten darnach von Washington nichts zu fürchten, um so weniger, als sie mit ihrer Aufnahme in das Anleihekonsortium gegen Überstimmung dort gesichert wurden. Mit dem Ausbruch der chinesischen Revolution im Oktober 1911 und der Abdankung der Mandschus im Februar 1912 wurde überdies insgesamt eine völlig neue Lage geschaffen.

Chinas eigene Stellung

Welche Stellung nahm nun aber bis zu diesem Augenblick China selbst an seiner Nordfront ein? Es ist schon wiederholt daran erinnert worden, daß die Mandschu-Regierung dem Vordringen Rußlands zunächst durchaus passiv zugesehen hat. Auch an seiner Zurückwerfung durch Japan 1904/5 hat sie sich nicht beteiligt. Man darf nicht vergessen, daß zur Zeit des Abschlusses des Vertrages von Aigun die Peking-Regierung den ganzen Süden ihres Landes teilweise bis über den Yangtsekiang hinaus an die aufständischen Taipings verloren hatte, deren Führer jahrelang in Nanking als „Himmelskönig“ residierte. Gleichzeitig lag sie im Krieg mit England und Frankreich, deren Truppen Peking eroberten und den Kaiser zur Flucht nach Dschehol zwangen. Es ist also verständlich, daß man sich, da an Widerstand ohnehin nicht zu denken war, die Freundschaft des russischen Nachbarn durch Abtretung eines wertlos scheinenden, weit abgelegenen Gebiets zu erkaufen suchte. Die russische Vermittlung leistete ja auch in der Tat gute Dienste. Damit hatte es sein Bewenden, da bis in die

90er Jahre Rußland selbst, wie wir sahen, still hielt, ein schmerzender Verlust also nicht fühlbar wurde. In der Ili-Frage aber erwies sich dasselbe Rußland sogar so entgegenkommend, daß es das anfänglich besetzte Gebiet wieder herausgab. Als China in den 70er und 80er Jahren an den Ausbau seiner Verteidigungsanlagen am Golf von Tschili ging und eine Flotte und ein Landheer nach europäischem Vorbild aufstellte, wurde auch erwogen, Port Arthur zur chinesischen Flottenstation zu machen. Man wählte statt dessen jedoch endgültig Weihaiwei an der Nordküste Schantung. Ausschlaggebend war dabei vermutlich, daß sich dieser Platz leichter verteidigen ließ, weil er vom Land aus gesichert werden konnte, was bei dem abseits liegenden Port Arthur mit dem selbst stärker bedrohten Hinterland nicht der Fall war. Das lief auf eine Preisgabe des Gebiets nördlich der Großen Mauer hinaus, konnte jedenfalls so ausgelegt werden, war aber schließlich doch wohl die militärisch richtige Überlegung. Ebenso richtig und verständlich war vom japanischen Standpunkt 1895 nach dem Sieg über China die Forderung eben dieses Port Arthur. Ob man in Japan dabei schon daran dachte, sich so die Anwartschaft auf die ganze Mandschurei zu sichern, kann dahingestellt bleiben. Der Besitz der Liautunghalbinsel war für Japan zunächst insofern wichtig und erstrebenswert, als von hier aus die Landverbindung zwischen Korea und Nordchina zu sperren war. Darauf hatten die Kämpfe am Yalu an der mandschurisch-koreanischen Grenze eben erst noch hingewiesen. Der Eingriff Rußlands, mit Frankreich und Deutschland im Gefolge, zwang Japan damals noch wieder zum Rückzug. Die Erfahrung, die bei China aber davon zurückblieb, konnte doch nur die sein, daß es selbst vorerst nicht imstande war, den Weg über die Liautunghalbinsel mit den Waffen zu verteidigen. So war es schließlich nur eine logische Folgerung daraus, wenn es dem Bundesgenossen Rußland, dem erprobten Freund (in den Augen der Mandschus), die Verteidigung dieses gefährlichen Außenpostens seiner Nordfront gegen Japan überließ. Im Untergrund mochte dabei noch der Gedanke mitsprechen, daß es für Chinas Sicherheit und Bestand am besten sei, auch auf seinem eigenen Reichsboden eine Macht gegen

die andere auszuspielen. In Erinnerung an seine vieltausendjährige Geschichte konnte sich dabei China schließlich auch noch mit dem Glauben an seine Unüberwindlichkeit und der Überzeugung trösten, daß sich auch hier auf lange Sicht seine Überlegenheit doch wieder bewähren würde.

Diese Haltung der Mandschu-Regierung wurde indessen von maßgeblichen Teilen des chinesischen Volkes je länger, je weniger verstanden und immer entschiedener mißbilligt. Gerade die Niederlage gegen Japan wirkte aufrüttelnd insbesondere in den Kreisen der Jugend. Von da an wurde der Ruf nach Reformen und nach einer ehrenvollen aktiven Politik nicht mehr still. Mit jedem aus USA., aber auch aus Japan heimkehrenden chinesischen Studenten gewann er neue Vertreter. Das bereitete die Umstellung vor, die die Mandschu-Regierung selbst — für sie freilich zu spät — vornahm, nachdem der alte Bundesgenosse Rußland durch seine Niederlage gegen Japan sein bisheriges Prestige verloren hatte. China setzte nun, wie wir schon hörten, auf USA., und wir wissen bereits, was das für die Entwicklung an der Nordfront bedeutete. Schon der Friede von Portsmouth 1905 enthielt beachtliche Bestimmungen, die der Wiederherstellung des chinesischen Einflusses in der Mandschurei dienten. Japan wie Rußland erkannten die Mandschurei als unbezweifelbar chinesisches Gebiet an, ebenso, daß ihre Interessen dort nur auf von China gewährten Vertragsrechten beruhten. Japan insbesondere verpflichtete in einem Zusatzabkommen China noch ausdrücklich, Rußland mit allen Mitteln dazu anzuhalten, die Verträge nicht zu verletzen und Ruhe und Sicherheit zu gewährleisten. China selbst bewies sein erneutes und vermehrtes Interesse an den drei östlichen Provinzen, wie die Mandschurei amtlich benannt wurde, indem es nach Beendigung des Kriegszustandes die Verwaltung erneuerte und verbesserte. Auch militärisch wurde das Gebiet sehr beachtlich organisiert, schon zur Bekämpfung des in der Mandschurei von je besonders schlimmen Räuberunwesens. Dieser Eifer wurde nicht zuletzt stark gefördert durch das wachsende materielle Interesse, das die Mandschurei für China darstellte. Die Eisenbahnbauten hatten Geld ins Land gebracht. Die Verkehrserschließung hatte die Besiedlung

gefördert. Handel und Wandel warfen laufend gute Erträge ab, da die ausgeführte landwirtschaftliche Erzeugung dem Lande eine wachsende Kaufkraft sicherte. Selbst der Krieg hatte Gewinne ungewöhnlicher Art gebracht, die auch durch den üblichen Rückschlag nach Friedensschluß nicht völlig aufgezehrt worden waren. Die auf dieser Grundlage mögliche Bereicherung ließ sich die in solchen Dingen durch Jahrhunderte geschulte chinesische Bürokratie nicht entgehen.

Siedlungsfragen

In diesem Zusammenhang muß der chinesischen Siedlungsbewegung nordwärts über die Große Mauer noch ein besonderes Wort gewidmet werden. Im 18. Jahrhundert noch war sie den Mandschu-Kaisern unerwünscht. Schon damals aber sind erste Anfänge festzustellen. In Form von Militärkolonien suchte die Regierung stellenweise selbst namentlich die Grenze in der nördlichen Mandschurei zu sichern. Im frühen 19. Jahrhundert bewies vor allem Dschehol, das durch die kaiserlichen Jagdfahrten dorthin bekannter geworden war, eine starke Anziehungskraft. Von Schansi und Tschili aus drangen chinesische Bauern dann, anfänglich kaum beachtet, über die Große Mauer in das Gebiet der Tschahar-Mongolen vor. Die Mongolenfürsten gaben gar nicht so ungern Land her. Sie verdienten gut daran und legten umgekehrt ihr Geld vielfach wieder in Grundstückkäufen in Peking an. Ungewollt fesselten sie sich damit an China; denn dieser Grundbesitz innerhalb der Großen Mauer war ja jedem Zugriff offen, wenn sich die Eigentümer etwa unbeliebt machten. Weiter hinaus in die Außenmongolei ging vor allem der chinesische Händler. Auch das schuf starke Bindungen, denn als Lieferant wie als Aufkäufer, der Ware und Geld ins Land brachte, erwies sich der Chinese überall bei den mongolischen Stämmen als unentbehrlich. Dem Vordringen der Russen an der Straße von Kiachta über Urga vorzubeugen, legten im übrigen die Pekingener Machthaber schon in den 70er Jahren auch in den Grenztälern gegen Sibirien dort bäuerliche Siedlungen an. Das Eindringen der Bauern in die Steppe, das dann auch plan-

mäßig von auf Gewinn bedachten Landgesellschaften gefördert wurde, schränkte mit der Zeit natürlich die Bewegungsfreiheit der mongolischen Viehzüchter ein. Das schuf Gegensätze, die auf die Stellungnahme der Mongolen zu China nicht ohne Rückwirkung blieben und den Boden für die russische Annexionspolitik ebneten. In der Mandschurei erhielt die Siedlungsbewegung unter dem Einfluß der Bahnbauten wachsenden Auftrieb. Dadurch wurden zunächst Bauarbeiter in großen Massen ins Land geholt. Zum Teil waren es nur Wanderarbeiter, die im Frühjahr kamen und im Herbst wieder abzogen. Das blieb teilweise auch noch so, als Landgesellschaften oder Großgrundbesitzer bäuerliche Pächter oder Landarbeiter heranholten. Zu einem ständig wachsenden Teil aber siedelten sich diese Einwanderer bald auch fest an. Die Siedlung verteilte sich nicht gleichmäßig über das ganze Gebiet. Naturgemäß wurden die günstigen Böden und Gegenden bevorzugt. Die Siedler stammten, soweit es sich um Chinesen handelte, vorwiegend aus Tschili, Schantung, Honan, Schansi. Vereinzelt wurden auch reisbauende Südchinesen herangezogen. Diese Versuche scheiterten jedoch fast durchweg. Dagegen ist in der Provinz Kirin, dem östlichsten der drei mandschurischen Landesteile, auch eine beträchtliche koreanische Einwanderung erfolgt, die sich ebenfalls auf Reisbau einstellte. Diese Koreaner wurden allerdings eine Quelle politischer Schwierigkeiten, da sie von China als durch Landerwerb naturalisierte Chinesen, von Japan aber als japanische Staatsangehörige beansprucht wurden. Insgesamt sind seit der Jahrhundertwende wohl gut 30 Millionen chinesischer Siedler ins Land geströmt. Ihre Arbeitskraft, die zugleich ihre Kaufkraft begründet, hat die Mandschurei zu dem zukunftssträchtigen Markt werden lassen, um den seit einem Menschenalter der Kampf geht. Wenn das für die Mongolei noch nicht so ins Auge fällt, so deswegen, weil dieses größere Gebiet noch nicht so erschlossen ist, weiter abliegt und erst im Anfang einer entsprechenden Entwicklung steht. Auf andere Gesichtspunkte wird später noch hinzuweisen sein. In der Mandschurei hat der steigende Handelsverkehr aber auch das Interesse Mittel- und Südchinas geweckt. Schon im 19. Jahrhundert bestanden lebhaft Ver-

bindungen von Tschekiang und der Yangtse-Mündung nach Niutschwang. Der Austausch zwischen der Mandschurei und diesen südlicheren Provinzen erstreckt sich auf sehr vielerlei Güter. Beziehungen nach der Mongolei wurden in diesem Verkehr vorwiegend über Tientsin vermittelt. Es ist nicht unwesentlich, daß diese wirtschaftlichen Verknüpfungen der Gebiete nördlich der Großen Mauer sich nicht nur auf das benachbarte Nordchina beschränken, sondern so weit reichen. Das kann auf die Haltung ganz Chinas den Fragen der Nordfront gegenüber nicht ohne Wirkung sein.

Ergebnis

Am Ende der Mandschu-Dynastie bot darnach die chinesische Nordfront folgendes Bild: Die russische Machtsphäre hatte unerschüttert in Wladiwostok am Meer einen starken Eckpfeiler. Die Ostchinesische Eisenbahn verband ihn quer durch die Nordmandschurei mit der Sibirischen Bahn und damit mit Sibirien und dem europäischen Rußland. Die nördliche Mandschurei und die äußere Mongolei wurden von Rußland als Interessensphäre beansprucht, mit der schon angemeldeten Absicht, sich diese Gebiete notfalls einzuverleiben. Die Südmandschurei und Korea standen unter japanischem Einfluß; das letztere war seit 1910 sogar schon förmlich in den japanischen Reichsverband einbezogen. England erkannte Mongolei und Mandschurei als russische bzw. japanische Interessensphären an, enthielt sich eigener Betätigung dort und war wohl auch zu stillschweigender Zustimmung zu etwaiger Annexion schon bereit. Dasselbe gilt für Frankreich. Einem möglichen Konflikt mit USA. wegen Japans Stellung insbesondere in der Mandschurei hatte sich England durch Umschreibung des Bündnisses mit Tokio 1911 schon entzogen. Washington strebte nach einer tatsächlichen Internationalisierung Chinas. Es wollte vor allem die Garantie der Unverletzlichkeit des chinesischen Besitzstandes und des Grundsatzes der offenen Tür auch auf die Außenländer, insbesondere die Mandschurei und Mongolei, ausgedehnt sehen, nicht nur auf die 18 Provinzen des eigentlichen China. (Wie es sich in dieser Be-

ziehung zu Tibet stellte, an dem England interessiert war, blieb unklar.) Für USA. verlief mithin die chinesische Nordfront anders als für England, Japan, Rußland und Frankreich. China selbst schien bereit, aus der amerikanischen Stellungnahme für sich die Folgerungen und den etwaigen Nutzen ziehen zu wollen. Die Revolution in China und der Sturz der Mandschus warf unter diesen Umständen aber in erster Linie die Frage auf, wie sich jene Gegensätze ausgleichen lassen würden.

Die chinesische Nordfront und der Weltkrieg

Die fremden Mächte und die chinesische Revolution

Die chinesische Regierung, die 1912 das Erbe der Mandschus antrat, fand die Frage an der Nordfront zunächst nur in der Mongolei in Bewegung vor. Hier waren die schon 1910 wegen der Erneuerung des bisherigen Vertragszustandes eröffneten Verhandlungen mit Rußland noch im Gange, und Petersburg hatte in seinen letzten Noten Peking gegenüber noch eine sehr anspruchsvolle Sprache geführt. Dahinter machte sich indessen, wie wir sahen, bereits das Bestreben Rußlands bemerkbar, sich nicht unnötig festzurennen. Nach dem Vorspiel des Tripoliskrieges brachte ja in demselben Jahr 1912 der Balkankrieg die Dinge im Vorderen Orient in Bewegung, was Rußland zwang, seine ganze Aufmerksamkeit auf Europa zu richten. Die Verhandlungen mit der neuen chinesischen Regierung über die Mongolei wurden fortgeführt. Sie erhielten eine neue Grundlage, indem sich die Mongolei selbst der Herrschaft Pekings zu entziehen versuchte. Ein Teil der mongolischen Fürsten erkannte den Präsidenten Yuanschikai nicht als Rechtsnachfolger der Mandschu-Dynastie an und erklärte die äußere Mongolei für unabhängig. Rußland war naturgemäß sofort bereit, diese Chance auszunutzen, ohne freilich deswegen sogleich mit Peking zu brechen. Denn internationale Weiterungen war es unter den obwaltenden Umständen zu vermeiden bemüht. Es mußte auch auf Yuanschikai einige Rücksicht nehmen, der vor allem von England für die Erhaltung geordneter Zustände in China als unentbehrlich angesehen wurde. Für alle Fälle jedoch vervollständigte Rußland seine Abmachungen mit Japan, um bei etwaigen Verwicklungen in Europa gedeckt zu sein und nötigenfalls seine Truppen aus Sibirien zurückziehen zu können. Japan war bei Ausbruch der chinesischen Revolution anfänglich geneigt gewesen, den Mandschus Unterstützung zu gewähren. Dahinter verbarg sich unzweifelhaft die Hoffnung, so deren Dankbar-

keit zu gewinnen und sich von ihnen dann die geleisteten Dienste durch Anerkennung seiner Interessen in der Mandschurei bezahlen zu lassen. Tokio drang aber mit diesen Gedanken nicht durch. In den Verhandlungen über die Gewährung der großen internationalen Anleihe, die das republikanische China notwendiger noch als die Mandschus brauchte, verfochten Japan und Rußland gemeinsam die alte Forderung, daß die Gebiete nördlich der Großen Mauer davon ausgenommen bleiben müßten, und fanden dafür um so eher die Unterstützung Englands wie Frankreichs, als das erstere auf diese Weise als Gegenleistung die Anerkennung Yuanschikais durchzusetzen vermochte. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika waren durch den Präsidentschaftswechsel in Washington in diesem Augenblick in ihrer Bewegungsfreiheit gelähmt. Auch versagte angesichts der Geschlossenheit der Ententemächte wie schon oft die Widerstandskraft der amerikanischen Interessen. Eine entschlossene amerikanische Politik hätte sich mit dem Gedanken vertraut machen müssen, nötigenfalls ihren Willen auch mit Waffengewalt durchzusetzen. Davor schreckte man indessen in Washington zurück. In Ostasien Krieg zu führen ist in der Tat selbst für USA. mehr als ein Wagnis. Angesichts der wachsenden Spannung in Europa war es doppelt groß. So zog sich denn der neue Präsident Wilson sofort nach seinem Amtsantritt aus den chinesischen Auseinandersetzungen zurück und lehnte es ab, die Interessen der amerikanischen Banken in den Anleiheverhandlungen von Amts wegen weiter zu vertreten. Es wurde der Zukunft überlassen zu entscheiden, was werden sollte. Dafür hing alles davon ab, ob sich das republikanische China unter der Führung Yuanschikais soweit würde festigen können, daß es die unter den Mandschus begonnene aktive Politik fortzusetzen imstande bliebe.

Ostasien beim Ausbruch des Weltkriegs

So war die Lage, als der Weltkrieg ausbrach. Es gab in diesem Augenblick in ganz Ostasien niemanden, der nicht überzeugt gewesen wäre, daß diese Wendung die große

Chance für Japan brachte, auf die es vermutlich längst gewartet und im Stillen sich planmäßig vorbereitet hatte. Neben der Mongolei — und noch entschiedener — trat damit die mandschurische Frage wieder in den Vordergrund. Keiner vielleicht hat das mit allen wahrscheinlichen Folgen sofort so klar durchschaut wie Yuanschikai, der deshalb auch in den ersten Tagen des August bis zum japanischen Ultimatsbeschuß eine beachtliche Aktivität entwickelte. Es hätten an sich für Japan mehrere Möglichkeiten bestanden, seine Interessen zu verfolgen, und es gab in der Tat Leute in Japan, die damals auch sehr ernsthaft erwogen haben, das an der Seite Deutschlands oder wenigstens nicht auf der Seite seiner Gegner unter aktivem Vorgehen gegen es zu tun. Vielleicht hätte das ausgenutzt werden können. Schließlich waren aber doch schon so viel Fäden gesponnen, daß die Entscheidung so fallen mußte, wie es geschehen ist. Man darf nicht übersehen, daß bei Kriegsausbruch in Tokio der Mann Minister der Auswärtigen Angelegenheiten war, der 1911 als Gesandter in London die Verhandlungen über die Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses geführt hatte und nicht zuletzt für die Gestalt verantwortlich war, die es dabei bekommen hatte. Man braucht Kato durchaus keine Abhängigkeit von England zuzuschreiben. Er hat die japanischen Interessen wahrgenommen. Worum es dabei vordringlich ging, wird klar, wenn man bedenkt, daß die 1898 entstandenen Rechte, die Japan 1905 als Nachfolger Rußlands in der Südmandschurei erworben hatte, auf 25 Jahre befristet waren und 1923 zu erlöschen drohten. Nach allen Opfern, die Japan für die Erwerbung seines südmandschurischen Besitzes gebracht hatte, und nach allem, was es in den Jahren seitdem für seine Entwicklung aufgewandt und daraus gewonnen hatte, war es selbstverständlich, daß die japanische Politik alles daran setzen mußte, dem vorzubeugen, daß jener Besitz eines Tages entschädigungslos an China wieder zurückzugeben sein würde. Mit einem so unrühmlichen Ausgang des mandschurischen Abenteuers sich abzufinden würde das japanische Volk schwerlich bereit gewesen sein; das war vorauszusehen. Keine verantwortungsbewußte Regierung konnte dem tatenlos zu-

sehen. Die Gefahr von Verwicklungen im Zusammenhang damit wurde aber um so größer, als sich die amerikanische Politik offensichtlich darauf einstellte, China den Rücken dafür zu stärken, die japanischen Rechte in der Mandschurei nicht zu verlängern. Wenn England die Erneuerung des erst 1915 ablaufenden Bündnisses mit Japan schon 1911 durchgesetzt und es dabei namentlich im Hinblick auf USA. unwirksam gemacht hatte, so war dabei gewiß nicht nur die veränderte Lage in diesem Augenblick maßgebend gewesen. Selbstverständlich spielte Korea 1911 keine Rolle mehr, nachdem es schon 1910 von Japan einverleibt worden war. Ebenso war das Verhältnis zu Rußland anders geworden. Wichtiger war schon, daß die Krise von 1911 bewies, daß nicht mehr nur an den Ausbruch kriegerischer Verwicklungen unmittelbar in Asien gedacht werden durfte, daß vielmehr der Bündnisfall auch auf einen in Europa ausbrechenden Krieg und seine Rückwirkungen auf Ostasien umgeschrieben werden mußte. Es dürfte aber auch die Überlegung mitgesprochen haben, die nächste Erörterung der etwaigen Bündniserneuerung vor das Ablaufen jenes Entscheidungsjahres 1923 vorzuverlegen, damit England in diese Entscheidung nicht mit gebundenen Händen einzutreten genötigt wäre, sich vielmehr dann nach den Umständen frei zu entscheiden vermochte, wie es seine Interessen erfordern würden. Trifft das zu, dann war aber eben für Kato, der diese Zusammenhänge kannte, die Notwendigkeit um so größer, 1914, als die Stunde schlug, die in dem Bündnis immer noch enthaltenen Möglichkeiten — und er hatte sie sich 1911 offensichtlich zu schaffen gewußt — unbedingt zu nutzen. So hat er denn damals auch gehandelt, vom japanischen Standpunkt aus handeln müssen. Anzunehmen, er hätte sich schon 1911 von England einfach nur Tsingtau versprechen lassen, ist naiv. Dem widerspricht alles, was sich im August 1914 tatsächlich abgespielt hat, ehe das japanische Ultimatum an Deutschland erging. Das Bündnis umfaßte weit größere Gesichtspunkte. Aber eben die Bündnisbestimmungen waren in der Tat das Sprungbrett für Japan, um die Gelegenheit des Ausbruchs des Weltkrieges nicht verpassen zu brauchen und seine Chance wahrnehmen zu können.

Die Tsingtaufrage 1914

Nach allem, was bekannt geworden ist, hat Japan 1914 unmittelbar nach Ausbruch des Krieges zwischen England und Deutschland dem ersteren unter Bezugnahme auf den Artikel 2 ihres Bündnisses mitgeteilt, daß es zu seinen Verpflichtungen stehe. Der angezogene Artikel 2 in der Fassung von 1911 bestimmte, daß jeder Vertragspartner dem andern sofort zu Hilfe zu kommen habe, sobald dieser, wo immer beginnend, in einen Krieg verwickelt würde, in dem er sich auch zur Verteidigung seiner Interessen und seines Besitzes in Ostasien genötigt sehen würde. So gefährlich weitgehend der Automatismus dieser Vereinbarung auf den ersten Blick erscheinen kann, er erweist sich bei genauerem Zusehen doch als beachtlich gemildert, und gerade aus dieser vorsichtigen Verklausulierung erklärt sich der langsame und scheinbar widerspruchsvolle Verlauf der Ereignisse von jenem ersten Schritt bis zur japanischen Kriegserklärung. Zugleich erhellt die Analyse dieser Verhandlungen aber auch die große Bedeutung, die sie für die Entwicklung der chinesischen Nordfront-Frage gehabt haben. Sie hat im Zusammenhang damit ein völlig anderes Aussehen angenommen. Auf Grund jener allgemeinen japanischen Bereitschaftsmitteilung war England an der Reihe zu erklären, ob es sich infolge des Kriegsausbruches in Europa in der Tat auch zu kriegerischen Maßnahmen genötigt sähe, um seine Interessen und seinen Besitz in Ostasien zu verteidigen. England hätte das durchaus verneinen können. Die in China ansässigen Engländer, einschließlich des Gouverneurs von Hongkong und wohl auch der Gesandtschaft in Peking, wären, nach zahlreichen Äußerungen zu urteilen, damit einverstanden gewesen. Ihnen war bei dem Gedanken eines Eingreifens Japans alles andere als wohl zumute. Sie fürchteten unübersehbare Folgen. Außerdem glaubte man, die amerikanische Empfindlichkeit schonen zu sollen. Von hier aus erhielt wohl auch Yuanschikai die Anregung zu dem Versuch, China für den ausgebrochenen Krieg zu neutralisieren. Er wandte sich deswegen an die beiden, damals noch neutralen Mächte, auf die es für Ostasien am meisten ankam: an Japan und Amerika. Überdies trat er

mit dem damaligen deutschen Geschäftsträger in Peking, dem Freiherrn von Maltzan, in Verhandlungen, um die im Kiautschouvertrag vorgesehene freiwillige Rückgabe des Pachtgebiets durch Deutschland an China herbeizuführen. Die deutscherseits in Tsingtau durchgeführte Mobilmachung wurde von den Gegnern als Bedrohung des Friedens in China bezeichnet. Wäre es zur Rückgabe des Platzes an China und zur Neutralisierung der deutschen Besatzung gekommen, so war eine Bedrohung, gegen die sich England zu verteidigen gehabt hätte, nicht mehr nachweisbar, und der Bündnisfall wäre gar nicht gegeben gewesen. Freiherr von Maltzan war weitsichtig genug, für diese Lösung, die den Dingen insgesamt eine völlig andere Richtung gegeben hätte, einzutreten. Er drang aber nicht durch. Immerhin wurde deutscherseits bekannt gegeben, daß man in den chinesischen Gewässern nicht angriffsweise vorzugehen noch die neutrale Schifffahrt zu belästigen beabsichtige. Die Kaperung des russischen Dampfers Rjasan am 4. August blieb auch eine völlig vereinzelte Aktion. Japan ließ aber in Peking wissen, daß es in der Rückgabe Tsingtaus an China keine befriedigende Lösung zu erkennen vermöge. Man vertrat in Tokio die Ansicht, daß China nicht über die nötigen Machtmittel verfüge, um jede Möglichkeit einer Gefährdung des Friedens in Ostasien durch Deutschland wirksam genug ausschließen zu können. Man zog wohl sogar in Zweifel, ob man sich in dieser Hinsicht überhaupt auf Chinas guten Willen verlassen könne. Zugleich ließ Japan in der Presse die Meinung vertreten, eine Neutralisierung Ostasiens, die nach Lage der Dinge bei der Schwäche Chinas mit unter den Schutz der amerikanischen Flotte gestellt werden müßte, berge die Gefahr in sich, daß USA. letzten Endes der Bundesgenosse Deutschlands würde. Das nötigte Washington selbst zur Zurückhaltung. Es scheute die Gefahr kriegerischer Verwicklungen in Ostasien ohnehin, wie wir schon festzustellen hatten. Daran scheiterte der Versuch Yuanschikais. Auch in London glaubte man, es auf Verwicklungen nicht ankommen lassen zu dürfen, die nur eine Schwächung der Entente bedeuten konnten. Man mußte sich über die Bedenken der China-Engländer um des größeren Zieles willen hinweg-

setzen. Mehr als einmal hat es sich im Weltkrieg gezeigt, daß man in Schanghai, Peking und Hongkong anders englisch dachte als in Tokio und London. Immer aber haben sich schließlich diese beiden durchgesetzt. Dort empfand man stärker, daß England ja gar nicht mehr so frei und unabhängig war, wie man es sich bei den China-Engländern wünschte. Die Verzahnung der englisch-japanisch-russischen Interessen, die sich, wie wir gesehen haben, seit 1907 entwickelt und in immer neuen Abreden stets enger gestaltet hatte, stellte die japanische Haltung nicht nur unter die Bedingungen des Bündnisses mit England, sondern auch unter die der Vereinbarungen mit Rußland. Dieses aber befand sich zur Zeit, wie wir hörten, in sehr ernststen Auseinandersetzungen mit China wegen der Mongolei. Es brauchte außerdem unbedingte Sicherheit für die Offenhaltung Wladiwostoks und den Verkehr auf der Sibirischen Bahn, war das doch nach Sperrung der Ostsee und der Dardanellen zunächst seine einzige Verbindung mit der Außenwelt. Hätte England vielleicht auch für sich allein verneinen können, in Ostasien tatsächlich unmittelbar bedroht und infolgedessen zu kriegerischen Gegenmaßnahmen genötigt zu sein, von Rußland aus gesehen lagen die Dinge anders. Waren sich aber Japan und Rußland einig, so konnte sich England nicht sperren, ohne die Zusammenarbeit der Weltkriegsgemeinschaft gleich im ersten Anfang zu gefährden. Aus der Tatsache, daß sowohl an den entscheidenden Verhandlungen in Tokio in den ersten Augusttagen stets der russische Vertreter mit beteiligt gewesen ist, wie, daß schon am 2. August der Gouverneur des japanischen Kwantung-Pachtgebiets (Liautung-Halbinsel) zu Verhandlungen mit den Russen nach Harbin fuhr, geht überzeugend hervor, eine wie maßgebende Rolle die russisch-japanischen Verpflichtungen beim Eintritt Japans in den Krieg gespielt haben. Unter russischem Druck hat England die Notwendigkeit, den Automatismus des Artikels 2 seines Bündnisses mit Japan in Gang zu setzen, anerkannt. Daß davon in der Begründung, die Japan seinem Ultimatum und der Kriegserklärung an Deutschland gab, mit keinem Wort die Rede war, entsprach offensichtlich einer Rücksichtnahme auf USA. und China. Vor allem aber verbargen so

England sowohl wie Japan die Gedanken, die sie im tiefsten Grunde bestimmten. Indem Japan die Dinge so hinstellte, als ob es nur in Erfüllung seiner Bündnispflichten England gegenüber zur Sicherung des Friedens in Ostasien die Waffen wider Deutschland erhebe, war es der Peinlichkeit überhoben, sofort seine eigentlichen Ziele enthüllen zu müssen und unbequemen Fragen darüber Antwort zu stehen. Indem England aber die Entwicklung, die nun die Dinge in Ostasien nehmen mußten, auf die Rechtsgrundlage seines Bündnisses verankerte, sicherte es sich die Möglichkeit, den Bundesgenossen, sei es im Augenblick auch noch so gelinde, unter Einfluß zu halten. So peinlich das ganze Vorgehen blieb, bei dem man ja nicht um eine Verletzung der Neutralität Chinas herumkam, die der von England als Kriegsgrund gegen Deutschland benutzten belgischen nicht das geringste nachgab, so war doch gerade die englische Beteiligung am ehesten geeignet, den amerikanischen Argwohn zu beschwichtigen. Auch China gegenüber übernahm man gern in diesem Sinne mit die Verantwortung, um es einigermaßen zu beruhigen. Angesichts des amerikanischen Versagens blieb ja England tatsächlich die einzige Hoffnung Chinas. So erklärt sich aber auch der starke Wunsch maßgeblicher chinesischer Kreise, Deutschland möge Sieger bleiben. Erst als sich 1917, mit dem aktiven Hervortreten Amerikas, wieder die Möglichkeit eröffnete, hier den starken Bundesgenossen zu finden, den China brauchte, gelang es in Peking, den Glauben an Deutschland zu erschüttern und den Abbruch der Beziehungen zu ihm als die aussichtsreichere Entscheidung erscheinen zu lassen. Wie sehr China sich dabei getäuscht hat, werden wir noch darzustellen haben.

Am 7. August 1914 war die grundsätzliche Entscheidung gefallen. England erklärte sich zur Annahme japanischer Hilfe gemäß Artikel 2 des Bündnisses bereit. Der bestimmte in seinem zweiten Teil gemeinsame Durchführung der kriegerischen Maßnahmen. Dazu gehörte die im Artikel 5 enthaltene Vorschrift, daß die Bedingungen, unter denen notwendig werdende Waffenhilfe gewährt werden sollte, und die Mittel, die dabei anzuwenden wären, von Fall zu Fall zu treffenden Vereinbarungen unterliegen sollten. Dafür waren die beiderseitigen

General- und Admiralstäbe zuständig, die sich von Zeit zu Zeit — wohl auch ohne aktuellen Anlaß — ins Benehmen zu setzen hatten. Auf Grund dieses Artikels 5 hatte England schon Anfang Juli unmittelbar nach dem Attentat von Serajewo mit Japan Fühlung genommen. Es war das aber nur eine erste allgemeine Vorsichtsmaßnahme wie die damalige Zusammenziehung der englischen Flotte. In den nunmehr am 8. und 9. August noch in Tokio stattfindenden Verhandlungen hat England augenscheinlich zunächst versucht, die kriegерischen Maßnahmen auf solche zur See gegen das Kreuzergeschwader des Grafen Spee zu beschränken. Japan erklärte jedoch, daß nach seiner Ansicht auch bei diesem Ziel die Eroberung Tsingtaus die erste und unerläßliche Aufgabe sein müsse. Von England wurde, den Pressestimmen nach zu urteilen, eingewendet, daß weder ihm noch auch den Russen, die alle verfügbaren Kräfte aus dem Fernen Osten an die deutsche Front warfen, die für eine Belagerung Tsingtaus erforderlichen Waffen und Truppen zur Verfügung stünden, daß also die im Bündnisvertrag vorgesehene „gemeinsame“ Durchführung der kriegерischen Maßnahmen nicht möglich sei und daß man deswegen darauf verzichten müsse, um so mehr, als auch die amerikanische Empfindlichkeit und die chinesische Neutralität Rücksicht verlangten. Japan gab aber nicht nach. Chinas Zustimmung zu erlangen, übernahm es selbst durch eine Sondierung in Peking. Amerikas Bedenken übernahm es dadurch zu zerstreuen, daß es in seinem Ultimatum an Deutschland davon sprechen wollte, die Vertreibung Deutschlands aus Tsingtau nur dazu vorzunehmen, um den Frieden zu sichern, nicht aber, um sich selbst zu bereichern, weshalb das Pachtgebiet später auch an China zurückgegeben werden würde. In diesem Sinne wurden in der Tat auch sonst noch wiederholt japanische Erklärungen abgegeben. Japan legte später indessen besonderen Wert darauf, daß es diese Erklärungen durchaus freiwillig abgegeben habe, und lehnte entschieden ab, sich dadurch irgend jemandem gegenüber verbindlich verpflichtet zu haben. In dem Ultimatum vom 16. August 1914 ist der Wortlaut auch so gewählt, daß man sagen kann, es wäre bei seiner Annahme allenfalls eine Ver-

pflichtung Japans Deutschland gegenüber zustande gekommen; auch das aber sei nicht erfolgt, weil Deutschland das Ultimatum nicht angenommen hat. England blieb so, nachdem es hatte A sagen müssen, nichts anderes übrig, als in den sauren Apfel zu beißen und nun auch B zu sagen. Um den Schein der gemeinsamen Kriegführung zu wahren, entsandte England eine kleine indische Abteilung zur Belagerungsarmee und einige ältere Schiffseinheiten zur Blockadeflotte. Am 9. August wurde der deutsche Botschafter in Tokio, Graf Rex, bereits vertraulich von dem Ergebnis verständigt. Am 12. August wußte man auch in Peking amtlich Bescheid. Dem japanischen Vorgehen ausdrücklich zuzustimmen, und zwar als einer Hilfeleistung zur Aufrechterhaltung des Friedens, die Japan China damit gewähre, lehnte man in Peking ab. Einen Augenblick dachte Yuanschikai daran, sich mit einer chinesischen Truppenabteilung am Kampf gegen Tsingtau zu beteiligen. Das wurde jedoch von Japan abgelehnt. So beschränkte sich China darauf, gegen die Verletzung seiner Neutralität Einspruch zu erheben, ohne jedoch dagegen Widerstand zu leisten. Der Einspruch sollte später bei den Friedensverhandlungen und Wiedergutmachungsforderungen die Rechtsgrundlage für Schadenersatzansprüche abgeben. In Japan selbst scheint man an einigen Stellen wegen der Haltung Amerikas ernstere Befürchtungen gehabt zu haben. Die englische Pressepropaganda hatte gewirkt. Ministerpräsident Okuma gab aber schon am 10. August in einer Pressekonferenz beruhigende Erklärungen ab. Immerhin wurde das an Deutschland zu stellende Ultimatum erst am 15. August in Tokio vom Kaiser genehmigt.

Als Ziel seines Eingreifens bezeichnete Japan in dem Ultimatum sowohl wie in der späteren Kriegserklärung den „Schutz der allgemeinen im englisch-japanischen Bündnis aufgeführten Interessen der Vertragspartner“. Als solche „Interessen“ waren in der Präambel des Bündnisvertrages aufgeführt: 1. Festigung und Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens in Ostasien und Indien, 2. Erhaltung der gemeinsamen Interessen aller Mächte in China durch Sicherung der Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit des chinesischen Reiches und des

Grundsatzes gleicher Möglichkeiten für Handel und Industrie aller Nationen in China, 3. Erhaltung des Gebietsbesitzes der Vertragspartner in Ostasien und Indien und Verteidigung ihrer Sonderinteressen in diesen Gebieten. In unserem Zusammenhang interessieren besonders die Punkte 2 und 3. Hier ist unterschieden zwischen den Sonderinteressen in bestimmten Einflußsphären jeweils der beiden Vertragspartner (Punkt 3) und allgemeinen Interessen in China, die allen Mächten gemeinsam sind und mit dem Grundsatz der offenen Tür wie der Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit Chinas zusammenhängen (Punkt 2). Daß diese letzteren durch Deutschland tatsächlich bedroht sein sollten, war eine reichlich kühne Annahme. Die allgemeine Erstreckung des japanischen Ziels auch auf diese „Interessen“ gab deshalb sofort zu allerlei Vermutungen Anlaß. Gingen die Vereinbarungen zwischen Japan und England — und auch Rußland, wie man nicht vergessen darf — etwa so weit, so fragte man sich, daß Japan den Schutz der allgemeinen Interessen seiner Vertragspartner während des Krieges auch dann wahrzunehmen haben sollte, wenn sie nicht von Deutschland, sondern von anderer Seite bedroht würden? Sollte das z. B. auch gegen China selbst oder etwa gegen USA. gelten? Hatte es Japan völlig selbständig in der Hand, rein von sich aus zu entscheiden, ob und wo eine Bedrohung vorliege? Als Inhalt der am 9. August zustande gekommenen Vereinbarung zwischen Japan, Rußland und England war der Peking-Regierung mitgeteilt worden, daß Japan die beiden anderen Mächte in ihren jeweiligen Einflußsphären vertreten solle, mit völliger Handlungsfreiheit anderswo. Das wurde so ausgelegt, als hätten England und Rußland ihren Besitz und ihre Interessen in Ostasien unter den Schutz Japans gestellt und als hätten sie Japan freie Hand gegeben, auch offensiv gegen China vorzugehen. In der britischen Gesandtschaft in Peking wurde die Berechtigung einer derartigen Auffassung bestritten. Tatsächlich hat sich aber später erwiesen, daß Japan doch der Sprecher für seine Bundesgenossen China gegenüber geworden war. Das wurde vor allem sichtbar, als es sich darum handelte, daß China in den Krieg gegen die Mittelmächte mit einträte. Freilich hat jene Vereinbarung

auch nicht ausgeschlossen, daß namentlich England in Peking während des Krieges trotzdem eine sehr eigenwillige und unabhängige Politik trieb. Immerhin hat Japan wohl geglaubt, hier in der Tat die Grundlage für das Vorgehen gefunden zu haben, mit dem es nach dem Fall Tsingtaus die Dinge selbständig weiter zu gestalten versucht hat. Es muß sich vor allem tatsächlich freie Hand ausbedungen gehabt haben, außerhalb der engeren Interessensphären seiner Bundesgenossen unabhängig vorgehen zu dürfen. In Peking hat man das damals sofort richtig durchschaut. Das Verhalten Japans in allen diesen Verhandlungen war zu zielbewußt und folgerichtig, als daß hätte verborgen bleiben können, daß ihm Tsingtau nur Mittel zum Zweck war. Das Mitglied der chinesischen Regierung, das bei einer Besprechung der Nachrichten aus Tokio am 12. August die Frage stellte: „Japan hat doch die Mandschurei in Händen, weshalb will es deswegen Streit anfangen?“, traf den Nagel auf den Kopf. Die Weiterentwicklung gab ihm durchaus recht.

Die Vorgänge im August 1914 und ihre Grundlagen sind absichtlich etwas ausführlicher dargestellt worden. Diese Deutschland unmittelbar angehenden Dinge sind bisher nicht genügend bekannt. (Vgl. „Die Kämpfe der Kaiserlichen Marine in den deutschen Kolonien“, herausgegeben vom Marine-Archiv, Berlin 1935, S. 24 Anm.) Sie stellen aber die Wendung dar, die für alles, was seitdem geschehen ist und noch gegenwärtig zur Entscheidung steht, die Grundlage geschaffen hat, und müssen deshalb aufs genaueste beachtet werden. Wer nur den kriegesischen Zusammenstoß zwischen Japan und Deutschland sieht, verkennet die wahre Bedeutung des Ganzen. Wenn japanischerseits immer wieder betont worden ist, der Angriff auf Tsingtau sei nicht im mindesten aus Haß gegen Deutschland oder aus Rachedurst wegen des Eingriffs seinerzeit (1895) nach dem Frieden von Schimonoseki erfolgt, so verdient das durchaus Glauben. Japan handelte zwangsläufig ohne alles Ressentiment gegen Deutschland rein aus den Notwendigkeiten seines nationalen Lebensinteresses. Die Erinnerungen an Schimonoseki spielten nur insofern eine Rolle, als Japan damals die Erfahrung gemacht hatte, daß es

seine Ansprüche gegen China nur durchzusetzen in der Lage sein würde, wenn es mit Peking allein zu tun haben würde, ohne befürchten zu müssen, daß China an anderen Mächten einen Rückhalt zu finden hoffen könne und daß über einen Ausgleich zwischen Peking und Tokio der Arcopag der Großmächte die letztentscheidende Schiedsrichterrolle beanspruchen dürfe. Diese Erkenntnis ist allerdings für die japanische Politik seit Schimonoseki bis zur Gegenwart grundlegend und richtunggebend. Sie hatte seit jener bitteren Stunde nur das eine Ziel, die Möglichkeit einer Wiederholung jener Niederlage auszuschließen. Das richtete sich nicht gegen Deutschland, sondern gegen alle, auch gegen England. Das Bündnis mit den letzteren hatte vom japanischen Standpunkt nur den Zweck, die Einheitsfront der Großmächte zu sprengen und den Druck möglicher Gegenwirkungen zu mildern. Ging es nicht mit England, so wäre Japan auch jede andere Verbindung recht gewesen. Das zeigt die Entwicklung seiner Beziehungen zu Rußland. Daß somit Japan aber immer noch eine Abhängigkeit von einem oder mehreren Bundesgenossen in Kauf nehmen mußte, die zu zahlreichen Rücksichtnahmen nötigte, hat man in Tokio nie übersehen. Deshalb benutzte man die Stunde der Not der anderen nun auch sofort, um sich die Erfüllung der Bündnisverpflichtungen mit der Anerkennung der Vordringlichkeit seiner eigenen Interessen und der Gewährung völliger Handlungsfreiheit bei deren Verfolgung bezahlen zu lassen. Von diesem Augenblick an hing es von Japan ab, wie sich die Lage an der chinesischen Nordfront gestalten sollte. Tokio allein war es nach den obwaltenden Umständen, das das Gesetz des Handelns bestimmte. Der darin liegenden ungeheuren Verantwortung war man sich in Japan durchaus bewußt. Man wußte auch, daß man bis zum Ende des Weltkrieges am Ziel sein mußte. Das Entscheidungsjahr war, wie wir sahen, 1923. Dabei kam es vor allem darauf an, entweder im Guten zu einer Verständigung mit China zu gelangen oder es dazu zu zwingen. Das bestimmte das weitere Geschehen.

Die japanischen Forderungen von 1915

Als Japan sich Anfang November 1914 im Besitz von Tsingtau befand, ohne daß das Ende des Weltkriegs abzu-
sehen war — nach dem Ausgang der Marneschlacht —, stand
es vor schweren Entscheidungen. Die angelsächsische Presse
erinnerte daran, daß Tsingtau Deutschland nur hatte ab-
genommen werden sollen, um es an China zurückzugeben.
China hob die für die Kämpfe um Tsingtau erfolgte Er-
klärung einer besonderen Kriegszone in der Provinz Schantung
wieder auf und drängte auf Wiederherstellung des Friedens-
zustandes für Handel und Verkehr. So mußte Japan nun
wohl oder übel Farbe bekennen. Es glaubte eine Lösung in
einem Tauschgeschäft finden zu können. China sollte Japans
Rechte in der Mandschurei über das Jahr 1923 hinaus ver-
längern, auch in einigen Punkten noch sachlich und gebiets-
mäßig erweitern. Dafür wollte Japan China in seinem längst
verfolgten Bestreben unterstützen, sich von den sogenannten
„ungleichen“ Verträgen zu befreien, die ihm von den euro-
päischen Mächten aufgezwungen worden waren und diesen
unerträgliche, mit der chinesischen Souveränität und dem
Selbstbestimmungsrecht des chinesischen Volkes auf die Dauer
unvereinbare Vorrechte verschafft hatten. Zur Unterstützung
in der Abwehr der zu erwartenden Gegenmaßnahmen der
Mächte wollte Japan China ein Schutz- und Trutzbündnis
anbieten. Im Rahmen dessen wäre es bereit gewesen, die mili-
tärische Reorganisation Chinas zu übernehmen, ihm eine eigene
Rüstungsindustrie aufzubauen und ihm auch bei der Moderni-
sierung seiner Verwaltung zu helfen, um seine finanzielle
Selbständigkeit zu ermöglichen. Dieses Gesamtprogramm, im
einzelnen in 21 Punkten formuliert, trug am 18. Januar 1915
der japanische Gesandte Hioki, der vorher zur Information
nach Tokio gerufen worden war, Yuanschikai in einer streng
vertraulichen Audienz vor. Japan verlangte strikte Geheim-
haltung. Es wollte unbedingt nur unter vier Augen ver-
handeln, was angesichts der Kühnheit des ganzen Planes ver-
ständlich ist. Seinerseits fühlte es sich wenigstens den eigenen
Bundesgenossen gegenüber moralisch durchaus gedeckt, da es

sich ja Handlungsfreiheit ausbedungen hatte. Es ist aber zu vermuten, daß wenigstens Rußland in einigem Umfang ins Vertrauen gezogen worden ist. Es hielt sich in den bald ausbrechenden Auseinandersetzungen bemerkenswert zurück und beteiligte sich kaum an der Polemik gegen Japan. Statt dessen verfolgte es seine eigenen, auf die Loslösung der äußeren Mongolei gerichteten Bestrebungen trotz der Inanspruchnahme durch den Krieg gegen die Mittelmächte gerade in jener Zeit besonders tatkräftig weiter und gelangte fast gleichzeitig mit dem Abschluß der japanisch-chinesischen Verhandlungen am 25. Mai 1915 ebenfalls zu einem für seine Ziele günstigen Abkommen mit China, an dem auch die Mongolei als dritter Partner beteiligt war. Japan hat im übrigen sein Ziel nicht erreicht. Im wesentlichen setzte es nur die Verlängerung und Erweiterung seiner Rechte in der Mandschurei durch, selbst das aber nicht im Wege freiwilligen Zugeständnisses von Seiten Chinas, sondern durch ultimative Androhung von Waffengewalt. Der große Wurf war also mißlungen. China hatte sich einer durchgreifenden Bereinigung aller Fragen noch einmal entzogen. So änderte sich auch in der Lage an der Nordfront grundsätzlich vorläufig nichts. Hätte Japan sein Ziel erreicht, so wäre die Nordfront zunächst, soweit die südliche Mandschurei und innere Mongolei in Frage kam, in dem chinesisch-japanischen Bündnis unsichtbar geworden und unschädlich gemacht gewesen, vielleicht sogar darüber hinaus im Ganzen, sofern es dahin gekommen wäre, daß sich Rußland diesem großasiatischen Bund anschloß. So aber machten die neuen Verträge mit den erweiterten Zugeständnissen Chinas im einzelnen, bei Aufrechterhaltung seiner Grundeinstellung, wenig aus, um so weniger als das Scheitern des japanischen Vorstoßes die Verstimmung zwischen Peking und Tokio verschärft hatte. Das schließlich nicht zu vermeiden gewesene Bekanntwerden seiner Forderungen an China hatte Japan auch in den Augen Amerikas erneut wieder stärker verdächtig gemacht. Die englischen Gegner der Entscheidung vom August 1914 waren in ihrer Ansicht von der Gefährlichkeit der Entfesselung des japanischen Ausdehnungsdranges bestärkt. So mußte Japan mit verschärftem

Widerstand rechnen und konnte im Grunde nur die Aufrechterhaltung der engen Verbindung mit Rußland als Aktivum verbuchen. Auf dieser Interessengemeinschaft baute es denn auch zunächst weiter.

Yuanschikais Kaisertraum

In den japanisch-chinesischen Verhandlungen Anfang 1915 hatte Yuanschikai die Möglichkeit eines Bündnisabschlusses auch mit dem Hinweis auf die Unsicherheit seiner Stellung als kurzfristig gewählten Präsidenten in Zweifel gezogen. Japan kannte die revolutionäre Gegnerschaft Yuanschikais in China und hat versucht, sie für seine Zwecke auszunutzen. Diese Gegensätze gaben aber auch den Gegenspielern Japans die Handhabe, ihm Schwierigkeiten zu bereiten. Es ist hier nicht der Ort, die innerpolitische Entwicklung Chinas im einzelnen zu verfolgen. Das verlangt eine Darstellung für sich. Im Augenblick muß der Hinweis genügen, daß aus jenen Andeutungen Yuanschikais, seine Stellung müßte stärker sein, um bündnisfähig werden zu können, jene monarchische Bewegung hervorgegangen ist, die China 1915/16 aufs schwerste erschütterte und darüber hinaus mit ihren Folgen für Jahre lahm legte. Englische und amerikanische Kräfte arbeiteten daran, die Kaiserabsichten Yuanschikais dafür nutzbar zu machen, mit einer Stärkung Chinas auf diesem Wege eine Schwächung Japans vorzubereiten. Als aber der anfangs von Japan nicht beanstandeten Bewegung eine Spitze gegen seine Interessen gegeben werden sollte, erhob es Einspruch und brachte sie zum Scheitern. Yuanschikai starb darüber Anfang Juni 1916. Hatten sich dabei schon die englisch-japanischen Beziehungen bedenklich zugespitzt, so wurde die Lage noch ernster, als Amerika Yuanschikais Nachfolger in seinem Sinne zu beeinflussen unternahm. Es war die Zeit, als sich Wilson vor seiner Wiederwahl mit Friedensvermittlungsabsichten trug und für die Friedensverhandlungen die Anmeldung der chinesischen Forderungen vorzubereiten gut scheinen konnte. In dieser Zeit waren auch Gerüchte von einer möglichen Sonderverständigung Deutschlands mit Rußland aufgetaucht. Im Zusam-

menhang damit erörterte man in Japan, ob es noch Zweck hätte, das Bündnis mit England fortzusetzen, und ob es nicht vorteilhafter wäre, über Rußland nach einem Anschluß an Deutschland zu streben. Für alle Fälle wurde in Tokio zunächst einmal am 3. Juli 1916 ein neues Abkommen geschlossen, in dem sich Rußland und Japan gegenseitigen Schutz ihrer Stellung an der Nordfront verbürgten. Das Bündnis war ganz offensichtlich gegen USA. gerichtet, von dem man Wiederaufnahme seiner früheren Politik befürchtete. Eine wesentliche Veränderung der Lage an der Nordfront war aber auch damit nicht herbeigeführt.

Chinas Eintritt in den Weltkrieg

Eine weitere Etappe der Entwicklung bedeuteten die Kämpfe, die sich um den Eintritt Chinas in den Krieg gegen die Mittelmächte abspielten, und der Ausbruch der Revolution in Rußland im März 1917. Ende 1916 hatte noch die Zustimmungsnote Chinas zu den damaligen Friedensvorschlägen Wilsons, in denen bereits die für China besonders angenehm klingende und unzweifelhaft auf die chinesischen Verhältnisse gemünzte Forderung nach Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker auftauchte, erneut bewiesen, wie nahe sich China und USA. standen. Die Aufforderung Wilsons an China im Februar 1917, sich dem Abbruch der Beziehungen zu Deutschland anzuschließen, fand deshalb bei den damals in Peking am Ruder befindlichen chinesischen Politikern, die alles Heil von USA. erwarteten, sofortige Zustimmung. Rußlands zunehmende Schwäche war kein Geheimnis mehr. Das sich revolutionierende Rußland besaß auch nicht mehr ohne weiteres die Zuneigung der Mongolen. In der Tat gelang es sehr bald, die Mongolei wieder enger an China anzuschließen. Das eben zustande gekommene Bündnis mit dem untergehenden Rußland verlor für Japan aber gleichzeitig an Wert. So verschlechterten sich die Aussichten Tokios zusehends. Wilsons Absicht war in jener Zeit augenscheinlich, einen Block der bisherigen Neutralen zusammenzuschließen und mit ihnen auf der Friedenskonferenz die Vermittlung zwischen den kriegführenden Par-

teien zu diktieren. Wie dieses Diktat für China und dessen Nordfront ausgefallen wäre, kann man sich nach dem, was über die bisherige Entwicklung dieser Fragen zu sagen war, unschwer ausmalen. Tokio hätte schwerlich etwas von den Hoffnungen von 1914 gerettet. Es war ein erster Lichtblick für Japan, daß sich im Widerstand gegen solche Möglichkeiten eines Wilsonschen Schiedsgerichts die Entente wieder fester zusammenfand. Auch Rußland hoffte man unter Kerenskis Regierung dafür aktivieren zu können. Japan verstand es, sich im Laufe des Februar 1917 die Zustimmung Englands, Frankreichs und Rußlands — mittelbar auch Italiens — dafür zu sichern, daß China zu zwingen sei, nicht gesondert an der Seite von USA., sondern als Mitglied der Entente in den Krieg einzutreten, und es ließ sich auch diesen neuen Beweis von Bündnistreue bezahlen, dadurch, daß ihm von allen drei Regierungen verbrieft wurde, sie würden auf der Friedenskonferenz dafür eintreten, daß die deutschen Rechte in Schantung ihm überantwortet würden, nicht aber unmittelbar an China zurückfielen. Noch war Japan im Besitz des Faustpfandes Tsingtau. So konnte es, nach der Bestätigung als Rechtsnachfolger Deutschlands durch die Friedenskonferenz, hoffen, zu gegebener Zeit noch einmal dort wieder einsetzen zu können, wo es im Mai 1915 gescheitert war. Die Aussicht schien um so besser, als schon jetzt Japan auch in China im übrigen bei einem Teil der Politiker Verständnis fand. Diese hatten nicht vergessen, wie sie 1914, 1916 und noch öfter von USA. wie von England im Stich gelassen worden, und waren deshalb zu der Überzeugung gelangt, daß nur von einem Zusammengehen mit Japan etwas erwartet werden dürfte, das jetzt zugleich auf die Isolierung Wilsons hinweisen konnte, ferner auf die Unsicherheit, in Rußland einen Bundesgenossen zu gewinnen, der sich für die amerikanische Politik einzusetzen bereit wäre, dagegen auf die Stärke der Entente und die Vorteile, die sie einem zuverlässigen China zu bieten in der Lage wäre. Als diese Gruppe, freilich nicht ohne Schwierigkeiten, in Peking ans Ruder kam, erreichte Japan bei ihr gegen Gewährung einiger Anleihen sogar den Abschluß von Bahnbauverträgen, die unausgesprochen die Anerkennung so-

wohl der japanischen Stellung in Schantung, wie in der Mandschurei und inneren Mongolei im Sinne der Verhandlungen vom Frühjahr 1915 voraussetzten und einschlossen. Japan konnte später nicht ganz mit Unrecht darauf hinweisen, daß sich China damit der Möglichkeit begeben habe, die Rechtsgrundlage in Zweifel zu ziehen, von der aus es nicht solche Abmachungen hätte treffen dürfen, wenn es sie selbst anfocht. Um das Maß vollzumachen, gelang es Japan im Herbst 1917 auch noch das Lansing-Ischii-Abkommen mit USA. zustande zu bringen, in dem ihm seine aus der geographischen Lage und der Geschichte erwachsene Sonderstellung in den ihm nächstgelegenen Gebieten Chinas anerkannt wurde. In der Not der unterschätzten Kriegsvorbereitung gegen Deutschland mußte sich Washington zu diesem Zugeständnis bereit finden. So glaubte Japan der Friedenskonferenz beruhigt entgegensehen zu können.

Allein die bolschewistische Revolution im Herbst 1917 brachte noch eine Störung. Es konnte bald kein Zweifel sein, daß darnach Rußland bei der Liquidierung des Weltkrieges keine aktive Rolle spielen würde. Japan hatte damit zu prüfen, wer etwa als Rechtsnachfolger Rußlands in den ihm am Herzen liegenden Fragen würde auftreten können und welche Ansprüche ein solcher vermutlich vertreten und mit wessen Hilfe er sie durchzusetzen versuchen würde. Die Bahnbauten in der Mandschurei wie in Sibirien waren mit französischen Anleihen finanziert worden. Amerika hatte der Kerenski-Regierung eine Anleihe gewährt und eine technische Kommission zur Reorganisierung des Bahnbetriebs gesandt. Japan hatte große Ansprüche aus unbezahlten Kriegslieferungen und war bemüht, sich als Faustpfand die noch in Wladiwostok lagernden Vorräte zu sichern. Alle diese Interessen wirkten zusammen, um 1918 eine interalliierte Intervention in Sibirien herbeizuführen. Sie kam der „weißen“ russischen Gegenrevolution unter Koltschak zu Hilfe, der es tatsächlich gelang, bis über den Ural westwärts vorzustoßen, die aber dann sehr bald doch kläglich zusammenbrach. Japan stellte das stärkste Kontingent für die Interventionsarmee. Es besetzte Wladiwostok und drang bis an den Baikalsee vor, immer von seinen

Bundesgenossen argwöhnisch beobachtet und gehemmt, seine Kräfte frei zu entfalten und die Lage restlos auszunutzen. Die japanischen Truppen blieben auch noch in Sibirien, als die anderen alliierten Kontingente zurückgezogen wurden. Japan bestritt, die ostsibirischen Gebiete an sich reißen zu wollen. Aber man sagte ihm derartige Pläne doch nach. Die Lage blieb bis über die Versailler Konferenz hinaus unklar. In dieses Abenteuer hatte Japan im übrigen auch seine chinesischen Freunde verstrickt. Absichtlich wurde die Gefahr übertrieben, die angeblich für China von den in Sibirien befindlichen deutschen Kriegsgefangenen drohen sollte. Um ihr zu begegnen, stellte China eine besondere Truppe auf, deren Ausrüstung und Ausbildung von Japan besorgt werden sollte. Im Grunde lief das nur auf einen Ansatz zur Aufnahme der Verwirklichung der im Januar 1915 angebotenen umfassenden Unterstützung und auf die Schaffung einer Schutztruppe für japanfreundliche chinesische Politiker hinaus. Es ging infolgedessen davon mehr Störung für die chinesische Innenpolitik als praktische Wirkung für die Gestaltung der Dinge an der Nordfront aus.

Versailles

So lagen die Verhältnisse, als die chinesischen Angelegenheiten in Versailles zur Erörterung kamen. Auf die Abmachungen mit England, Frankreich und Italien gestützt — auf Rußland kam es nicht mehr an — gelang es Japan unter geschickter Ausnutzung der chinesischen Ungeschicklichkeit in Gestalt jener Eisenbahnanleiheverträge unschwer durchzusetzen, daß die ehemaligen deutschen Schantungrechte ihm übertragen wurden. Wilson, der angeblich von jenen Abreden zwischen Japan und seinen Bundesgenossen nichts gewußt hat, war durch das Lansing-Ischii-Abkommen halb gebunden. Auch die unklare Haltung Chinas bereitete ihm Schwierigkeiten. Um China wirklich restlos gegen Japan einsetzen zu können, hätte man ja erst den Einfluß der japanfreundlichen Politiker in Peking ausschalten müssen. Im Augenblick hätte Wilson seinen Willen nur durchsetzen können, wenn er bereit gewesen wäre, es auf eine Sprengung der Versailler Konferenz ankom-

men zu lassen. Davor schreckte er zurück und beugte sich vor dem Willen der Entente. Weder aber in USA. noch in China hat man ihm diesen Verrat vergessen. Die Folgen sind bekannt. China lehnte ab, die Versailler Festsetzungen zu unterschreiben. Die Vereinigten Staaten versagten dem Versailler Frieden wegen der Vergewaltigung Chinas ebenfalls die endgültige Unterschrift. Die amerikanische Presse meldete schon während der Verhandlungen die Absicht an, daß sobald wie möglich eine Revision in Angriff genommen werden würde. Um dafür die Hände frei zu haben, zog sich Washington vom Völkerbund, Wilsons Lieblingsschöpfung, zurück. Die englische öffentliche Meinung schlug unter dem Einfluß der zu den Anrainern des Pazifik gehörenden Kolonien und der China-Engländer sehr rasch um. Man verschloß sich der Notwendigkeit einer Revision hier um so weniger, als einzusehen war, daß nur um diesen Preis nicht nur die Freundschaft mit USA., sondern auch der Zusammenhalt des Empire zu retten war, ganz abgesehen von den britischen Interessen in China selbst. Das Bündnis mit Japan um deswillen preiszugeben, wie es nachher in der Tat insbesondere auf Wunsch Amerikas geschah, fiel nicht schwer, nachdem die Entwicklung seit August 1914 gezeigt hatte, wie gefährlich die Freundschaft mit dem japanischen Imperialismus werden konnte. Man befreundete sich mit dem Gedanken um so leichter, als der Bündniszweck, der ursprünglich doch durch die gemeinsame Gegnerschaft gegen Rußland gegeben gewesen und 1911 auf die Fesselung Deutschlands umgestellt worden war, mit der Revolutionierung Rußlands und der Niederwerfung Deutschlands entfallen zu sein schien. Beide Gegner kamen, wie die Dinge lagen, annehmbar für Jahre, wenn nicht Jahrzehnte nicht mehr in Frage. So war der japanische Degen vom Standpunkt Londons entbehrlich, es sei denn, daß man ihn gegen USA. gebraucht hätte, wofür jedoch Japan selbst kaum zu haben war. Tokio konnte im Augenblick nur auf die französische Freundschaft noch stärker bauen, die sich für die nächste Zeit infolgedessen unverkennbar festigte. Hier hatte das gemeinsame Interesse am zaristischen Erbe in der Nordmandschurei eine erste Grundlage von einiger Haltbarkeit geschaffen. In

dieselbe Richtung wies das französische Rückversicherungsbedürfnis für Indochina. Von Wert war indessen die französische Freundschaft auch durch den Einfluß, den Paris im Völkerbund auszuüben in der Lage war. Sie darüber hinaus aktiv in Ostasien einzusetzen, konnte kaum in Frage kommen. Höchstens über Warschau war ein gegen Rußland etwa benötigtes Gegengewicht anzubringen. Wie aber sollte Rußland überhaupt in der Richtung eingesetzt werden? Die bisherige Erfahrung bewies, daß Tokio sowohl mit wie gegen Rußland zu rechnen in der Lage und gewohnt war. Solange jedoch an Stelle Rußlands nur ein großes Fragezeichen zu setzen war, blieb auch diese Ungewißheit ein Moment der Schwäche für Japan. Die von der angelsächsischen Presse geschürte Empörung der chinesischen Jugend vor allem gegen die japanfreundlichen Politiker in Peking, die überwiegend der alten Militärbükratie angehörten, beraubte endlich Japan auch seines Rückhalts in China. Die bald einsetzende Boykottbewegung wie die andauernde Unruhe im Lande schädigte den japanischen Handel. Die Kosten des militärischen Schutzes der Erwerbungen in Schantung ließen Japan auch daran keine rechte Freude erleben. Es konnte mithin kein Zweifel sein, daß Japan in Versailles nur einen Pyrrhussieg errungen hatte. Das Wagnis von 1914 war praktisch fehlgeschlagen. Auf die chinesische Nordfront als Ganzes gesehen kann im übrigen nur festgestellt werden, daß die Weltkriegsjahre hier sehr viel Bewegung gebracht haben, daß man schließlich aber doch nur auf der Stelle getreten hatte.

Der Kampf um die chinesische Nordfront seit dem Weltkrieg

Das wichtigste Ereignis in der Entwicklung, die der Kampf um die chinesische Nordfront nach dem Weltkrieg genommen hat, war zunächst die Wiederkehr Rußlands. Sie vollzog sich in zwei Abschnitten. Einem ersten raschen Anstieg folgte 1927 vorerst noch einmal ein fast völliger Zusammenbruch. Nur langsam und teilweise in wesentlich anderer Art begann danach ein neuer Ansatz, über dessen Erfolgsmöglichkeit erst die noch schwebenden Auseinandersetzungen zu entscheiden haben werden.

Die Wiederkehr Rußlands

Es ist nicht leicht festzustellen, welche Kräfte und Absichten tatsächlich das Rußland der Sowjets wieder in den Kampf um Nordchina zurückgeführt haben. Daß es sich nicht um nur eine einzelne Ursache handeln kann, steht von vornherein fest. Die Dinge haben sich im Laufe der Entwicklung wiederholt verschoben. Erst allmählich ist die Lage entstanden, die noch gegenwärtig den Fortgang bestimmt. Es sind auch nicht nur russische Elemente gewesen, die sie beinflusst haben; vielmehr haben namentlich zu Beginn fremde Eingriffe, Hoffnungen und Pläne wesentlich mitgewirkt und den entscheidenden Anstoß gegeben. Im Vordergrund hat aber immer die Sibirische Eisenbahn gestanden samt ihrer unter dem Namen Ostchinesische Bahn bekannten Teilstrecke in der Nordmandschurei. Im Augenblick des Zusammenbruchs des zaristischen Rußlands hatte sie vor allem für dessen Bundesgenossen allergrößtes Interesse als einzige freie Zugangslinie. Insbesondere die amerikanische Hilfe wollte auf diesem Wege einsetzen. Das entfiel, sobald feststand, daß das bolschewistisch gewordene Rußland für den Kampf gegen Deutschland nicht mehr in Frage kam. Nunmehr war die Bahn jedoch nur um so wichtiger als Rückgrat des gegenrevolutionären Vorstoßes unter Koltshak. Der hatte aber hauptsächlich die Wirkung, daß er die Sowjets in der Abwehr hinter sich her nach Sibirien und

dem Fernen Osten zurückführte. Wer weiß, wie sich die Dinge entwickelt hätten, wenn damals die namentlich von gewissen Amerikanern vertretenen Pläne Wirklichkeit geworden wären, Sibirien zu verselbständigen, ohne es indessen zur Basis einer Bedrohung der Bolschewisten zu machen. Schon die Kerenski-Revolution hatte sofort die Wirkung gehabt, daß ehemals aus Rußland ausgewanderte Juden vor allem, die in USA. eine neue Heimat gesucht und gefunden hatten, aber auch andere russische Flüchtlinge in Mengen über Sibirien nach dem befreiten Vaterlande zurückströmten. Sie beteiligten sich insbesondere auch an der Revolutionierung Sibiriens. In ihrer Vorstellung war dieses unermessliche, unentwickelte Gebiet, das mancher aus einer Zeit der Verbannung gut genug kennen mochte, ein neues Land unbegrenzter Möglichkeiten, das nur darauf wartete, nach amerikanischen Methoden entwickelt zu werden. Das Interesse des amerikanischen Großkapitals schien unschwer dafür zu gewinnen zu sein. Die amerikanische Politik jedoch war an die Bundesgenossen gebunden. England hielt es mit den weißen Russen und dachte nur an die auf Koltschak gesetzten Hoffnungen. Japan aber wünschte eher sich selbst in den Genuß der in Sibirien zu hebenden Schätze zu setzen. So konnte Washington nicht durchdringen, sofern es überhaupt eigene Pläne gefaßt hatte. Trotzdem gelang am 6. April 1920 dem Amerikaner Tobelson, genannt Alexander Michailowitsch Krasnostschikow, die Gründung der Fernöstlichen Republik mit der Hauptstadt Tschita, die alles Gebiet östlich des Baikalsees umfassen sollte. Sie war zunächst nicht bolschewistisch, da die zu über 70% aus Bauern bestehende Bevölkerung dafür noch nicht zu haben war. Ihr wurde aber durch eine Anleihe Moskaus auf die Beine geholfen, das sich so in ihr einen Pufferstaat schuf, um die Reibungen mit der Außenwelt zu mindern. Erst als sich 1924 die Verhältnisse gefestigt hatten, erfolgte die volle Eingliederung in die Union der Sowjetrepubliken. Bis Ende 1920 war alles zunächst von der interalliierten Interventionsarmee besetzt gewesene Gebiet wieder frei. Nur in Wladiwostok und auf Nordsachalin standen noch die Japaner. Die Ostchinesische Eisenbahn blieb

vorläufig ebenfalls noch unter chinesischer Verwaltung mit internationaler Unterstützung. Ebenso hatte Urga, die Hauptstadt der Außenmongolei, eine chinesische Besatzung. Die russische Front war demnach, wenn man ihr die Fernöstliche Republik zuzählt, im Grunde auf den Stand etwa von 1896 zurückgedrückt. In der Südmandschurei aber standen ebenfalls wie bisher die Japaner. Für China war also die Nordfront von 1896 nicht wieder hergestellt. Nur in der Nordmandschurei besaß es wieder eine Vorpostenstellung. Japan verhandelte seit Mitte 1921 selbständig mit der Fernöstlichen Republik über die Räumung von Wladiwostok und Nordsachalin sowie andere Fragen. Dadurch verhinderte es, daß Rußland auf der Washingtoner Konferenz im Herbst 1921 als Verhandlungspartner in Frage kommen konnte. Zu den Zugeständnissen, zu denen sich Japan in Washington bequemen mußte, gehörte jedoch auch die bedingungslose Räumung von Wladiwostok und Nordsachalin. Sie war Ende Oktober 1922 vollzogen. Damit war Rußlands Stellung am Pazifik wiederhergestellt. Das hatte es nicht zuletzt Washington zu danken. Die nächste Folge war aber auch, daß es seine Rechte in der Nordmandschurei wie in der Mongolei zurückzuerlangen trachtete. Soweit die Mongolei in Frage kam, gelang das bereits 1921. Hier hatte der Parteigänger Koltschaks, der „tolle Baron“ von Ungern-Sternberg, zunächst auf eigene Faust die Chinesen aus Urga vertrieben. Er selbst erlag dann sehr rasch den nach dem Zusammenbruch Koltschaks vorstoßenden Sowjets. Seitdem war die Außenmongolei wieder unter Moskauer Einfluß. Die Rückgewinnung der alten Stellung in der Nordmandschurei war nicht so leicht. Dazu aber schlug Sowjetrußland einen Weg ein, der recht gesehen durchaus an das Vorbild anknüpfte, das die zaristische Diplomatie mit ihrem Bündnis mit Lihungtschang von 1896 hinterlassen hatte.

*Sunyatsens Bündnis mit
dem Bolschewismus*

Schon 1919, als China seine große Enttäuschung in Versailles erlebte, hatte Sowjetrußland durch Tschitscherin eine

erste Annäherung an Sunyatsen, den Vater der chinesischen Revolution, versucht. Sun war damals aber noch selbst ohne alle Macht. 1920 machten die Sowjets ein Angebot an Peking. Dort dominierte damals indessen noch der amerikanische Einfluß, und man war sich noch nicht klar, wie man sich zu dem neuen Rußland stellen sollte. Immerhin gelang es der Vermittlung des in Kanada naturalisierten Morris Cohen, Karakhan, dem Vertreter Moskaus, den Weg zu China zu ebnen, und 1922 konnte Joffe als erster Botschafter Sowjetrußlands in Peking einziehen. Anfang 1923 traf er Sunyatsen in Schanghai. Die Neunmächtekonferenz in Washington hatte eben den Grundsatz verkündet, es müsse China selbst überlassen werden, sein Haus in Ordnung zu bringen. Sun erkannte die Aufgabe und brannte darauf, ihre Lösung zu übernehmen. Er fand jedoch in Washington, auf das es dafür in erster Linie angekommen wäre, kein Vertrauen. So schloß Sun mit Joffe ab. Von da an begann der Aufbau der Kwomintang-Organisation, der Parteimaschine Suns, politisch und militärisch unter Führung Borodins, des aus Moskau entsandten Bevollmächtigten, und seiner zahlreichen Mitarbeiter in Kanton. Auch in Peking wußte Moskau seinen Vorteil wahrzunehmen. Im September 1923 mußte Liyuanhang, der im Sommer 1922 als Nachfolger Hsüschitschangs wieder Präsident der chinesischen Republik geworden war und als Vertrauensmann der USA. gelten konnte, seinen Platz räumen. An seine Stelle trat Tsaukun, ein Militärbürokrat alten Schlages. Nun kam im Mai 1924 ein russisch-chinesischer Vertrag zustande, der Sowjetrußlands Einfluß in der Nordmandschurei wie in der Außenmongolei in dem Sinne wiederherstellte, wie er einst vom zaristischen Rußland ausgeübt worden war. Die ganze Mandschurei hatte allerdings inzwischen 1922 schon Tschangtsolin, der als Vizekönig in Mukden residierte, unabhängig erklärt. Infolgedessen mußte Moskau erst auch noch mit ihm zu einer Verständigung gelangen, um seine alten Rechte, insbesondere an der Ostchinesischen Bahn, wieder ausüben zu können. Das kam noch Ende 1924 zustande. Sofort machte sich die Wirkung auf Japan bemerkbar. Es mußte verhindern, daß etwa China und Sowjetrußland im Bunde gegen seine

Stellung in der Südmandschurei vorgingen. So kam es Anfang 1925 auch zu einem russisch-japanischen Abkommen. Es stellte zunächst die Rechtsgrundlage des Friedens von Portsmouth von 1905 wieder her. Wieweit auch die späteren Verträge, die Japan mit dem zaristischen Rußland abgeschlossen hatte, Geltung haben sollten, blieb weiteren Verhandlungen vorbehalten festzustellen. In Nordsachalin erhielt Japan gewisse Gerechtsame. Damit hatte Moskau die Stellung an der chinesischen Nordfront insgesamt wiedergewonnen, die bis in den Weltkrieg bestanden hatte. Sein Streben ging jedoch noch weiter. Im Sommer 1926 begann die von den Russen unter Borodins Führung geschulte Kwomintang ihren Siegeszug von Kanton nordwärts, der sie in überraschend kurzer Zeit zur Herrin des ganzen Yangtsetales machte. Der Weg auch nach Peking schien offen. Die roten Abgesandten Moskaus, überwiegend Juden, triumphierten. In China glaubten sie den ersten Sieg der Weltrevolution bereits gewonnen und dem westlerischen Kapitalismus einen vernichtenden Schlag beigebracht zu haben. Blutige Zwischenfälle in Kanton und Schanghai waren schon 1925 eine erste Machtprobe gewesen. Was Japan mit seinen 21 Forderungen von 1915 vergebens versucht hatte — China zu gewinnen, um einen asiatischen Block gegen Europa und USA. aufzurichten —, das schien jetzt Rußland als reife Frucht mühelos in den Schoß fallen zu wollen. Die Lage von 1896 stellte sich wieder her, aber mit dem Unterschied, daß an der Stelle des schon brüchigen und lahmen Zarentums und der unfähigen Mandschus jetzt als Bundesgenossen von gleichem Elan der russische Kommunismus und der Nationalismus der revolutionären Kwomintang in einen zu allem entschlossenen Kampf gegen die übrige Welt ziehen zu wollen schienen. Was damals langsam und träge aufwallte, explodierte jetzt mit einer gewaltigen, nicht zu übersehenden Stichflamme. Damals hatten sich nicht ohne Zögern und vorsichtig vortastend schließlich die USA., England und Japan zusammengefunden, um den unheimlichen Gegner niederzuringen. Wie stand es jetzt um die Gegenspieler?

Die Schwäche Amerikas und Japans

Die Führung hatten zunächst die USA. übernommen. Als 1919 die Vertreter Chinas in Versailles ablehnten, das Diktat zugunsten Japans zu unterschreiben, hatte Tokio in Peking versucht, die von seinen Freunden aus dem Anfu-Klub gestellte damalige chinesische Regierung zu veranlassen, jene Unterschrift doch zu leisten. Der amerikanische Gesandte in Peking sorgte aber dafür, daß seine Journalisten diesen Eingriff bekannt machten, wie er auch die Protestbewegung der unter amerikanischem Einfluß stehenden chinesischen Studenten schürte. Davor mußte Japan zurückweichen. Noch war damals Japan Gegenstand der Besorgnis. Rußland erschien den amerikanischen Politikern, die am Aufbau einer Front gegen Japan arbeiteten, um ihm die Beute des Weltkrieges abzugewinnen, in jener Zeit eher als möglicher Bundesgenosse. Als Ende 1922 dann die Konferenz von Washington Japan zum Rückzug auf seine Linie von 1910 gezwungen hatte, legte sich die amerikanische Politik auf den Grundsatz „gemeinsamen Handelns“ in Ostasien fest und suchte ihn auch bei den anderen Mächten zur Anerkennung zu bringen. Es war eine andere, die amerikanische Auffassung des noch heute so aktuellen Gedankens der Kollektivität. Vom Genfer Völkerbund hatte man sich in den USA. ja entrüstet abgekehrt. Mit der Washingtoner Konferenz suchte man jedoch den ihm zugrunde liegenden Gedanken in verbesserter Form für Ostasien trotzdem zu verwirklichen und nutzbar zu machen. Freilich fand man dabei in der Chinafrage, nur gewissermaßen von der anderen Seite um den Erdball kommend, doch nur dasselbe europäische Staaten- und Interessensystem wieder, und es erwies sich im 9-Mächte-Abkommen als genau so unfruchtbar und handlungsunfähig wie im Genfer Gebilde. Hinzu kam, daß die amerikanische Politik in sich durch die inneren Schwierigkeiten und Gegensätze gehemmt wurde. Die in Ostasien engagierten Teile der amerikanischen Wirtschaft vor allem waren sich nicht einig. Chinainteressenten standen gegen Japaninteressenten. Auch unter ihnen wiederum verschoben sich die Belange. Hatte einst beispielsweise die Textilindustrie

in erster Linie auf Erhaltung ihrer ostasiatischen Märkte gedrungen, so trat jetzt mehr die Stahl- und Maschinenindustrie in den Vordergrund. Für Automobilindustrie und Erdölinteressen sah das Bild wiederum etwas anders aus. Den immer wieder wechselnden und sich vielfach widersprechenden Wünschen dieser Interessenten gegenüber fand der jeweilige Staatssekretär in Washington nur schwer einen klaren, eine feste Linie durchhaltenden Standpunkt, zumal von den nicht zu unterschätzenden Missionskreisen noch ganz andere Forderungen vertreten wurden. Eine Zeitlang machte sich ferner sehr störend bemerkbar, daß die in Ostasien tätigen jüdisch-amerikanischen Journalisten die öffentliche Meinung ganz offensichtlich einseitig zugunsten der sowjetrussischen Chinapolitik beeinflussten, was vorübergehend zu einer scharfen Spannung mit ihrer diplomatischen Vertretung in Peking führte. Nur mit Mühe konnte unter diesen Umständen Washington die Forderung „gemeinsamen Handelns“ aufrechterhalten. Sie hatte nur einen negativen Inhalt: China sollte nicht gehindert werden, selber sein Haus in Ordnung zu bringen. Gegenüber der Gegenforderung, die China erhob, es zu diesem Zweck von den alten ungleichen Verträgen zu befreien und ihm durch Aufhebung der Exterritorialität aller Ausländer volle Souveränität sowie die uneingeschränkte Zollautonomie zurückzugeben, war wirkliche Einigkeit aber schon nicht mehr zu erzielen. Die einen wollten diese Zugeständnisse erst nachträglich als Anerkennung für erfolgreiche chinesische Reformen gewähren. Amerika selbst neigte dagegen dazu, der chinesischen Forderung zuzustimmen, daß jene Zugeständnisse im voraus als unerläßliche Voraussetzung für die Möglichkeit wirklicher Reformen gewährt werden müßten. Über dem Streit darüber gingen Jahre verloren, die Sowjetrußland benutzte, um in aller Stille zu handeln. China kam inzwischen um so weniger wirklich vorwärts, als sich die von Amerika geführten Mächte nicht auf den Mann einigen konnten, der Chinas Retter werden sollte. Amerika hatte, wie wir sahen, Sunyatsen verworfen und zunächst auf Wupeifu gesetzt, dem ein guter Ruf voranging und der sich in Mittelchina ein Machtzentrum geschaffen hatte. England und Japan neigten mehr

zu Tschangtsolin, dem Herrn der Mandschurei. In jener Zeit der Unentschlossenheit hatten einige amerikanische Politiker sogar für möglich und zweckmäßig gehalten, Japan ein internationales Mandat zu erteilen, China in Ordnung zu bringen. Als dann aber 1926 offenbar wurde, daß China drauf und dran war, Arm in Arm mit Moskau die übrige Welt in die Schranken zu fordern, erwies sich die amerikanische Politik als völlig unfähig, diese Lage zu meistern. Die beanspruchte Führung ging ihr im Handumdrehen verloren. Hatte man eben noch davon geträumt, den an Deutschland angeblich so mustergültig bewährten Dawes-Plan für eine Sanierung Chinas im gleichen Sinne zum Vorbild nehmen zu können, und zwar unter Einschluß der Mandschurei und Mongolei, also unter Unsichtbarmachung der trennenden Nordfront, so mußte Whashington das Gesetz des Handelns plötzlich von anderen bestimmt sehen.

Japan spielte in diesen Jahren ebenfalls keine führende Rolle. Die Vereinsamung, die es nach dem Pyrrhussieg in Versailles überfiel, machten es unsicher. Seine Wirtschaft, ohnehin durch das ungesunde Kriegsgewinnlertum in Schwierigkeiten eines Gründertaumels gebracht, litt unter dem Boykott, mit dem das erwachende junge China die Vergewaltigung in Versailles beantwortete. Daß England das Bündnis nicht erneuerte, raubte Japan, zumal nach den Erfahrungen von 1911, jede Möglichkeit, auf einen Waffengefährten gestützt an Widerstand zu denken. Rußland war 1922 noch nicht wieder in Front. Die von Washington gewünschte Preisgabe der Festlandseroberungen in Schantung und Sibirien erschien unter diesen Umständen um so mehr als kleineres Übel, als man in Tokio hoffen konnte, mit diesem Beweis guten Willens sowohl China wie Rußland zu versöhnen. Daß aber England und USA. auf Befestigungen im pazifischen Raum verzichteten, machte auch die in Washington beschlossene Flottenbeschränkung für Japan annehmbar. Es war so gegen stärkeren Druck der Seemächte zunächst gesichert. 1923 jedoch kam das große Erdbeben. Es dauerte Jahre, bis Japan diesen Nackenschlag überwunden hatte. 1926 starb der japanische Kaiser. Erst 1928 ging die Trauerzeit zu Ende. Alles das er-

klärt, daß Japan in diesen Jahren zu größerer Zurückhaltung gezwungen war. Auch bei ihm löste erst der Aufstieg der Kwomintang wieder lebhaftere Gegentätigkeit aus. Sie richtete sich ausschließlich gegen China. Mit Rußland dagegen hatte sich Japan, wie wir gesehen haben, 1925 zunächst auf Wiederherstellung ihres früheren Verhältnisses zu einigen versucht. Man war sich dabei in Tokio lange nicht im klaren, ob man in Rußland den Erbfeind oder einen möglichen Bundesgenossen zu sehen hätte. Dieser Zwiespalt schwindet nie ganz aus den beiderseitigen Beziehungen. Auch im Verhältnis zu den USA. kam Japan nicht recht aus dem Schwan-ken heraus. Es gab immer eine starke japanische Gruppe, die unbedingt auf Verständigung mit USA. hinstrebte. Das legten namentlich wirtschaftliche Überlegungen nahe. Beide Länder stehen in sehr starkem wirtschaftlichen Austausch, so daß vor allem Japan die Vereinigten Staaten als Käufer wie als Lieferanten kaum entbehren kann. Auf dieser Grundlage streben die japanischen Verständigungsfreunde insbesondere für die Betätigung in China ein enges Gemeinschaftsgeschäft an. Die amerikanische Einwanderungspolitik aber und die amerikanische Auslegung der Politik der offenen Tür in China störten die Zusammenarbeitsmöglichkeiten. Auf jeden Fall blieb in jenen Jahren alles in der Schwebe.

England schlägt den Bolschewismus

Den eigentlichen Gegenstoß gegen die Einbeziehung Chinas in die Front der Weltrevolution und damit gegen den russischen Bolschewismus führte 1927 England. Auch die englische Politik war in den ersten Jahren nach dem Weltkrieg in Ostasien wenig aktiv. Erst durch den Locarno-Pakt Ende 1925 wurde sie in Europa entlastet. Gelegentlich der Washingtoner Konferenz 1921/22 segelte sie unter dem Druck der Pazifik-Kolonien völlig im amerikanischen Fahrwasser. Auch weiterhin hielt sie sich im Einvernehmen mit USA. an den Grundsatz „gemeinsamen Handelns“, was praktisch auf Enthaltung jeder wirklichen Tätigkeit hinauslief. Selbst die Bestreikung Hongkongs, dessen Handel schwer litt, und die blutigen Zwischenfälle in Kanton und Schanghai brachten die Dinge

nicht in Bewegung. Als aber die von den Russen geführte Kwomintang in Hankau im Herzen des von den Engländern von je als ihre Interessensphäre in Anspruch genommenen Yangtsetales stand, erwachte der englische Selbstbehauptungswille. Wie sich der Umschwung vollzogen hat, ist in allen Einzelheiten noch nicht bekannt. Nicht alles dabei kann sich England als sein eigenes Verdienst anrechnen. Es hatte wie so oft in seiner Geschichte, auch diesmal reichlich viel, zum Teil unverdientes Glück, und es riß im entscheidenden Augenblick vor allem dann auch die anderen mit, so daß der Einsatz wirklich zum vollen Erfolg führte, sogar überraschend schnell und unerwartet weitreichend. Erste Anknüpfungen dürften bereits in Kanton zustande gekommen sein, noch ehe die Kwomintang nach Norden aufbrach. Als sie Hankau erreicht hatte, wurden die Verhandlungen in aller Form aufgenommen. England gab dabei einen Beweis guten Willens, indem es sich zur Rückgabe seiner Konzessionen in Hankau und Kiukiang bereit erklärte. Die wahre Entscheidung fiel indessen in anderem Zusammenhang. Im März 1927 kam es in Nanking zu einem Zwischenfall. Teile der Kwomintangtruppen griffen die Fremdenniederlassung dort an. Vielleicht war es Absicht der radikalen Kommunisten, die sie führten, internationale Verwicklungen heraufzubeschwören, um einen zweiten Boxerkrieg zu entfesseln. Moskau mochte hoffen, dabei im Trüben fischen zu können. Tschiangkaischek aber, der Führer des gemäßigten, rein nationalistischen, nicht kommunistischen Flügels der Kwomintang, erkannte die Gefahr. Er hatte in die Sung-Sippe, eine der reichsten chinesischen Großkaufmannsfamilien Schanghais, hineingeheiratet, mit der sich auch Sunyatsen durch seine zweite Ehe verbunden hatte. Diese Kreise wußten, was bei internationalen Verwicklungen für sie auf dem Spiele stand. Hinzu kam, daß sich auch namentlich in Hunan, der Provinz, durch die hindurch die Kwomintang nach Hankau vorgestoßen war, gezeigt hatte, wie die Bolschewisierung des bäuerlichen Proletariats, mit der die Russen ihren Einfluß auszubauen strebten, den chinesischen Großgrundbesitz und die wohlhabenden Familien des Landes bedrohten. Mit jedem weiteren Erfolg der Revolutionsarmee nahm allenthalben die

Radikalisierung der Massen zu. Darüber kam es im April 1927 zum Bruch in der Kwomintang. Tschiangkaischek sagte sich von den Kommunisten los und ließ sie aus der Partei ausschließen. Ihre Schwäche wurde rasch offenbar. Im Juli verließ Borodin, der Bevollmächtigte Moskaus, in der Erkenntnis, daß die Lage hoffnungslos geworden sei, Wuhan, die durch Zusammenschluß von Wutschang und Hankau gebildete, zur Residenz des neuen kommunistischen China aufgerufene Doppelstadt am Yangtse. Schon vorher hatte Tschangtsolin, der Herr der Mandschurei, zu dessen Machtbereich damals auch Tschili und Schantung gehörten, im Auftrage Englands in der russischen Botschaft in Peking Haus-suchung halten lassen und ausreichende Beweismittel sicher-gestellt, die vor der Welt die bolschewistischen Absichten auf China enthüllten. In der Mandschurei ließ Tschangtsolin eine ganze Reihe von Verhaftungen vornehmen. Zeitweise war auch Frau Borodin gefangen. Es verstand sich von selbst, daß Moskau zu den Waffen greifen mußte, wenn es diesen An-griff auf sein Prestige nicht hinnehmen und das durch das Bündnis mit der Kwomintang gewonnen Gewesene nicht preis-geben wollte. Die Gruppe um Trotzky, der jüdische radikale Flügel der Bolschewiken, war dazu bereit. Stalin aber und sein Anhang mahnten zur Ruhe. Sie wußten, daß Rußland für ein solches Abenteuer noch keineswegs ausreichend ge-rüstet war. Es kam darüber in Moskau in der Partei zu einer Spaltung. Trotzky und seine Gefolgschaft gingen damals be-kanntlich allen Einflusses verlustig. Das chinesische Experi-ment wurde entschlossen liquidiert. Am 18. September 1927 erklärte die Prawda kaltblütig: die Kwomintang ist tot. Im November 1927 fand in Moskau unter der Leitung des Japa-ners Katayama ein Kongreß der Freunde Sowjetrußlands statt, auf dem die Witwe Sunyatsens über die Ereignisse in China berichtete. Die Stimmung der in der Hauptsache von Vertretern aus dem Orient besuchten Versammlung war hoff-nungslos resigniert. Insbesondere fiel die Zurückhaltung der indischen Swaradschisten-Abordnung unter dem Eindruck die-ser Lage auf. Mit dem in China mittelbar gegen den Bolsche-

wismus geführten Schlag hatte sich England auch in Indien von einer überaus ernsten Gefahr befreit.

Der Ausgang Tschangtsolins

Für den Kampf um die chinesische Nordfront bedeutete aber der Zusammenbruch der bolschewistischen Weltrevolutionspläne mehr als nur die Zurückdrängung Rußlands. Unter Führung des jungen Marschalls Tschiangkaischek stand ja nun auch ein neues China da, das China der siegreichen Kwomintang, das sich in Nanking seine neue Hauptstadt gab. Der Schwerpunkt der chinesischen Politik verlagerte sich so nach dem unteren Yangtsetal, dem wirtschaftlich maßgeblichsten Landesteil, in dem die Industrialisierung am weitesten fortgeschritten war, der Handelsverkehr den größten Umfang hatte und sich demgemäß der größte Reichtum vereinigte. Nordwärts gesehen war für dieses neue China die wichtigste Frage, wie weit es seinen Einfluß dorthin zu erstrecken imstande sein werde. Hier kam zunächst alles auf die Auseinandersetzung mit Tschangtsolin an. Das Stammland seiner Macht war die Mandschurei. Aber er hatte notgedrungen, um seine Stellung dort zu sichern, auf die Nachbargebiete übergreifen müssen. Tschili und Schantung wie Dschehol und die innere Mongolei gehörten mit zu seiner Einflußsphäre. In der Mandschurei hatte er es sowohl mit den Japanern wie mit den Russen zu tun. Aber auch zu England unterhielt er gute Beziehungen. Demgemäß hatte er sich ja auch an der Bekämpfung der Bolschewisten beteiligt. Er gehörte jedoch nicht zur Kwomintang, stand vielmehr als Militärmachthaber alten Schlages zu ihr im Gegensatz. Der Siegeszug der Kwomintang hätte deshalb zu seiner Niederwerfung nordwärts weitergeführt werden sollen. Hier aber griff Japan ein und verlegte der Armee Tschiangkaischeks in Schantung den Weg. Es wollte ein Wort bei der Neuordnung der Dinge im Norden mitzureden haben. Es wollte augenscheinlich insbesondere seine Rechte in der Mandschurei von der Kwomintang anerkannt haben, ehe die Mandschurei in die Organisation der Kwomintang einbezogen würde. Tokio wollte sich nicht durch vollendete Tatsachen überraschen lassen und das Nachsehen haben,

wenn es zu spät geworden wäre. Dadurch trat sofort das neue China der Kwomintang mit Japan in einen Gegensatz. Es kam zu Zwischenfällen, die die Spannung noch verschärften. Später hat es sehr langwieriger Verhandlungen bedurft, um die Lage zu bereinigen. Die japanische Politik hat dabei lange keine sehr starke Haltung eingenommen. Sie hielt anfänglich immer noch nach Bundesgenossen Ausschau. 1927 versuchte sie zunächst vor allem noch Fühlung mit den Russen zu behalten. Im November ging die Kuhara-Mission nach Moskau. Anfang 1928 folgte der von je russenfreundliche Baron Goto. Man mußte in der Tat wissen, was aus den Russen wurde. Fielen sie in der Nordmandschurei aus, so konnte schließlich auch die japanische Stellung in der Südmandschurei erschüttert werden. Sie beruhte ja seit 1925 wieder zum Teil auf Abmachungen mit den Russen und auf der Möglichkeit gemeinsamer Verteidigung ihrer Ansprüche wie seit 1910. Aber auch mit England suchte Japan Fühlung. Es tauchten in der nächsten Zeit immer wieder Gerüchte auf, daß eine Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses bevorstünde. Desgleichen verlautete, daß die Südmandschurische Eisenbahngesellschaft, die Trägerin der japanischen Rechte in der Südmandschurei, beabsichtige, eine amerikanische Anleihe aufzunehmen. Damit hätte sich praktisch Washington für Japan in der Südmandschurei eingesetzt. In China wurde man unruhig. Darauf erfolgten sowohl in England wie in USA. von verantwortlicher Stelle Erklärungen, daß nach wie vor die Mandschurei als zum chinesischen Hoheitsgebiet gehörig betrachtet würde. Wohl oder übel mußte sich auch die japanische Politik darauf einstellen. Tokio ließ die Welt wissen, daß es in der Mandschurei nur wirtschaftliche Ziele verfolge und auf Sicherung seiner strategischen Interessen Anspruch erhebe, daß es aber nicht beabsichtige, sich in die Verwaltung einzumischen, sondern die Unverletzlichkeit Chinas anerkenne. Die Lage wurde 1928 bedenklich belastet, als Tschangtsolin im Juni, als er sich vor der nun doch vorstoßenden Kwomintang aus Peking nach Mukden zurückzog, dort einem Bombenanschlag auf seinen Sonderzug zum Opfer fiel. Da indessen sein Sohn Tschanghsüliang ungehindert sein Erbe antreten konnte, wurde

die Krise schnell überwunden, und es blieb zunächst alles beim alten. Es war jedoch vorauszusehen, daß die notwendige Entscheidung damit nur hinausgeschoben war. England und USA. setzten ihre Politik fort, China sein Haus selbst in Ordnung bringen zu lassen, und dieses China war nunmehr das der Kwomintang unter Tschiangkaischeks Führung. Noch war nicht überall Ordnung geschaffen. Es blieben, wie ich später herausstellte, vor allem Reste der von den Russen ins Leben gerufenen kommunistischen Bewegung erhalten, die Tschiangkaischek noch viel zu schaffen machten, mehr als aufsässige Provinzgouverneure und Truppenführer, mit denen es ebenfalls noch genug Auseinandersetzungen gab. Unverkennbar machte das neue China unter Tschiangkaischek aber doch stetige, beachtliche Fortschritte. Die damalige japanische Regierung zog aus allem den Schluß, sich zu dem neuen China freundlich zu stellen und weiterhin den Versuch zu machen, im Wege der Vereinbarung und Verständigung die japanischen Interessen zu sichern. Man nahm es deshalb in Tokio schließlich auch hin, daß Tschanghsüliang Ende 1928 seinen Anschluß an die Kwomintang vollzog und deren Flagge über der Mandschurei aufzog. Wohl regte sich in manchen japanischen Kreisen Kritik und Unwillen; sie drangen aber vorerst nicht durch. Auch Japan war schwer von der Wirtschaftskrise betroffen. Das lähmte seine Bewegungsfreiheit und seine Entschlußkraft. Hinzu kamen Unruhen in Korea und Formosa, auch wachsende soziale Erschütterungen in Japan selbst. Für den Kampf um die chinesische Nordfront aber bedeutete diese Entwicklung, gekennzeichnet durch den Ausfall Rußlands, die Behinderung Japans und die von England und USA. geförderte Erstarkung der Nankinger Regierung, auf weite Sicht letztlich die Möglichkeit für China, die Außengebiete nördlich der Großen Mauer auch machtmäßig wiederzugewinnen, wie es sie bereits durch seine Bauern der Nordprovinzen besiedeln ließ.

Rußlands zweite Wiederkehr

Die nächste Wendung wurde erneut durch das Wiederauftauchen Sowjetrußlands bestimmt. Die Zurückhaltung, die

sich Moskau 1927 hatte auferlegen müssen, bedeutete keinen Verzicht auf den Fernen Osten. Die Auseinandersetzung wurde nur vertagt. Man wollte sich besser dafür rüsten. Dazu gehörte auch, daß am Westflügel der historischen Nordfront vorgebaut wurde. Ganz offensichtlich wurde sogar hierher der Schwerpunkt verlegt. Dazu gehörte auch der Bau der Bahn von Turkestan nach Sibirien, des „Turksib“, der im Mai 1930 eröffnet wurde. Planmäßig wurde in diesen Jahren auch die westlichste Provinz Chinas, Sinkiang, dem russischen Einfluß unterworfen, der sich bis nach Kansu und Schensi fühlbar machte. Die Außenmongolei hielt Rußland fest in der Hand. Mongolische Stämme leben auch in der Barga, dem Gebiet westlich des Tschingan-Gebirges, das zur Mandschurei geschlagen war, ohne daß aber feste Grenzen festgelegt worden wären. Das gestaltet noch heute die Verhältnisse dort sehr verwickelt. Hier kam es damals zu russisch-chinesischen Zusammenstößen wie gegenwärtig zu mongolisch-mandschurischen. Auch an der Ostchinesischen Eisenbahn setzte 1928/29 wieder bolschewistische Tätigkeit ein. In Nanking nahm man an den mongolischen Fragen größtes Interesse. 1929 fand eine erste Konferenz über mongolische Angelegenheiten statt; 1930 im Mai folgte ihr eine zweite. Im Mai 1929 wurde aber auch der russische Konsul in Harbin von den Chinesen verhaftet. Weitere Verhaftungen und Ausweisungen folgten im Juli im größten Umfang. Die Sowjets antworteten mit Gegenmaßnahmen. So entstand eine scharfe russisch-chinesische Spannung, die auch zu kriegerischen Zusammenstößen führte. Nur dem Umstand, daß eben der Kellog-Pakt, den auch China wie Rußland unterschrieben hatten, in Kraft getreten war, war es zu danken, daß das vermittelnde Eingreifen Englands und Amerikas den Frieden zu erhalten vermochte. Es kam zu Verhandlungen zwischen Rußland und China, die sich mit wiederholten Unterbrechungen bis 1931 hinzogen. Weder ihr Verlauf noch ihr Ergebnis ist ganz durchsichtig. Beachtlich ist, daß zu einer Zeit auch verlautete, Rußland wäre bereit, die Ostchinesische Eisenbahn, um die der Streit in erster Linie ging, an China zu verkaufen und sich so aus der Mandschurei zurückzuziehen. Daraus

wurde schließlich nichts. Es wurde im Gegenteil der status quo aufrechterhalten und die gemeinsame chinesisch-russische Verwaltung der Eisenbahn wiederhergestellt. Wo hätte China das Geld für den Rückkauf hernehmen sollen? Nun, es war in jener Zeit auch von einer großen internationalen Anleihe für China wieder einmal die Rede, die freilich mit sehr verworrenen und anfechtbaren Silbervalorisierungsplänen der bekannten amerikanischen Interessenten verknüpft war und deshalb nicht zustande kam, obwohl es darüber innerhalb der Kwomintang heftige Auseinandersetzungen gab. Schließlich muß auch noch erwähnt werden, daß es im Verlauf jener russisch-chinesischen Verhandlungen den Anschein gewann, als könnte es sogar zu einer so weitgehenden Verständigung kommen, daß wieder von enger Zusammenarbeit von Moskau und Nanking, wenn nicht von einem Bündnis hätte gesprochen werden dürfen. Das war zur selben Zeit, als umgekehrt in den Beziehungen zwischen Rußland und Japan vermehrte Spannungen auftauchten. Die Sowjets schlossen 1930 eine japanische Bank in Wladiwostok. In Tokio wurde ein russischer Regierungsvertreter ermordet. Wegen der Fischereirechte an der sibirischen Küste gab es wieder einmal Schwierigkeiten. So ist es verständlich, daß japanischen Beobachtern dieser Vorgänge insgesamt das Gefühl kommen konnte, es sei Gefahr im Verzuge. In der Tat kam nun von Japan her der Umschwung.

Die Gründung Mandschukwos

Ausgelöst wurde dieser durch das Ergebnis der Flottenabrüstungskonferenz in London von 1930. Die Ratifizierung gelang in Tokio erst nach größten Schwierigkeiten. Bis zu welcher Siedehitze sich die Leidenschaften steigerten, bewies der Mordanschlag auf den Ministerpräsidenten Hamagutschi im November 1930. Gegen die damaligen Londoner Beschlüsse an sich war im Grunde nicht so viel einzuwenden. Sie sind ja schließlich auch ratifiziert worden. Es war aber vorauszu-
sehen, daß die nächste, für 1935 vorgesehene Konferenz für Japan ganz unzweifelhaft unannehmbare Ergebnisse zeitigen würde. Bis dahin mußten also die offenen Fragen bereinigt

sein. Deshalb die Forderung, es müsse mit der schwächlichen, immer nur auf friedliches Nachgeben hinauslaufenden und nur von Vertagungen lebenden Politik der bisherigen Regierungen schleunigst und unbedingt Schluß gemacht werden. Nicht das allein erschien mehr als Gefahr, daß sich der Einfluß Nankings auf die Mandschurei ausdehnte und daß deren selbständige Stellung verschwand, wie sie zur Zeit Tschangtsolins die Grundlage zur Sicherung der japanischen Interessen hatte abgeben sollen. Mindestens ebenso gefährlich war die Möglichkeit eines russischen Desinteresses an der Mandschurei mit der weiteren einer russisch-chinesischen Verständigung im Hintergrund. Wurde die Nordmandschurei unabhängig chinesisch, so konnte angesichts der weitreichenden eigenen Eisenbahnpläne der Chinesen dort der Südmandschurischen Eisenbahn die wirtschaftliche Grundlage ihrer Rentabilität zerstört oder wenigstens so gemindert werden, daß die japanischen Rechte wertlos wurden. Auch militärisch war dann die Südmandschurei zwischen Tschili—Dschehol—Nordmandschurei so in die Zange zu nehmen, daß die Verteidigung größte Anstrengungen erforderte. Darauf durfte man es nicht ankommen lassen. Daß Europa mehr als genug mit sich selbst beschäftigt war, bot eine Chance, die ebenfalls ausgenutzt werden mußte, solange sie bestand. Dasselbe galt hinsichtlich der Tatsache, daß Rußland offensichtlich mit seiner Rüstung noch nicht so weit war, um seinerseits etwa eingreifen zu können. Es kam schließlich auch nur darauf an, China an den Verhandlungstisch zu zwingen. Das Beispiel der Anwendung des Kellogg-Paktes in der russisch-chinesischen Spannung ließ erwarten, daß es zwischen Nanking und Tokio ebenso gehen würde und daß kostspielige kriegerische Eroberungsunternehmungen sich vermeiden lassen würden. Im Frühjahr 1931 war man sich in Tokio im klaren. Die Ernennung des früheren Außenministers Utschida zum Präsidenten der Südmandschurischen Eisenbahngesellschaft und des Generals Ugaki zum Generalgouverneur von Korea wurde offen damit begründet, daß nunmehr eine tatkräftigere Politik eingeleitet werden sollte. Das Ergebnis ist bekannt. Am 18. September 1931 kamen die Dinge in Bewegung. Ein

Bombenanschlag in Mukden gab den Japanern den Anlaß, Tschanghsüliang aus der Mandschurei zu vertreiben. China rief den Völkerbund an. Das langwierige, wenig erfreuliche und nicht immer sehr würdige diplomatische Spiel, das damit eingeleitet wurde, darf als bekannt vorausgesetzt werden. Auch auf die militärischen Ereignisse braucht nicht im einzelnen eingegangen zu werden. Einesteils sind sie wohl noch — wie namentlich die Kämpfe um Schanghai 1932 — im Gedächtnis. Andernteils sind sie schließlich nur Beiwerk und Episode. Das für den Kampf um die nordchinesische Front Wichtige ist zunächst das Ergebnis: Unter dem Schutz der japanischen Truppen erklärte sich die Mandschurei unabhängig. Aus ihr wurde im weiteren Verlauf das neue Kaiserreich Mandschukwo. Seinen Thron bestieg der letzte, 1912 verabschiedete Kaiser aus Mandschublut, Prinz Puyi, der den Namen Kangteh annahm. Genf vermochte China dagegen nicht zu helfen, um so weniger, als Japan schließlich aus dem Völkerbund austrat. Washington hatte durch Verweisung der ganzen Angelegenheit an den Völkerbund vermieden, selber stärker hervortreten zu müssen. Durch Verkündung des Grundsatzes, daß gewaltsam herbeigeführte Änderungen des status quo keine Anerkennung beanspruchen dürften, versuchte es im übrigen die völkerrechtliche Legalisierung der Neuordnung auszuschließen oder wenigstens aufzuschieben. Japan aber hat durch ein Schutz- und Trutzbündnis mit Mandschukwo zunächst seine eigenen Interessen gesichert.

Die Errichtung eines selbständigen Staatsgebildes auf dem Boden der ehemaligen drei östlichen Provinzen schuf für die chinesische Nordfront eine vollkommen neue Lage. Für alle weiteren Auseinandersetzungen hatte Japan den Vorteil, dieses Mandschukwo stets vorschieben zu können. Insbesondere, als sehr bald die Maßnahmen begannen, die praktisch darauf hinausliefen, die offene Tür in der Mandschurei zu schließen und der japanischen Industrie wie dem japanischen Handel in diesem zukunftsreichen Markt eine Monopolstellung zu verschaffen, konnte die Verantwortung dafür dem neuen Staat zugeschoben werden, der, solange er völkerrechtlich von den andern Mächten nicht anerkannt wurde, tatsächlich jedoch

gar nicht zur Rechenschaft gezogen werden konnte. Das zeigte sich namentlich bei der Verstaatlichung des Erdölhandels in der Mandschurei. England, Holland und die USA. hielten sich zwar den Tatsachen entsprechend an Japan. Es blieb unter den Umständen aber bei papiernen Protesten. Ähnlich lag es bei den bald an Bedeutung gewinnenden Auseinandersetzungen mit Rußland. Auch hier wurde Mandschukwo vorgeschoben. Tatsächlich mußte indessen doch Japan selbst für alles einstehen. Dabei ergaben sich zugleich Rückwirkungen auf die innerjapanischen Verhältnisse, und diese sind vielleicht wichtiger als alles andere. Die Verkörperung Japans in der Mandschurei war zunächst einmal die halbstaatliche Südmandschurische Eisenbahngesellschaft, der auch alle Bergwerke und sonstigen wirtschaftlichen Unternehmungen im Lande gehörten. Daneben spielte noch das Generalgouvernement des Kwantungpachtgebietes in Dairen eine Rolle, ebenso das Generalkonsulat in Mukden mit den anderen konsularischen Vertretungen. An dessen Stelle trat nach Errichtung Mandschukwos der japanische Botschafter, der bei dem jungen Kaiser beglaubigt wurde. Das Nebeneinander dieser von drei verschiedenen Ministerien in Tokio ressortierenden Stellen barg mancherlei Schwierigkeiten und Gegensätze in sich. Ende 1934 setzte schließlich die Armee durch, daß alle japanischen Organe in der Mandschurei einschließlich des Kwantungpachtgebietes dem zugleich zum Botschafter ernannten Oberbefehlshaber der Kwantungarmee unterstellt wurden. Diese Vereinheitlichung erhöhte nicht nur die Schlagfertigkeit des ganzen Apparates, sie ließ auch ein Machtgebilde entstehen, das sich selbst der japanischen Regierung gegenüber sehr weitgehende Selbständigkeit zu sichern wußte und bald namentlich vom Auswärtigen Amt in Tokio unabhängig, ja in Gegensatz zu ihm Politik auf eigene Faust machte. Diese Kolonialarmee vermochte über die Einnahmen des von ihr beherrschten Mandschukwo nach eigenem Ermessen zu verfügen und gewann damit eine Bewegungsfreiheit, die sie auch weitgehend der Kontrolle durch den japanischen Reichstag entzog. Die maßgeblichen und verantwortlichen Stellen in der Heimat haben das zum Teil schon bitter empfunden. Für

den Kampf um Nordchina war damit aber eine Lage wieder geschaffen, wie sie einst im 17. Jahrhundert bestanden hatte, als die Mandschus aus ihrer Heimat aufbrachen, um das China der Ming zu erobern. Daran muß man sich vielleicht erinnern, um zu einer angemessenen Beurteilung der weiteren Vorgänge, wie sie sich noch jetzt abspielen, zu gelangen. Hatte es sich bisher bei dem Ringen um die Nordfront, soweit die Mandschurei in Frage kam, lange darum gehandelt, wem sie zufallen oder wie sie unter die Anrainer aufgeteilt werden sollte, so stand sie jetzt als ein seinen Bestand verteidigender Staat für sich da, der, nach außen gewandt, zu einem Kraftzentrum zu werden vermochte, von dem Eroberungszüge ausgehen konnten wie zuletzt im 17. Jahrhundert. Die Dynamik in dem Raum Mandschukwo kehrte sich um. Seine Vervollständigung unter Tschangtsolin und seinem Sohn Tschanghsüliang und die von ihnen bereits betriebene Politik war Vorläufer dafür gewesen. Vom japanischen Standpunkt aus gesehen, ließ sich im übrigen diese neue mandschurische Bewegung dem Ziel nach mit den Absichten verquicken, die Japan mit seinen Forderungen von 1915 China gegenüber verfolgt hatte. Auch diese Erinnerung erleichtert das Verständnis der noch in der Schwebe befindlichen Auseinandersetzungen.

Die russisch-japanische Spannung

In der Nordmandschurei trat Japan mit der Errichtung des neuen Staates das Erbe der Schwierigkeiten mit Rußland hinsichtlich der Ostchinesischen Eisenbahn an. Dazu kamen die weiteren der ungeklärten Grenzverhältnisse in der Barga. Solange die Nordmandschurei wie die Außenmongolei russische Einflußsphäre war, hatte das keine Rolle gespielt. Das wurde schon anders, als China in der Nordmandschurei wieder selbständiger auftrat, erst recht aber, nachdem sich Russen und Japaner jetzt als feindliche Nachbarn gegenüberstanden, um so mehr, als auch für die Russen die mongolischen Beziehungen wichtiger geworden waren. In der zaristischen Zeit hatte der Buddhismus, zu dem sich ja die Mongolen bekennen, einige Schwierigkeiten gemacht. Die unter russischer Herrschaft

lebenden Stämme durften nicht allzu wörtlich im lebenden Buddha in Urga ihren Oberherrn verehren, sollte nicht die Treue zum Zaren darunter leiden. Der Bolschewismus aber legt gerade darauf Wert, sämtliche Stämme im panmongolischen Sinn zusammenzufassen, um sie alle, auch in zunächst nichtrussischem Gebiet, von Urga aus zu beherrschen. Wegen der Ostchinesischen Eisenbahn wurden sehr bald Verhandlungen aufgenommen. Mandschukwo erklärte sich bereit, die Strecke zurückzukaufen, woran ja auch China schon gedacht hatte. Erst im September 1934 kam das Geschäft zum Abschluß. Die russisch-japanischen Beziehungen besserten sich jedoch auch danach nicht. Im Gegenteil, sie spitzten sich infolge zahlloser Grenzzwischenfälle, die mehr und mehr zu einem Kleinkrieg in Gestalt fast planmäßiger Patrouillenplänkeleien ausarteten, ständig ernster zu. In den sie begleitenden Diplomategesprächen wie mehr noch in der beiderseitigen Presse wurde die Sprache immer gereizter und drohender, so daß die Welt mit einem baldigen unvermeidlichen kriegerischen Zusammenstoß der beiden alten Rivalen zu rechnen begann. Bei Rußland spielte dabei unzweifelhaft die Erinnerung an die Lage von 1918—20 eine maßgebliche Rolle. Damals hatten bekanntlich die Japaner ganz Ostsibirien in Händen. Eine Armee von 78 000 Mann hatten sie von Wladiwostok bis an den Baikalsee verteilt. Wladiwostok war erst 1922 wieder geräumt worden. Die japanische Weigerung, den wiederholt von Moskau angebotenen Nichtangriffspakt abzuschließen, gab dem russischen Mißtrauen neue Nahrung. Die Sowjets verstärkten deshalb mit allen Kräften ihre Rüstung im Fernen Osten. Wladiwostok wurde neu befestigt und zu einem gewaltigen Fliegerstützpunkt ausgestaltet. Auch Unterseeboote wurden hingeschafft. Die Amurbahn wurde zweigleisig ausgebaut und gegen die Mandschurei durch ein zusammenhängendes System von Sperrforts gesichert. Weiter nordwärts wurde beschleunigt eine zweite Linie mit Stichbahnen zum Amur in Bau genommen. Die Auffüllung der Etappe mit Lebensmitteln und sonstigen Vorräten wurde in solchem Umfang vorgenommen, daß zeitweise im europäischen Rußland ernste Not entstand. Gleichzeitig leitete Moskau in

Europa jene Bündnispolitik ein, die ihm den Rücken sichern sollte. Daß es dabei die Unterstützung Frankreichs fand, dürfte für Japan besonders schmerzlich gewesen sein, nachdem von Versailles her lange Jahre die Beziehungen zwischen Tokio und Paris sehr vertraut gewesen waren. Der letzte überlebende Genro, Fürst Saionji, dessen Stimme in der japanischen Politik immer noch ausschlaggebend ist, war nach dem Krieg von 1870/71 als Student in Paris persönlich mit Clemenceau eng befreundet geworden. Das hatte sich entsprechend ausgewirkt, zumal auch sachlich die französischen und die japanischen Interessen in dieser Zeit weitgehend übereinstimmten. Durch die russischen Rüstungen fühlte sich Japan nicht nur in der Mandschurei bedroht. Die japanischen Industriezentren und Rüstungsanlagen auf den Hauptinseln lagen ohne weiteres im Wirkungsbereich der russischen Flugzeuge von Wladiwostok. Japan spürte auch in Korea und selbst im Mutterlande die bolschewistische Agitation. Zwar gewann der Kommunismus zahlenmäßig keinen sehr großen Anhang in Japan, am meisten noch in der Intelligenz und im akademischen Proletariat, während er in der Arbeiterschaft rücksichtslos unterdrückt werden konnte. Immerhin war bei der allgemeinen sozialen Unruhe seine Gedankenwelt zu fürchten. Die Hauptgefahr für Japan wäre ein Zusammengehen von Rußland und China. Sein Dilemma bleibt daselbe wie seit 1896. Zwei Möglichkeiten sind während des Weltkriegs versucht worden: Im Juli 1916 mit dem Abkommen mit Rußland gegen ein von den Angelsachsen beeinflusstes China, 1918 mit dem Abkommen mit der damals in Peking an der Macht befindlichen japanfreundlichen Anfu-Gruppe gegen den Bolschewismus. Beide Versuche haben Japan die Freundschaft der Angelsachsen gekostet oder wenigstens ihr Vertrauen.

Japans Vorstoß über die Große Mauer

Das Verhältnis Japans zu China wurde durch die Losreißung der Mandschurei auf eine äußerst harte Probe gestellt. Die japanfeindliche Stimmung flammte erneut auf. Tschiang-kaischek war sich aber wohl von Anfang an darüber im

klaren, daß an bewaffneten Widerstand nicht zu denken war. So gut die Kämpfe um Schanghai bewiesen hatten, daß die neue chinesische Armee wenigstens in ihren Kerntrouppen auch für die Japaner ein durchaus ernst zu nehmender Gegner war, so überzeugend leuchtete doch auch ein, daß Japan vorläufig von China militärisch nicht zu schlagen war. Es bedurfte kaum noch der Enttäuschung, die der Völkerbund den chinesischen Politikern, die auf ihn hofften, bereitete, um die Verantwortlichen in Nanking davon zu überzeugen, daß man sich, wenn auch zähneknirschend und mit allen Vorbehalten für die Zukunft, vor den Tatsachen beugen mußte. So kam der Waffenstillstand von Tangku 1933 zustande, der äußerlich die Ruhe wiederherstellte. Die Entmilitarisierung einer Zwischenzone an der Großen Mauer auf chinesischer Seite sollte neuen Zusammenstößen vorbeugen. Später wurde auch der Verkehr auf der Eisenbahnlinie von Tientsin nach Mukden wieder aufgenommen. China richtete im übrigen zunächst sein Hauptaugenmerk auf die innere Reorganisation. Dazu brauchte es fremde Hilfe. Sie wurde vorerst bei Amerika und bei dem Völkerbund gesucht. Da von früher her noch internationale Verabredungen bestanden, China keine Einzelanleihen zu gewähren, war jedoch nicht recht vorwärts zu kommen, solange die hauptsächlich in Frage kommenden Mächte uneinig waren. Am Völkerbund erlebte dabei China noch eine weitere Enttäuschung. Die von Genf früher entsandten Berater zogen sich unverrichteter Sache aus China zurück. Als Nanking im Herbst 1934 seinen bisherigen Ratsitz in Genf verlor, war auch äußerlich sichtbar, daß es von dort nichts mehr zu erwarten hatte. Amerika hatte 1933 dem chinesischen Finanzminister Sung, dem Schwager Tschiangkaischeks, noch eine verschleierte Anleihe gewährt. Angesichts des japanischen Aufbegehrens dagegen wurde sie gekürzt, und Sung mußte zurücktreten. Washington hatte schon vorher das Empfinden, sich im Mandschurenkonflikt zu weit vorgewagt zu haben. Es sah sich vor der Gefahr, Japan womöglich allein gegenüberzustehen, da ja die europäischen Mächte ihrer eigenen Spannungen wegen handlungsunfähig waren. So lenkte es zunächst auf die Linie des Lansing-Ischii-Abkommens von

1917 zurück, das Japans Sonderstellung in den ihm nächstliegenden Gebieten anerkannt hatte. Praktisch lief das darauf hinaus, Mandschukwo Japan zu überlassen. Dazu war wohl auch England bereit, der Haltung entsprechend, die es seit 1898 hinsichtlich der chinesischen Nordfront eingenommen hatte. Die Haltung der USA. war allerdings nicht ganz eindeutig. Zwar zogen sie, um Japan zu beruhigen, schon Ende 1933 ihre Flotte aus dem Stillen Ozean zurück. Gleichzeitig kündigten sie aber weiteren Ausbau ihrer Seestreitkräfte an. Auch wurden die diplomatischen Beziehungen zu Rußland aufgenommen. Anfang 1934 erörterte man den Gedanken, die 9-Mächte-Konferenz von 1922 zu wiederholen, um wohl von Japan gegen Anerkennung der vollendeten Tatsachen in Mandschukwo neue Enthaltensamkeitsverpflichtungen bezüglich Chinas und vielleicht noch andere Zugeständnisse zu fordern. Dabei sollte vermutlich auch der Weg zu internationaler finanzieller Unterstützung Chinas freigemacht werden. Im Grunde war das Washingtoner 9-Mächte-Abkommen von 1922 in der Tat die letzte völkerrechtliche Regelung, auf der die Politik der Mächte in Ostasien beruhte. Die Diplomaten, die es seinerzeit abgeschlossen hatten, waren aber nicht weitsichtig genug gewesen, seine Kündigung oder Weiterentwicklung für bestimmte Fristen zu regeln und dafür entsprechende Abmachungen einzuschließen. Es erwies sich daher als unmöglich, die Dinge in Fluß zu bringen, ohne ernste Schwierigkeiten heraufzubeschwören. Im April 1934 verkündete Japan auch der aufhorchenden Welt, daß es sich allein für die Aufrechterhaltung des Friedens in Ostasien verantwortlich fühle und die Einmischung dritter insbesondere in seine Auseinandersetzungen mit China als unerwünscht ansehe. Washington und London beschränkten sich dem gegenüber auf den formalen Hinweis, daß dieser Anspruch ihre Rechte in China nicht in Frage stellen könnte.

Die damals in Gang kommenden neuen Auseinandersetzungen zwischen Japan und China ergaben sich aus den besonderen Grenzverhältnissen auch der südlichen Mandschurei. Wie es im Norden stand, war schon bei Behandlung der Beziehungen zu Rußland zu erwähnen. Im Süden hatte es

früher bereits Streitigkeiten an der Grenze gegen Korea gegeben. Auch diese flackerten gelegentlich wieder auf in Gestalt von Zusammenstößen zwischen chinesischen und koreanischen Siedlern, waren aber von untergeordneter Bedeutung. Ernster war seit langem die Lage an der mandschurischen Westgrenze. Schon vor dem Weltkrieg hatten hier die Japaner Ansprüche auf Dschehol erhoben, das sie als Teil der Mandschurei betrachteten. Es wurde nunmehr auch Mandschukwo einverleibt. Fast wie bei dem Reunionssystem Ludwigs XIV. am Rhein knüpften sich daran sofort weitere Ansprüche. Bevölkerungsmäßig hing Dschehol ja aufs engste mit den westlichen mongolischen Nachbargebieten zusammen. Es kam hinzu, daß diese erst 1928 auf Grund der fortgeschrittenen chinesischen Besiedlung als Bezirk Tschahar und Bezirk Suiyuan in das chinesische Verwaltungssystem eingegliedert worden waren. Tschahar war seiner Bodenschätze wegen besonders begehrenswert. Es soll vor allem reiche Eisenerzlager enthalten, die für Japan, das 90% seines Eisenerzbedarfs einführen muß, Gold wert sind. Suiyuan beherrscht mit dem Paß von Kalgan und der über ihn geführten Eisenbahnlinie von Peking her den Zugang zur Innenmongolei. Strategisch waren beide Gebiete von besonderer Bedeutung, da sich China und Rußland hier in der Flanke Mandschukwos die Hand reichen konnten. Daß Nanking schon 1934 die Selbstverwaltung der inneren Mongolei in Pailingmiao wiederhergestellt hatte, ließ auf ein entsprechendes Interesse an diesem Teil der Nordfront schließen, wie in dieser Zeit ja auch durch geschicktes Eingreifen die Oberhoheit Nankings in dem von Rußland begehrten Sinkiang weiter im Westen hatte wieder aufgerichtet werden können. China fürchtete insbesondere wohl die Anziehungskraft des wiederhergestellten Kaisertums in Mandschukwo auf die Mongolen, die sich den Mandshus enger verwandt fühlen als den Chinesen. Man erwartete hier ebenfalls Unabhängigkeitserklärungen, die dann die Ausdehnung des japanischen Einflusses in Gestalt eines Schutz- und Trutzbündnisses wie in Mandschukwo vorzubereiten geeignet wären. Darüber verschärfte sich im übrigen auch der russisch-japanische Gegensatz. Grund genug für Japan, um möglichen Entwick-

lungen vorzugreifen. Im Januar 1935 stand es in Tschahar. Je weiter aber Japan seine Vorposten vorschiebt und je mehr Gebiete es in seine Einflußsphäre einbezieht, desto weiter muß es immer wieder greifen. Es geht ihm wie Napoleon I., der jede neue Grenze, die er in die Karte Europas einzeichnete, durch immer wieder neue Konstruktionen sichern und deshalb immer wieder neue Grenzberichtigungen und Schutzkombinationen vornehmen mußte, bis ganz Europa einbezogen war.

Wehr- und Wirtschaftspolitisches

Hier ist eine Erinnerung an die geopolitischen Zusammenhänge an der chinesischen Nordfront nochmals einzuschalten. Von den Hochlandsteppen der Mongolei wie aus den Randgebirgen Schansis, Dschehols und der Mandschurei führen alle Wege nach Peking und von dort zu den Ausfuhrhäfen am Golf von Tschili oder weiter südwärts. Wer beispielsweise in Kalgan steht, um gegen einen Vorstoß von Kiachta—Urga her die Wacht zu halten, muß deshalb auch die Verbindung weiter zur See hin beherrschen, um im Rücken gesichert zu sein. Mehr aber noch: wer die Kosten dieses Wachtdienstes aus den Leistungen und Abgaben des gesicherten Gebietes selbst zu bestreiten beabsichtigt, der muß Handel und Verkehr pflegen und entwickeln, um diese Einnahmequellen nicht allein nicht versiegen zu lassen, sondern sie womöglich immer ertragreicher zu machen. Die Entmilitarisierung des Glacisstreifens um die mandschurische Festung vom Golf von Tschili bis an die sibirische Grenze wäre nur ein rein soldatisches Ziel. Zur Zeit von Christi Geburt wäre es möglich gewesen, es in der Art zu erreichen, daß man diesen Gürtel menschen- und verkehrsleer machte, wie es damals in Europa so manchen Grenzhag gab. Unter den heutigen Verhältnissen kommt das nicht in Frage. Damit stellen sich ganz von selbst weitere Aufgaben. Hinzu kommt, daß die Mandschurei schon als Grundlage der Absichten, die Japan dort verfolgt, nicht die erwartete Bedeutung behalten könnte, wenn sie in ihrem wirtschaftlichen Bestand und in ihren wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten nicht gesichert bliebe. Trotz der gewaltigen Zuwanderung arbeitsamer Menschen in den letzten

Jahrzehnten hat die Mandschurei noch Raum für sehr viel mehr Siedler und braucht sie, um ihre Reichtümer nutzbar zu machen. Wohl fördert Japan die Einwanderung eigener Landeskinder wie koreanischer Bauern, um zu verhindern, daß die Mandschurei rein chinesisch bevölkert würde. Aber deren Aussichten sind beschränkt. Die große Masse der Zuwanderer wird auch weiterhin aus Nordchina geholt werden müssen. Wenn das nicht zur Gefahr werden soll, setzt es voraus, daß sich südlich der Großen Mauer in der Heimat jener Zuwanderer keine Stimmung hält oder entwickelt, die den mandschurischen Kolonialboden als Irredenta-Gebiet betrachtet. Wohnen aber beiderseits der Großen Mauer engstens blutsverwandte Menschen in freundschaftlichen Beziehungen, so kann auch nicht ausbleiben, daß der Verkehr jeder Art hinüber und herüber geht. Dabei darf man nicht vergessen, daß die Mandschurei ihren ersten Aufschwung im Zollverband des chinesischen Gesamtreiches und als dessen Bestandteil genommen hat. Ihr Außenhandel hat sich von 1907—1927 mehr als verzehnfacht, der ganz Chinas nur verdreifacht. Wohl war schon 1927 der Außenhandel der Mandschurei zu fast 40% Austauschverkehr mit Japan; an zweiter Stelle aber stand China selbst mit 30%. Der mandschurische Außenhandel war damals stark aktiv; die Ausfuhr überstieg die Einfuhr um rund 50%. Um so schmerzlicher war es für China, als ihm dieser Bestandteil seines Außenhandels mit der Losreißung Mandschukwos verloren ging. Aber auch für Mandschukwo und damit mittelbar für Japan war die Zerreißung der alten Verbindung kein Gewinn. Wohl stieg der Außenhandel noch weiter von rund 948 Millionen Yuan 1927 auf 1042 Millionen 1934, um 1935 auf 1021 Millionen zurückzugehen. Seit 1933 aber ist die Außenhandelsbilanz zunehmend passiv. Die Einfuhr ist von rund 377 Mill. 1927 auf 604 Millionen 1935 gestiegen, die Ausfuhr aber von dem bisherigen Höchststand von 670 Millionen 1931 (1927: 571 Mill.) auf 418 Millionen 1935 gesunken. In der Einfuhr ist der Anteil Japans dabei schließlich auf 72% angewachsen. Auch in der Ausfuhr hat es relativ seine Stellung verbessert, indem sein Anteil auf 43% stieg. Während aber absolut genommen

die Einfuhr Japans nach der Mandschurei von 1930—35 tatsächlich ebenfalls noch auf mehr als das Doppelte anwachsen konnte, ist durchschnittlich sein Einkauf dort im wesentlichen gleich geblieben. Die japanische Aufnahmefähigkeit an mandschurischen Erzeugnissen ist also begrenzt und läßt sich anscheinend nicht nennenswert steigern. Wenn Japan relativ besser abschneidet, so deswegen, weil die mandschurische Ausfuhr nach anderen Ländern bedenklich zurückgegangen ist. Hier spielt der chinesische Boykott eine entscheidende Rolle. Insbesondere Südchina hat sich offensichtlich gegen die Mandschurei abgesperrt. Für die mandschurische Bauernschaft bedeutet das eine empfindliche Schwächung ihrer Kaufkraft. Das wiederum spürt auch Japan. Die Steigerung seiner Einfuhr nach Mandschukwo ist in erster Linie auf die Investitionen zur Erschließung des Landes, insbesondere auf die Bahnbauten zurückzuführen. Die Wareneinfuhr hat sich nur insoweit vorteilhaft entwickelt, als es sich um die Versorgung der nach Mandschukwo eingeströmten städtischen Bevölkerung handelt, also des japanischen Militärs und Beamtentums und der kaufmännisch tätigen Zivilbevölkerung. Die Absatzfähigkeit der für die chinesischen Bauern in Frage kommenden Massenkonsumgüter ist dagegen geschrumpft. Das wirkt sich auch lähmend auf die Unternehmungslust japanischer Wirtschaftskreise aus. Hatte man in Japan schon einsehen müssen, daß die Mandschurei als Siedlungsland zur Aufnahme des immer überwältigender anwachsenden Bevölkerungsüberschusses nicht in Frage kommen konnte, sondern nur als Markt für den sich deshalb mehr und mehr industrialisierenden Heimatstaat, so begann sich nun die Einsicht durchzusetzen, daß zunächst auch hier Enttäuschungen lauerten. Selbst als Rohstofflieferant hatte Mandschukwo nur begrenzte Bedeutung. Ein Wirtschaftsblock allein von Japan, Korea und der Mandschurei drohte sich als nicht lebensfähig zu erweisen. Man brauchte auch in dieser Hinsicht den Anschluß an China südlich der Großen Mauer. Hier meldete sich noch ein besonderer Anspruch. Es hat sich herausgestellt, daß der Wirtschaftsverkehr mit den benachbarten nordchinesischen Provinzen bei der derzeitigen Gesamtlage Chinas zu einer ständigen Drainage der anfallen-

den Gewinne zum Schaden Nordchinas und der Mandschurei und zum einseitigen Vorteil der Nankinger Regierung zu führen drohe. Die neuerdings freilich unter japanischem Einfluß stehende Tientsiner Handelskammer hat errechnet, daß in den letzten drei Jahren annähernd 400 Millionen Silberdollar aus den Nordprovinzen als Überschüsse nach Nanking abgeführt worden sein dürften, während noch nicht die Hälfte davon in dem Gebiet geblieben sei, das die Gesamtsumme an Steuern, Zöllen usw. aufzubringen hatte. Daraus wird japanischerseits die Forderung abgeleitet, daß eine Reform der Finanzverwaltung in China durchgeführt werden müsse, die diesem Mißstand abhelfe. Sie liefe auf die finanzielle Verselbständigung Nordchinas im Rahmen des chinesischen Gesamtstaates hinaus. In Verbindung damit stehen die seit Sommer 1935 verfolgten Pläne einer großzügigen wirtschaftlichen Erschließung Nordchinas. Auch die Kwomintang hat einen sehr umfassenden Plan für die wirtschaftliche Entwicklung Chinas der Öffentlichkeit unterbreitet. Er begreift Nordchina mit ein, ist aber von Hause aus doch darauf abgestellt, den schon heute am weitesten fortgeschrittenen Kern im unteren Yangtsetal zum Ausgang zu nehmen und allen weiteren Ausbau daran anzulehnen. Nordchina spielt dabei nur die Rolle der Provinz in Abhängigkeit von der Metropole Schanghai-Nanking. Der japanische Gegenvorschlag nutzt dieses Moment geschickt aus und weckt zunächst den Wunsch nach Selbständigkeit gegenüber Nanking. Dahinter steht indessen doch die Tatsache, daß Nordchina im Rahmen der japanischen Konstruktion ebenfalls nur Provinz zu sein hätte, abhängig, wenn nicht von Tokio, so doch von Hsinking als der Hauptstadt Mandschukwos. Im einzelnen sieht der gut durchdachte, auf das Außenministerium in Tokio, insbesondere den derzeitigen Ministerpräsidenten Hirota selber zurückgehende japanische Plan nicht nur die Förderung Nordchinas im besonderen vor, sondern auch die Entwicklung der Beziehungen zu Gesamtchina. Das kommt vor allem auf bergbaulichem Gebiet zum Ausdruck. Japan hat hier alte Interessen namentlich hinsichtlich der chinesischen Eisenerzvorkommen, die in Hupe und Anhui über die eigentlichen nordchinesischen Provinzen hin-

ausreichen. Auch der nordchinesischen Fertigwarenindustrie, die zum Teil selbst in japanischen Händen ist, wie die Textil- und Streichholzindustrie u. a. m., will der japanische Plan naturgemäß das übrige China als Absatzgebiet offen halten. Es ist in seinem Rahmen deshalb auch der Abschluß eines neuen Zolltarifvertrages vorgesehen, der alle diese Dinge mit zu regeln hätte, nachdem gegenwärtig ein wilder Schmuggel an der Nordgrenze blüht. Die Einsetzung eines gemeinsamen japanisch-chinesischen Wirtschaftsrates soll außerdem laufend die Zusammenarbeit sichern. Das zeigt aber, daß dieser Plan, zu Ende gedacht, viel weiter führt als nur zu einer Auseinandersetzung über Nordchina. Zu diesem Schluß muß man auch kommen, wenn man den Hauptteil der Vorschläge eingehender prüft. Hier handelt es sich um die Nutzbarmachung der nordchinesischen Landwirtschaft für den chinesisch-japanischen Gütertausch. Japan kauft jährlich für etwa 600 Mill. Yen amerikanische und indische Baumwolle und etwa 1,8 Mill. Ballen australische Wolle. Auch China führt noch Baumwolle ein, Wolle aber überwiegend aus, darunter zuletzt 250 000 Ballen nach USA. Die amerikanische Teppichindustrie insbesondere ist fast ganz auf nordchinesische Wolle angewiesen. Hier soll eine grundsätzliche Umstellung erfolgen. Nordchina soll nicht nur seine Wolle Japan als Ersatz für die australische zur Verfügung stellen, wobei man auch an entsprechende Entwicklung der Schafzucht in der Mandschurei und Mongolei denkt, sondern es soll auch den Baumwollanbau so steigern, daß Japan und China von USA. und Indien unabhängig werden. Zweifelsohne wird das nicht möglich sein, ohne bisher für die Ernährungswirtschaft genutzten Boden wenigstens teilweise auf Baumwollanbau umzustellen. Den Weizen als Ersatz soll in erster Linie die Mandschurei liefern. Um den Ausgleich zwischen Zuschuß- und Überschußbezirken und das Wirtschaftsleben überhaupt zu fördern, soll das Verkehrswesen durch Eisenbahn-, Straßen- und Flußausbau verbessert und ausgeweitet werden. Es ist klar, daß von einer solchen tiefgreifenden Neu- und Ausgestaltung der chinesischen Wirtschaft auch die Handelsinteressen der europäischen Mächte und namentlich auch der USA. bis ins Innerste getroffen würden,

daß es dann aber auch nicht dabei allein bleiben könnte. Der Vergleich mit den Absichten, die Japan 1915 mit den bekannten 21 Forderungen verfolgt hat, liegt nahe. Damals handelte es sich in erster Linie um machtpolitisch-militärische Fragen. Inzwischen hat man weiter gedacht. Jetzt dreht es sich nur um wirtschaftspolitische Pläne, in der offenbaren Erwartung, daß sich die machtpolitisch-militärischen Lösungen von selbst ergeben werden, sobald die wirtschaftlichen Beziehungen die Gestalt annehmen, die augenscheinlich im beiderseitigen Interesse liegen. Das macht auch China das Eingehen darauf reizvoller und leichter. Daß wenigstens der Formulierung nach die chinesische Souveränität nicht in die Diskussion gezogen wird, schon die chinesische Empfindlichkeit. Tokio kann so mit bestem Stand behaupten, daß es ihm nicht auf eine Vergewaltigung Chinas, sondern auf freundschaftliche Verständigung mit ihm ankomme. Auch die These einer ostasiatischen Monroe-Doktrin, die Japan zur Sicherung seiner Pläne aufgestellt hat, erscheint unter diesen Umständen erträglicher. Sie scheint zunächst nur darauf abzuzielen, die chinesisch-japanische Auseinandersetzung rein als eine Angelegenheit unter vier Augen anerkannt zu erhalten. Wenn sich Japan gleichzeitig bereit erklärt, alle Verantwortung dafür zu übernehmen, daß dabei der Friede in Ostasien nicht gefährdet, sondern gefestigt werde, so könnte das auch den anderen Mächten die Lösung annehmbarer machen, sofern nur die offene Tür in China nicht zugeschlagen würde. In einer solchen chinesisch-japanischen Gesamtverständigung würde der Kampf um die Nordfront an die Grenze zwischen Mandchurei-Mongolei und Rußland-Sibirien verlegt. Im Zuge der Großen Mauer dagegen würde die bisherige Nordfront zwischen China und Japan unsichtbar. Nordchina im engeren Sinne spielte in der laufenden Auseinandersetzung zwischen Tokio und Nanking nur eine Episodenrolle. Auch die lautgewordenen Autonomiebestrebungen wären nur ein Druckmittel, um die Verständigungsbereitschaft Nankings zu erzwingen. An der bleibenden Nordfront brauchte sich im übrigen die Lage dann durchaus nicht zwangsläufig zu kriegerischen

Zusammenstößen zuzuspitzen. Wird die Möglichkeit eines chinesisch-russischen Zusammengehens gegen Japan gegenstandslos, weil sich China mit Japan verständigt, so läge eine Erweiterung eines solchen Zweibundes zu einem Dreibund durch Einbeziehung Rußlands durchaus nicht unbedingt im Bereich des Unmöglichen. Im Gegenteil: da eine chinesisch-japanische Verständigung in ihren letzten Folgerungen eine Front einzunehmen hätte gegen die Seemächte unter Führung Englands und der USA., wäre vielleicht die Bildung eines panasiatischen Festlandsblockes — Japan ist durch Korea und Mandschukwo längst unbestritten Festlandsmacht — nicht undenkbar. Vielleicht kommt dem entgegen, daß Tschiangkaischek die Kommunisten zwar aus China vertreibt, ihnen aber ein Ausweichen nach der russischen Einflußsphäre hin nicht versperrt. Es würde jedenfalls bei Rußland stehen, wie es sich dazu einstellte. In diesem Zusammenhang sind die sich in letzter Zeit mehrenden Meldungen beachtlich, die glauben behaupten zu können, zwischen Nanking und Moskau bestünden bereits längere Zeit sehr enge Verbindungen, und zwar wird darauf geschlossen, weil Nanking, im Gegensatz zu seiner unversöhnlichen Haltung in der Mandschurei-Frage, Rußland gegenüber keinerlei Einspruch gegen das Vordringen in Sinkiang und das Schutzbündnis mit der äußeren Mongolei erhebe.

Die angelsächsischen Interessen

Für China kommen Hemmungen einmal aus altem Mißtrauen gegen die japanische Politik. Es ist aber bekannt, daß maßgebliche chinesische Politiker bis zu Tschiangkaischek selbst hinauf schon sehr viel Verständigungsbereitschaft Tokio gegenüber bekundet haben. Immerhin haben sie nicht die erforderliche Bewegungsfreiheit; denn zu jenen gefühlsmäßigen Hemmungen kommen andere aus den internationalen Verpflichtungen Chinas. Es hat eine schwere Schuldenlast zu tragen, die in den letzten Jahrzehnten vielleicht das stärkste Band gewesen ist, das wenigstens die 18 Provinzen zusammenhielt. Die für die Schulden in erster Linie haftende Zentralregierung

konnte keinen Landesteil aus dem Gesamtverband entlassen, dessen Steuerkraft, namentlich in Gestalt der Zollerträge, für den Schuldendienst unentbehrlich erschien. Jede Unabhängigkeitsbestrebung stieß umgekehrt insoweit stets auf den Widerstand der Gläubigermächte, als sofort Ansprüche für Sicherung des Schuldendienstes auftauchten. Daß diese Fragen bei der Abtrennung Mandschukwos keine größere Rolle gespielt haben, erklärt sich daraus, daß hier Japan die Hauptansprüche auf sich allein vereinigte, wobei die Nischihara-Anleihen aus der Zeit vor 1918, dem japanfreundlichen Anfu-Klub gewährt, nicht vergessen werden dürfen. Im übrigen sind gerade diese Fragen auch hier noch nicht voll bereinigt. Wenn aber die USA. vor allem wie auch England so unbedingt an dem Grundsatz der Unverletzlichkeit Chinas festhalten und ihn neben der Forderung der offenen Tür zum Eckstein ihrer Politik in Ostasien gemacht haben, so hängt das aufs engste mit der internationalen Verschuldung Chinas zusammen. Soweit die japanischen Pläne hier Gefahr zu bringen drohen können, stoßen sie deshalb auch am entschiedensten auf den Widerstand gerade der Angelsachsen. Das hat sich zum letzten Mal sehr deutlich gezeigt, als im November 1935 verlautbarte, daß die japanische Führung der Mandschurei, um die Entwicklung vorwärts zu treiben, die Unabhängigkeitserklärung der nordchinesischen Provinzen vorbereite. Im letzten Augenblick erfolgte damals eine Demarche sowohl des englischen wie des amerikanischen Botschafters in Tokio, mit dem Erfolg, daß jene Unabhängigkeitserklärung unterblieb. Lediglich von Nanking aus wurde eine gewisse Verselbständigung der chinesischen Verwaltungsorganisation in den Nordprovinzen vorgenommen, die es gestattete, einigen Wünschen des japanischen Militärs entgegenzukommen, so daß ein offener Konflikt vermieden werden konnte. Dem englisch-amerikanischen Eingriff kam dabei die jungchinesische Studentenbewegung zu Hilfe, die selbst vor Attentaten und offenen Terrorakten nicht zurückschreckte, um die chinesischen Regierungsstellen von zu weit gehendem Eingehen auf die japanischen Wünsche abzuhalten. Umgekehrt hält Japan nicht mit seinem Unmut über

die englischen Anleiheabsichten zurück und ließ es nicht an Einschüchterungsversuchen fehlen, als die Nankingregierung in ihrer Not den Gedanken faßte, China an den Sterlingblock anzuhängen. Um die Preisgabe der Silberwährung kam sie trotzdem nicht herum, nachdem Amerika mit seiner Silberpolitik China schwersten Schaden zugefügt hatte. Auch diese Dinge sind im übrigen noch in der Schwebe. Der Gegensatz Japans auf der einen Seite und Englands und Amerikas auf der anderen ist aber unverkennbar, wobei freilich zwischen Washington und London noch keine vollkommene Übereinstimmung besteht.

Der japanische Nationalismus

Die angelsächsische Demarche in Tokio im November 1935 hat im übrigen nur einen vorübergehenden Aufenthalt gebracht. Ihre weitere Folge ist der Regierungsumsturz, der sich Ende Februar 1936 in Japan vollzogen hat. Dazu ein paar kurze Bemerkungen über die innerpolitischen Spannungen in Japan. Der Neubau des modernen Japan ist in der Hauptsache das Werk der alten Samuraischicht, des niederen Kriegeradels feudaler Herkunft, der nunmehr die Wehrmacht und die Verwaltung des Landes trägt und beherrscht. Auf beiden Gebieten fühlt er sich, letztlich im überlieferten Geist früherer Jahrhunderte, unmittelbar dem Kaiser allein gegenüber in einem Treueverhältnis stehend. Die mit der neuen Verfassung nach westlichem Muster eingeführte parlamentarische Volksvertretung hat nach der jener altjapanischen Geisteshaltung entsprechenden Auffassung nur die Aufgabe, die Zustimmung der Nation zur Politik des Kaisers zum Ausdruck zu bringen, der Verwaltung und insbesondere der Wehrmacht die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen und die nötigen Gesetze zu beschließen. Es konnte aber nicht ausbleiben, daß die zivilen Parteipolitiker den Parlamentarismus dazu benutzten, sich selber zu einer Macht zu machen, mit der sich verbünden und der Opfer zu bringen bereit sein muß, wer immer ihre Dienste braucht, ob Verwaltung oder Wehrmacht oder vor allem auch die Wirtschaft, die in erster Linie über die Mittel verfügt, um

ihr gewährte Hilfe entsprechend zu entlohnern. Im Kampf um das Budget treten sich die Interessen gerade der Wirtschaft und vor allem der Wehrmacht immer wieder scharf entgegen. Insbesondere in der Krise mußten sich diese Gegensätze vertiefen. Die Kabinettsverantwortlichkeit war dabei der Hebel, mit dem die Zivilpolitiker der Parlamentsparteien die Wehrmacht unter Druck zu nehmen und gefügig zu machen versuchen konnten. Diese aber berief sich auf die göttliche Macht des Kaisers, dem allein sie unmittelbar unterstellt sein wollte und dessen Willen oberstes Gesetz im Staat zu sein hatte. Deshalb forderte man hier auch die amtliche Verurteilung der Staatstheorie des Professors Minobe, nach der auch der Kaiser nur als Staatsorgan gelten, also der abstrakt verabsolutierten Verfassung unterworfen sein sollte. Die Auseinandersetzungen sind seit Jahrzehnten im Gange, sie wurden aber lange dadurch verschleiert, daß die patriarchalisch-sippenmäßigen Beziehungen, durch die das politische Spiel zu einer Angelegenheit persönlicher Treueverhältnisse letztlich gegenüber den Genro, den „Alten Staatsmännern“, wird, durch alle Bezirke des Lebens hindurchgehen und zwischen Bürokratie, Parlament, Wehrmacht und Wirtschaft vielfältige Brücken und Querverbindungen schlagen. Sie bestehen auch heute noch und erhalten der japanischen Politik gerade auch in der gegenwärtigen Krise eine beachtliche Stetigkeit. Eben unter den Auswirkungen der Krise sind in den letzten Jahren aber doch Spannungen sichtbar geworden, die zeigen, wie sehr die einfache Fortführung des alten politischen Spiels heute gefährdet ist. Zum Teil spielt dabei der Generationengegensatz eine Rolle. Die Jugend begehrt gegen die Alten auf. Andernteils aber sind die Kämpfe vornehmlich durch soziale Mißstände bedingt. Opfer der Krise ist auch in Japan in erster Linie das Bauerntum. Mit dem Rückgang der Seidenausfuhr nach USA. ist ihm der Nebenverdienst genommen worden, den es zur Ergänzung seines wirtschaftlichen Bestandes unbedingt braucht. Dazu kommen sinkende Erträge auch sonst und wachsende Steuer- und Zinslasten. Not des Bauerntums ist aber auch Not des Wehrmachersatzes. Dafür hat das niedere Offizier-

korps besonderes Verständnis, da es seiner Herkunft nach dem Bauerntum sehr nahe steht. In demselben Offizierkorps lebt besonders wirksam die Erinnerung an die Ruhmestaten der Armee einst im großen Krieg gegen Rußland vor 30 Jahren, aber auch das Bewußtsein, daß damals das letzte Ziel noch nicht erreicht werden konnte, wie die Einsicht, daß sich der Waffengang jeden Augenblick erneuern kann und daß er mit einem immer gefährlicher werdenden Gegner auszutragen wäre. Zu diesen Vorstellungen gehört des weiteren dann der Glaube, hier in der Mandschurei sei Abhilfe für die Not des japanischen Volkes zu finden, von dort aus sei das Schicksal Japans zu gestalten. Das sind Gedankengänge, die auch der amtlichen Politik Tokios zugrunde liegen. Im Lauf der Zeit sind die Pläne, die zu ihrer Durchführung zu entwerfen waren, immer feiner ausgestaltet worden. Das Ziel ist nicht ohne Schwierigkeiten zu erreichen. Die Haltung muß sich auch den wechselnden Lagen anpassen. Wir sahen schon, welche Rückschläge immer wieder eingetreten sind. Daß dadurch namentlich das jüngere Offizierkorps aufs schwerste enttäuscht wird, ist zu begreifen. Hier hat man nicht vergessen, daß nach 1915 der Erfolg in Tsingtau verloren ging, daß man 1918 schon am Baikalsee gestanden, 1922 aber selbst Wladiwostok wieder hatte räumen müssen. Die Schuld für die Erfolglosigkeit wird auf die Bedenklichkeiten der Zivilpolitiker und auf die Großfinanz geschoben. Die Finanzfragen glaubt man durch radikale Reformen mit dem Ziel einer staatlich geführten Planwirtschaft lösen zu können, für die man, bei schärfster Ablehnung der mit der Kaiseridee unvereinbaren bolschewistischen Weltanschauung, sich nicht scheut, russische Vorbilder zum Muster vorzuschlagen. Angesichts des Fehlschlags der Londoner Flottenbesprechungen, der ständigen Rüstungssteigerung Rußlands und der unbestreitbaren Fortschritte Chinas, um die sich die Angelsachsen so deutlich bemühen, ferner aber der wachsenden Schwierigkeiten des japanischen Außenhandels insbesondere durch Abschließung des britischen Empires und die unverkennbare Abneigung der USA. muß naturgemäß die Ungeduld der jungen Aktivisten,

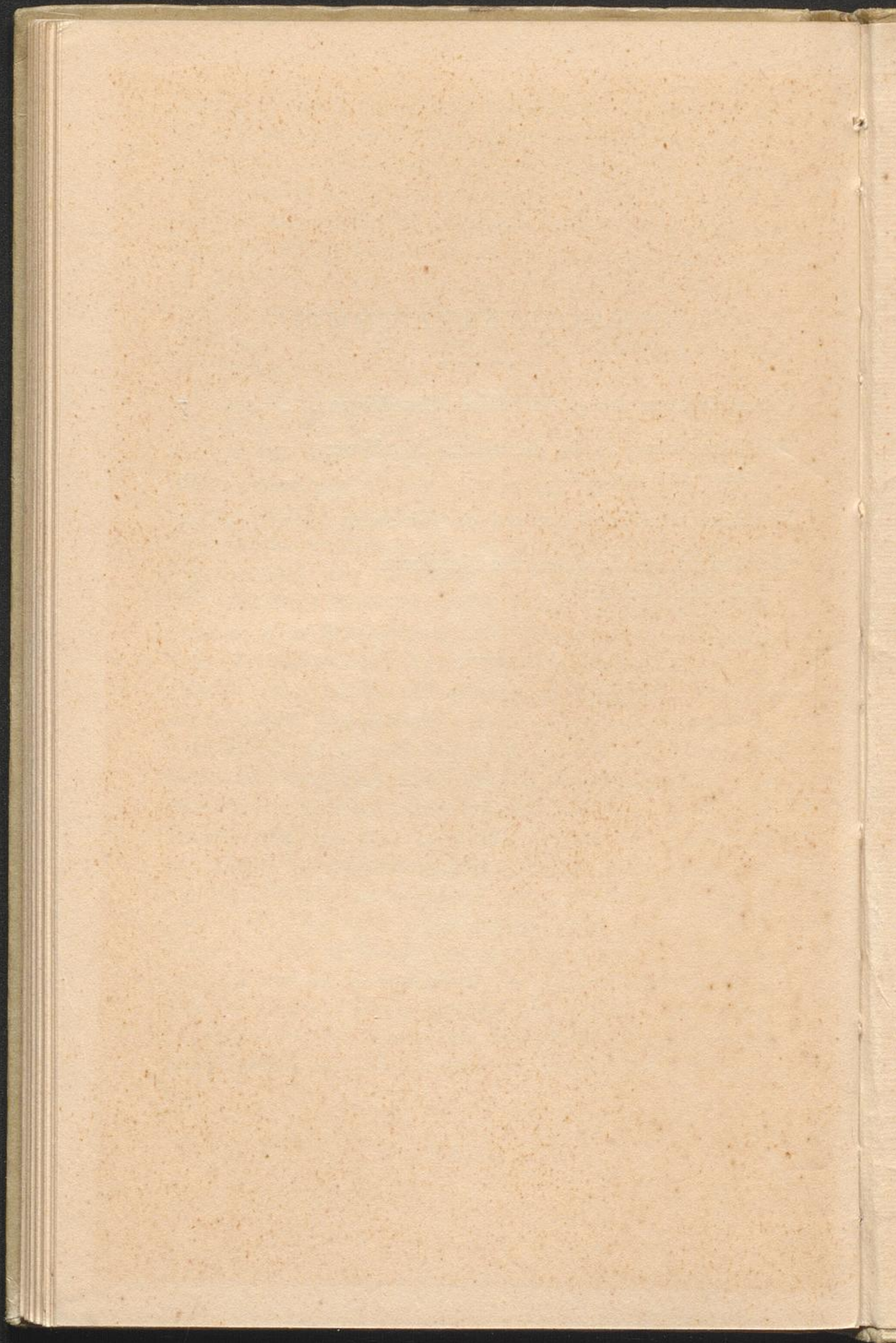
bei denen sich auch auf eine buddhistische Renaissance abzielende panasiatische Einflüsse feststellen lassen, wachsen, sobald es den Anschein gewinnt, als ob wiederum beste Gelegenheiten verpaßt zu werden drohen, wie es Ende 1935 der Fall war. So versteht sich die Explosion Ende Februar 1936. Sie sollte die Entwicklung in der Richtung weiterrücken, in der sie endgültig angelegt schien, nachdem sich die in der Mandschurei stehende Armee im Herbst 1934 die unabhängige Führung zu sichern verstanden und die Annahme ihrer Pläne durchgesetzt hatte.

Damit ist der Kampf um Nordchina in seine neueste Phase eingetreten. Wie er sich weiter gestalten und welchen Ausgang er fürs erste nehmen wird, hängt nicht nur vom Verhalten Japans und Chinas mit Rußland im Hintergrunde ab, sondern zunächst wohl mehr noch von den weiteren Schritten, die von der englischen und der amerikanischen Politik zu erwarten sind. Der Grundsatz der Kollektivität dürfte auch hier noch seine Rolle zu spielen haben. Vermutlich ist der Gedanke einer Wiederholung oder Erneuerung der Washingtoner Konferenz von 1922, der, wie erwähnt, schon aufgetaucht war, nur bis auf weiteres zurückgestellt. Er kann sofort wieder hervorgeholt werden, wenn beispielsweise die Ruhe in Europa so weit hergestellt ist, daß der Völkerbund wieder handlungsfähig wäre. Bei ihm steht ja schließlich auch noch die Anerkennung Mandschukwos. Daß Japan dafür seine Stellung möglichst stark zu machen bemüht ist, versteht sich von selbst. Insbesondere in USA. wird auch anerkannt, daß man dem jährlich um 1 Million Seelen zunehmenden japanischen Volk irgendwie Lebensmöglichkeiten gewähren muß. Ebenso ist das Stichwort von der Neuverteilung der Rohstofflager und der Aufschließung der Absatzmärkte der Welt auch für Ostasien bereits gefallen. Im Rahmen aller dieser Probleme wird der Kampf um Nordchina die Entscheidung finden müssen, die sich seit dem 17. Jahrhundert vorbereitet hat.

E N D E

INHALTSVERZEICHNIS

Die natürlichen und geschichtlichen Grundlagen . . .	Seite 7
Die Entwicklung an der chinesischen Nordfront unter den Mandschus	14
Die chinesische Nordfront und der Weltkrieg	34
Der Kampf um die chinesische Nordfront seit dem Weltkrieg	56



SIG: 31 MEAC1056

<17+>04S1E65863450556

U6



GHP: 31 MEAC1056

P
31

GERHARD MENZ · DER KAMPF UM NORDCHINA

MEAC
1056

Was veranlaßte Sie zum Kauf
des umstehend
genannten Buches?

AN DEN

WILHELM GOLDMANN VERLAG

LEIPZIG O 5

KOHLGARTENSTR. 20

474. 1137. 120



An den Leser!

Wenn Sie über die Neuerscheinungen meines Verlages stets kostenlos und unverbindlich unterrichtet sein wollen, so senden Sie bitte die anhängende Karte ausgefüllt ein. Sie erhalten dann meinen ausführlichen Katalog sowie von Zeit zu Zeit Sonderprospekte über Neuerscheinungen.

Die Bücher des Wilhelm Goldmann Verlages erhalten Sie in allen guten Buchhandlungen Deutschlands und überall im Ausland, wo es überhaupt deutsche Bücher zu kaufen gibt. Nur wenn der Bezug aus irgendwelchen Gründen auf Schwierigkeiten stößt, wollen Sie sich bitte wegen der Lieferung direkt an den Verlag wenden.

WILHELM GOLDMANN VERLAG LEIPZIG



*In diesem Buch geht es um
das Schicksal Europas!*

WALTHER PAHL
**Wetterzonen
der
Weltpolitik**

15. Tausend · 344 Seiten
Mit 48 Bildern und 29 Kar-
tenskizzen, sowie 1 politisch.
Spezialkarte der Erde

Kart. M 6.80, Leinen M 8.50

Der deutsche Volkswirt, Berlin: »Eigenart und Verdienst des Buches bestehen darin, daß es unbeschwert durch Geschichts- und Wirtschaftsdaten und unbeschwert durch hypothetische Sinndeutungen kritische Gesichtspunkte zum Verständnis der Spannungen und zur Bewertung der widerstrebenden Kräfte liefert. Vollständig wie ein Lexikon der Politik der neuesten Zeit, wahrt das Buch doch durch die geographische Gruppierung der „Wetterzonen“ den Zusammenhang der Darstellung. Geschickt ausgewählte Bilder und Karten ergänzen die flotte und gut pointierte Darstellung.«

Bochumer Tageblatt: »Wir möchten dieses Buch den besten zusammenhängenden Kommentar nennen zu den großen Fragen, die die europäische Politik der Gegenwart beherrschen.«

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen!

WILHELM GOLDMANN VERLAG LEIPZIG

Der — die — Unterzeichnete wünscht kostenlos und unverbindlich die Zusendung der Kataloge und der jeweiligen Neuigkeitsverzeichnisse des Wilhelm Goldmann Verlages. Besonderes Interesse besteht für die nachstehend angekreuzten Gebiete:

- ☐ Wirtschafts- und weltpolitische Bücher
- ☐ Geschichtswissenschaftliche Werke
- ☐ Lebensbeschreibungen
- ☐ Literarische und Gesellschafts-Romane
- ☐ Detektiv-Romane

Name:

Stand:

Ort:

Straße:

Welchem Buch lag diese Karte bei?

Bitte deutlich schreiben!